

Bei den ab 65-Jährigen klagen insgesamt 19% über eine schlechte oder sehr schlechte allgemeine Gesundheit, 21% fühlen sich in ihrem Alltagsleben dauerhaft eingeschränkt und 56% haben eine chronische Krankheit. Zum Vergleich: Personen bis zum Alter von maximal 64 Jahren bezeichnen ihren allgemeinen Gesundheitszustand nur zu 6% als schlecht oder sehr schlecht, 6% erleben dauerhafte Einschränkungen im Alltagsleben und 29% berichten über eine chronische Krankheit.

Zwischen Frauen und Männern bis 64 Jahren sind bei diesen drei zentralen Gesundheitsmerkmalen (subjektiv schlechter oder sehr schlechter allgemeiner Gesundheitszustand, dauerhafte Einschränkung/Behinderung, Vorhandensein einer chronischen Krankheit) keine Unterschiede feststellbar. Bei den ab 65-Jährigen berichten Frauen ein wenig häufiger über entsprechende Probleme als Männer, allerdings sind Frauen in dieser Altersgruppe aufgrund ihrer höheren Lebenserwartung im Durchschnitt um über ein Jahr älter als Männer.

Welche Zusammenhänge bestehen zwischen Einkommen und Gesundheit?

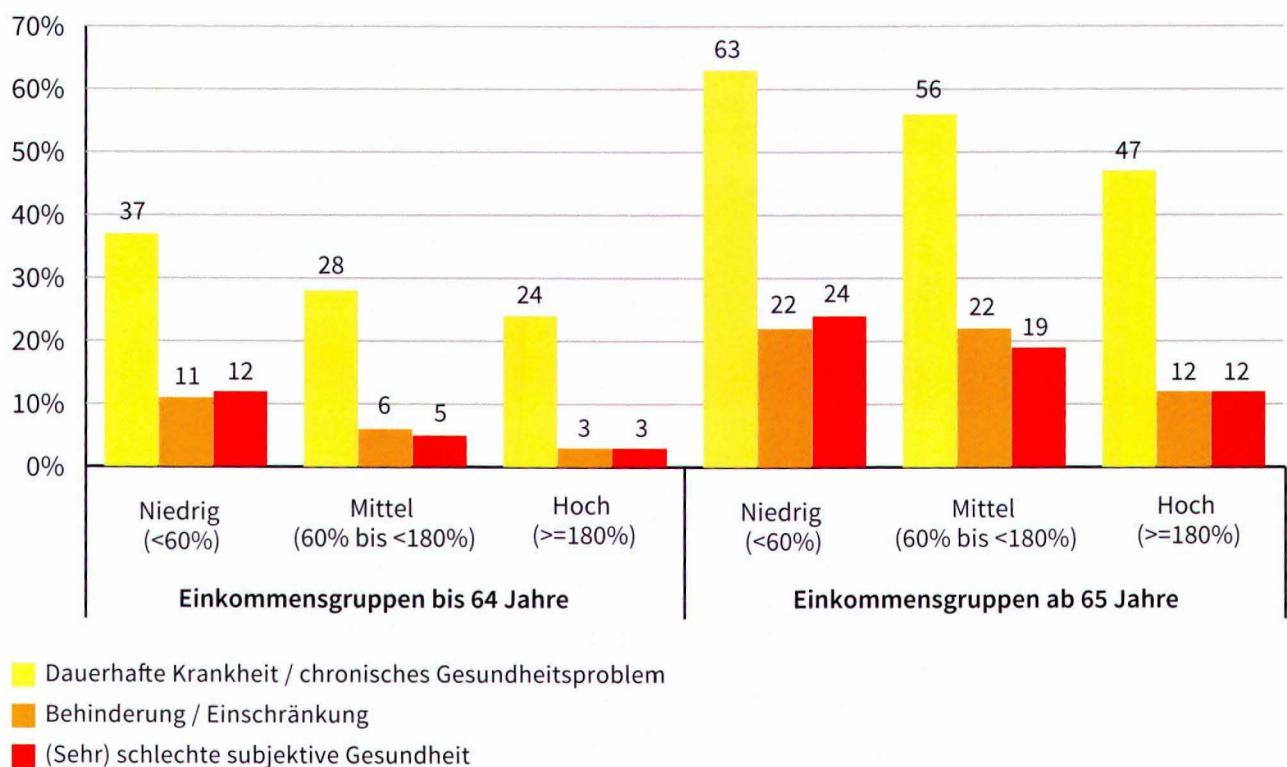
Neben dem Alter hängt auch das Einkommen stark mit dem Gesundheitszustand zusammen. Niedriges Einkommen geht sowohl bei Jüngeren (bis 64 Jahre), als auch bei Älteren (ab 65 Jahren) Hand in Hand mit dem vermehrten Auftreten aller drei in EU-SILC erfassten gesundheitlichen Probleme.

Dabei fallen die Einkommensunterschiede mit höherem Alter tendenziell etwas stärker ins Gewicht (siehe Grafik 9): Bei den Jüngeren schätzen 12% der Personen mit niedrigem Einkommen und 3% derjenigen mit hohem Einkommen ihre Gesundheit als schlecht oder sehr schlecht ein – ein Unterschied von 9 Prozentpunkten. Bei den Älteren beträgt der Unterschied zwischen

der hohen und niedrigen Einkommensgruppe bereits 12 Prozentpunkte. Ebenso in Bezug auf chronische Erkrankungen: Unter den bis 64-Jährigen haben 37% der Menschen mit niedrigem Einkommen eine dauerhafte Krankheit, im Vergleich zu 24% derjenigen mit hohem Einkommen – ein Unterschied von 13 Prozentpunkten. Bei den ab 65-Jährigen beträgt der Unterschied 16 Prozentpunkte.

Der Zusammenhang zwischen Einkommen und Gesundheit ist dabei nicht als einfache Ursache-Wirkungs-Beziehung zu deuten. Gesundheitsrelevante Verhaltensweisen wie Essgewohnheiten, Bewegung und Sport, Alkohol- und Tabakkonsum oder die Inanspruchnahme von Vorsorgeuntersuchungen haben sowohl mit Gesundheitsbewusstsein und Wissen um gesundheitsförderndes Verhalten, als auch mit den finanziellen Möglichkeiten zu dessen Umsetzung zu tun. Einen weiteren wichtigen Faktor stellen gesundheitsgefährdende Eigenschaften von Arbeits- und Wohnverhältnissen dar, etwa einseitige körperliche Belastung, Lärm, Feuchtigkeit, Schimmel und Luftverschmutzung, denen Menschen mit niedrigem sozio-ökonomischem Status häufiger ausgesetzt sind (vgl. Statistik Austria 2016b, S. 58). Es ist somit von starken gegenseitigen Wechselwirkungen zwischen Bildungsgrad, Erwerbstätigkeit, Einkommen, Gesundheitsverhalten und Gesundheitszustand auszugehen.

Grafik 9: Gesundheitsprobleme nach Einkommen und Alter



Quelle: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2015. Personen ab 16 Jahren. Einkommensgruppen in % des Medians des Äquivalenzeinkommens – siehe Tabelle 1.

Welche Personengruppen sind gesundheitlich besonders benachteiligt?

Von mehrfachen gesundheitlichen Einschränkungen sind jene Menschen betroffen, auf die mindestens zwei der drei zuvor genannten Probleme zutreffen. Das waren im Jahr 2015 641.000 Personen (9% der über 15-Jährigen). Da sich daraus eine erhebliche Benachteiligung ergeben kann, stellt dies eine der „Kennzahlen für Soziale Inklusion in Österreich“ dar, die jährlich erfasst und im Rahmen der Nationalen Eingliederungsindikatoren beobachtet wird (Till et al. 2015, S. 55).

Ältere Menschen sind dabei besonders häufig betroffen. Während in der Altersgruppe 65+ jede fünfte Person (20%) mehrfach eingeschränkt ist, ist es bei den Jüngeren (bis 64 Jahre) nur etwa jede siebzehnte (6%).

Geschlechterunterschiede bestehen nicht, d.h. Frauen und Männer zählen (unter Berücksichtigung des höheren Durchschnittsalters von Frauen ab 65 Jahren) gleich häufig zur Gruppe der Mehrfachbetroffenen.

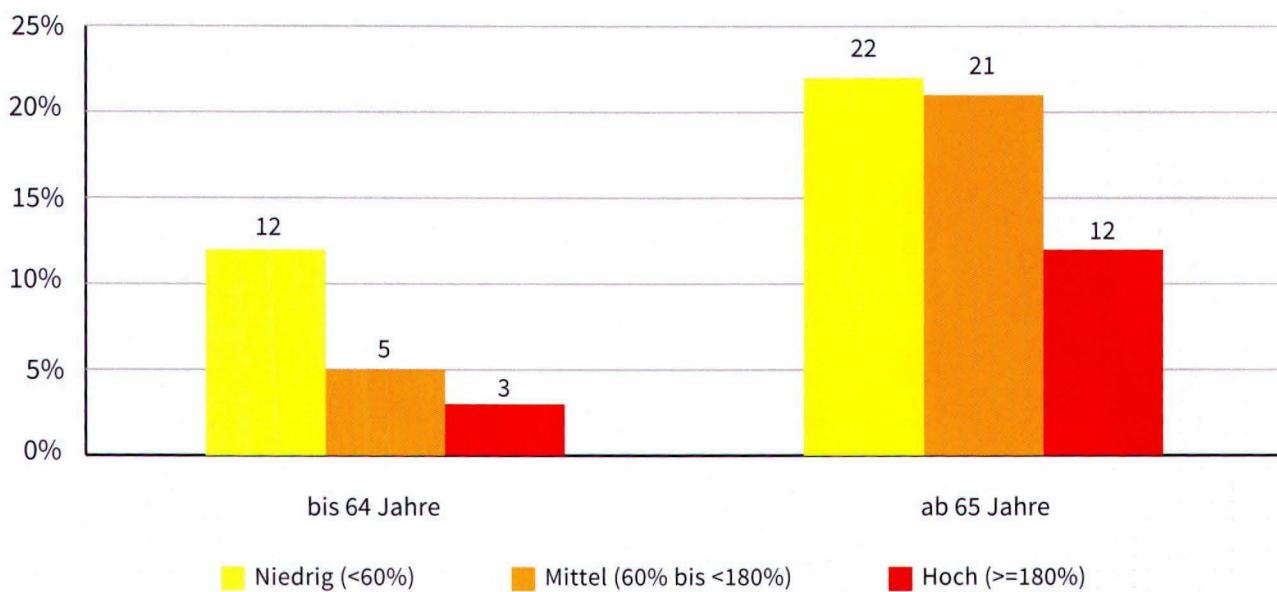
Neben dem Alter stellt auch das Einkommen einen wichtigen Faktor dar. Menschen in Niedrigeinkommenshaushalten haben laut EU-SILC 2015 mit 14% eine überdurchschnittlich hohe Wahrscheinlichkeit, in mehrfacher Hinsicht gesundheitlich eingeschränkt zu sein. Ein Blick auf die vergangenen Jahre zeigt, dass dieser Anteil seit 2008 leicht (von 16% im Jahr 2008 auf 14% im Jahr 2015) gesunken ist. Im mittleren und hohen Einkommenssegment ist der Anteil der mehrfach gesundheitlich eingeschränkten Personen seit Beginn der Zeitreihe hingegen gleich geblieben, ob-

wohl das Durchschnittsalter der Bevölkerung (und damit das Risiko für altersbedingte Gesundheitsprobleme) kontinuierlich ansteigt (vgl. ebd., S. 55).

Grafik 10 bietet einen Überblick über den Zusammenhang zwischen Alter, Einkommen und dem Auftreten von mehrfachen Gesundheitseinschränkungen. Menschen mit hohem Einkommen sind in allen Altersgruppen deutlich seltener von mehrfachen Einschränkungen betroffen. Bei den Jüngeren beträgt ihr Risiko

nur 3%, also etwa ein Viertel des Risikos von gleichaltrigen Personen mit niedrigem Einkommen. Bei den Älteren (ab 65 Jahren) ist das Risiko der Personen mit hohem Einkommen etwa halb so groß wie das der Personen mit niedrigem Einkommen. Bei den bis 64-Jährigen fällt auch der Unterschied zwischen dem mittleren und niedrigen Einkommenssegment noch sehr deutlich aus (niedrig: 12%, mittel: 5%), er verschwindet jedoch interessanterweise bei den Älteren nahezu komplett (niedrig: 22%, mittel: 21%).

Grafik 10: Mehrfache Gesundheitseinschränkungen nach Alter und Einkommensgruppen



Quelle: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2015. Personen ab 16 Jahren. Einkommensgruppen in % des Medians des Äquivalenzeinkommens – siehe Tabelle 1.

Gibt es auch mit geringem Einkommen ausreichend Zugang zu medizinischer Versorgung?

Rund die Hälfte (49%) der über 15-Jährigen in Österreich hat rückblickend auf die letzten 12 Monate zumindest einmal eine zahnmedizinische Untersuchung oder Behandlung nach eigener Einschätzung unbedingt benötigt, 61% haben eine sonstige medizinische Untersuchung oder Behandlung unbedingt benötigt.

Fast immer wird dieser Bedarf auch erfüllt: Nur rund 2% aller Personen, die eine medizinische Leistung benötigten, nahmen sie nicht in Anspruch. Die Gründe dafür sind vielfältig – neben finanzieller Nichtleistbarkeit können auch Angst vor der Behandlung, Abwarten, ob das Problem von selbst besser wird, oder Verhinderung durch berufliche Verpflichtungen ausschlaggebend sein. Bei den nicht in Anspruch genommenen zahnmedizinischen Leistungen standen laut EU-SILC

2015 zu 34% finanzielle Gründe im Vordergrund, bei sonstigen medizinischen Leistungen zu 7%.

Personen mit niedrigem, mittlerem und hohem Einkommen geben ähnlich oft an, in den vergangenen zwölf Monaten zumindest einmal unbedingt eine zahnmedizinische oder sonstige medizinische Versorgung benötigt zu haben (niedrig: 73%, mittel: 72%, hoch: 71%).

Auch bei der Inanspruchnahme ärztlicher Leistungen bestehen nur geringe Unterschiede. Während 3% der Personen mit niedrigem Einkommen – gezwungenermaßen oder freiwillig – auf notwendige Maßnahmen verzichtet haben, sind es in der mittleren und hohen Einkommensgruppe jeweils rund 1%.

Diese Werte deuten darauf hin, dass nach eigener Einschätzung benötigte Untersuchungen und Behandlungen über alle drei Einkommensgruppen hinweg fast immer in Anspruch genommen werden. Über etwaige Unterschiede bei der Qualität der Behandlung, der Länge der Wartezeit usw. können keine Aussagen getroffen werden.

Sterben Arme früher?

Der schlechtere Gesundheitszustand von Menschen mit niedrigem sozioökonomischem Status schlägt sich auch in einer deutlich verringerten Lebenserwartung nieder – ein statistischer Zusammenhang, der bereits vielfach durch Studien belegt wurde (vgl. Till/Klotz 2015). Auch für Österreich ergab eine Verknüpfung des Census mit Daten Verstorbener, dass die Lebenserwartung etwa von Personen mit Hochschulabschluss um 7,0 Jahre (Männer) bzw. 2,8 Jahre (Frauen) höher lag als bei Personen mit Pflichtschulabschluss (Klotz/Asamer 2014, S. 209-214). Durch eine Verknüpfung der EU-

SILC-Daten der Jahre 2008 bis 2015 mit Daten Verstorbener lassen sich zudem Unterschiede im Sterberisiko je nach Einkommensgruppe einer Person schätzen.

So wiesen Männer, die im Erhebungsjahr über ein niedriges Einkommen verfügten, im Zeitraum 2008 bis 2015 ein um 32% höheres Sterberisiko auf als Männer der mittleren Einkommensgruppe. Bei Männern mit hohem Einkommen lag das Sterberisiko hingegen um 42% unter der mittleren Einkommensgruppe. Das Sterberisiko war für Männer mit hohem Einkommen somit nur weniger als halb so groß wie für Männer mit niedrigem Einkommen. Bei den Frauen waren diese Unterschiede wesentlich schwächer ausgeprägt und zudem statistisch nicht signifikant.

12.3.4 Wohnen

Wohnen stellt einen wesentlichen Aspekt der Lebensbedingungen dar. Die Frage nach den Wohnverhältnissen ist von vielerlei Faktoren abhängig, seien es individuelle Präferenzen, familiäre Bindungen oder ökonomische Notwendigkeiten. Im Folgenden werden einerseits die Wohnbedingungen der Bevölkerung in österreichischen Privathaushalten und andererseits die Kosten für das Wohnen dargestellt. Neben den drei Einkommensgruppen werden die regionale Dimension und die Verteilung auf Eigentum bzw. Miete analysiert. Zentral ist auch die Untersuchung von zeitlichen Veränderungen in den Wohnkosten.

Wie unterscheiden sich die Wohnbedingungen nach dem Einkommen?

Wesentlich für die Gestaltung der Wohnverhältnisse ist das jeweilige Einkommen des Haushalts. Deshalb sollen zuerst die Wohnverhältnisse nach den auch bislang herangezogenen drei Einkommensgruppen dargestellt werden.¹⁰³ Dazu ist es zunächst wichtig zu

¹⁰³ Für weitere Daten und Indikatoren zum Wohnen vgl. die umfassende Publikation „Wohnen 2015“, Statistik Austria (2016c).

beschreiben, wie sich die Haushalte der jeweiligen Einkommensgruppen regional verteilen – je nachdem ob Haushalte eher am Land oder in der Stadt leben, beeinflusst dies die Verteilung der Rechtsverhältnisse oder der Bebauungsformen.

Der Prozentsatz der Personen in der niedrigen Einkommensgruppe beträgt insgesamt 13,9%, in Wien und in anderen Städten mit einer Bevölkerung von mehr als 100.000 Personen ist der Anteil an Personen in Niedrigeinkommenshaushalten mit 19% um einiges höher. In kleineren Gemeinden (unter 10.000 Personen) liegt er hingegen mit etwa 10% unter dem Durchschnitt. Etwas überdurchschnittlich ist auch der Anteil an Personen mit hohem Haushaltseinkommen in Wien und anderen größeren Städten. In Städten sind somit Personen sowohl mit niedrigem als auch mit hohem Haushaltseinkommen häufiger zu finden; allerdings ist die absolute Anzahl der Personen mit niedrigem und hohem Einkommen in Gemeinden unter 10.000 Einwohnern und Einwohnerinnen am größten (vgl. Statistik Austria 2016b, Tabelle 1.4a).

Gleichzeitig lassen sich Unterschiede in der Struktur der Rechtsverhältnisse zwischen städtischen und ländlichen Regionen feststellen: Eigentumshäuser sind eher in kleineren Gemeinden vorherrschend, Mietwohnungen, aber auch Eigentumswohnungen eher in größeren Städten. Im Zusammenhang mit dem Haushaltseinkommen zeigen sich dabei deutliche Unterschiede: 46% der Personen in Privathaushalten leben in Eigentumshäusern, 10% in Eigentumswohnungen und 39% in Mietrechtsverhältnissen. Der Anteil an Personen in Mietwohnungen ist bei armutsgefährdeten Personen mit 65% am höchsten, bei Eigentumsrechtsverhältnissen mit 18% (Häuser) bzw. 6% (Wohnungen) deutlich geringer. Im Vergleich dazu kehrt sich dieses Verhältnis bei Personen in Haushalten mit hohem Einkommen um; sie leben hauptsächlich in Eigentums-

rechtsverhältnissen (siehe Grafik 11). Die Unterschiede verstärken sich noch, wenn der Vergleich auf Wien oder andere größere Städte eingeschränkt wird: Hier leben nur 11% der Personen mit niedrigem Haushaltseinkommen in Eigentumsrechtsverhältnissen und 87% in Mietrechtsverhältnissen. Bei Personen mit hohem Haushaltseinkommen sind es 45% in Eigentum (viermal so viele) und 52% in Miete. Auch die Struktur der Mietrechtsverhältnisse unterscheidet sich deutlich: So leben etwa 33% der armutsgefährdeten Haushalte in Gemeindewohnungen, aber nur 8% in Genossenschaftswohnungen. Zum Vergleich: 5% der Personen mit hohem Haushaltseinkommen leben in Gemeindewohnungen und 16% in Genossenschaftswohnungen. Am höchsten ist der Genossenschaftsanteil in Wien bei Personen der mittleren Einkommensgruppe (25%).

Eine wichtige Dimension der Wohnbedingungen ist der zur Verfügung stehende Wohnraum, also die Größe der jeweiligen Wohnung. Im Mittel (Median) sind Wohnungen von Personen mit niedrigem Einkommen mit $78m^2$ um $22m^2$ kleiner als jene der Gesamtbevölkerung, Wohnungen von Personen mit hohem Einkommen mit $139m^2$ hingegen deutlich größer. Allerdings steht die Größe der Wohnung nicht allein im Zusammenhang mit dem Einkommen, sondern auch etwa mit der Haushaltsgröße oder dem Rechtsverhältnis.

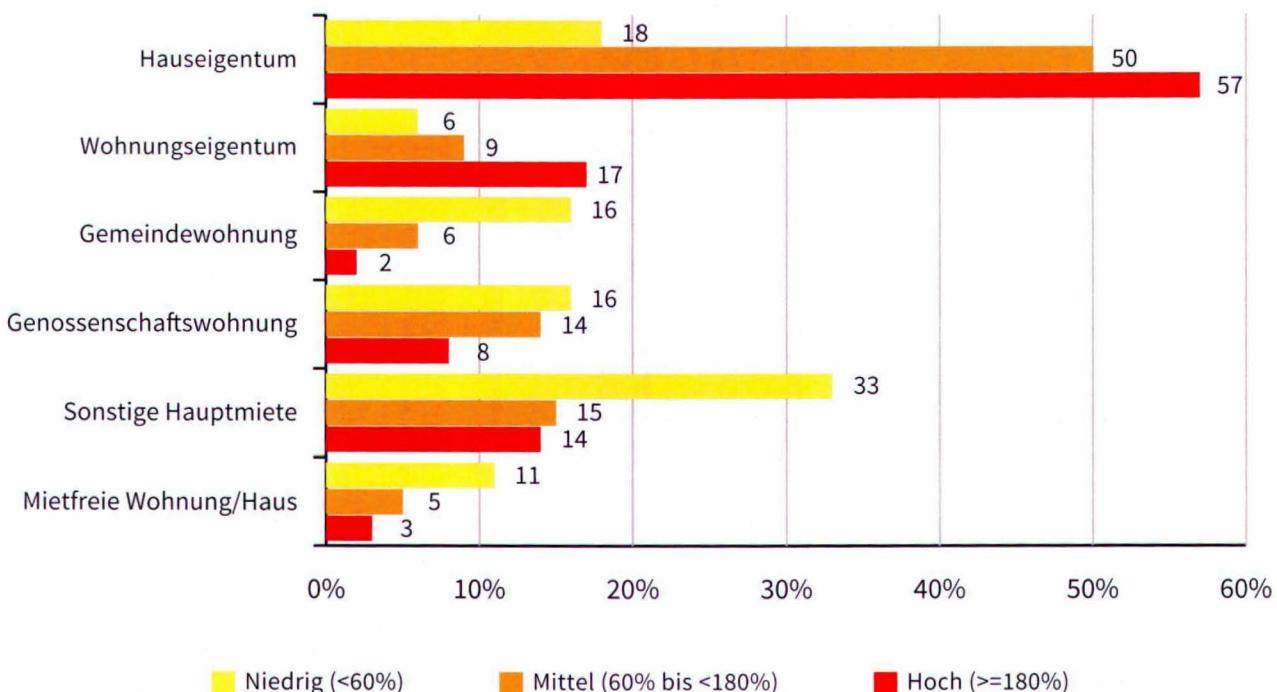
Um die Haushaltsgröße zu berücksichtigen, kann die Nutzfläche pro Person berechnet werden. Auch hier zeigen sich deutliche Unterschiede zwischen den Einkommensgruppen: Im Mittel über alle Personen stehen pro Person rund $45m^2$ zur Verfügung, für Personen mit niedrigem Haushaltseinkommen sind es $37m^2$, für Personen mit hohem Einkommen etwa $62m^2$. Interessant ist, dass die zur Verfügung stehende Quadratmeteranzahl in den letzten Jahren insgesamt gestiegen ist (von im Mittel $42m^2$ auf $45m^2$). Dieser Zuwachs betrifft aber in erster Linie Personen mit hohem Haushaltseinkom-

12. LEBENSBEDINGUNGEN, ARMUT UND EINKOMMEN IN ÖSTERREICH

men: Die Quadratmeteranzahl ihrer Wohnungen ist im Vergleich zum Jahr 2008 sogar um 7m² höher (Anstieg von 55m² auf 62m²). Für Personen mit niedrigem Haushaltseinkommen ist die zur Verfügung stehende Quadratmeteranzahl hingegen gleich geblieben.

Dementsprechend sind Personen in Haushalten mit niedrigem Einkommen mit 16% in höherem Ausmaß von Platzmangel in der Wohnung betroffen.¹⁰⁴ Insgesamt sind 6% der österreichischen Bevölkerung von Überbelag betroffen, bei Personen in Haushalten mit hohem Haushaltseinkommen sind es nur 1%.

Grafik 11: Rechtsverhältnis nach Einkommensgruppen



Quelle: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2015. Einkommensgruppen in % des Medians des Äquivalenzeinkommens – siehe Tabelle 1. Personen in Haushalten. Mietfreie Wohnung/Haus: Haushalt ist nicht selbst Eigentümer, Haus- bzw. Wohnungsbetriebskosten (z.B. Lift, Müllabfuhr, etc.) werden vom Haushalt selbst bezahlt, jedoch keine Miete.

Wieviel kostet das Wohnen? Und: Wird Wohnen teurer?

Wohnen als Grundbedürfnis schafft unvermeidbare Kosten. Die Höhe dieser Kosten bestimmt mit, was für andere Dinge an Geld zur Verfügung steht, und ist folglich für Lebensqualität und -standard von entschei-

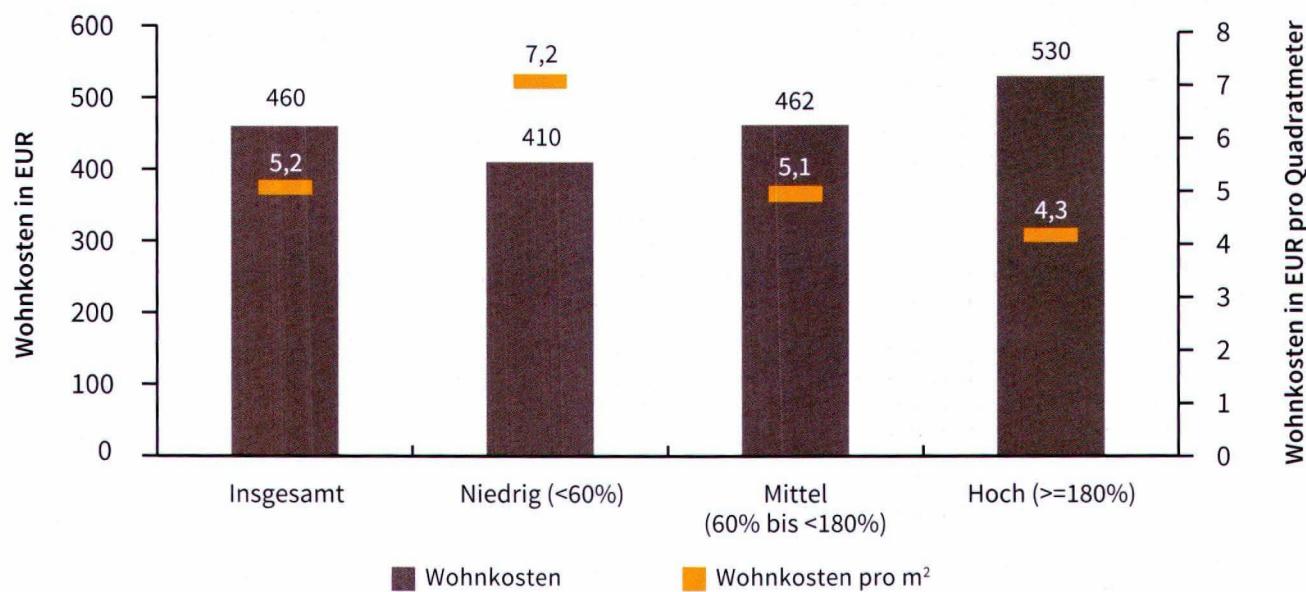
dender Bedeutung. Daher werden in EU-SILC auch die Wohnkosten der befragten Haushalte – als einzige Ausgabenkategorie – erfasst. Gemeint sind damit alle Kosten, die durch die Nutzung der Wohnung, in welcher der Haushalt lebt, entstehen.

¹⁰⁴ Dieser wird mit einem Indikator gemessen, der sich an der Definition von „Wiener Wohnen“ zum Überbelag als Vormerkgrund für den Zugang zu einer Gemeindewohnung orientiert – siehe Glossar.

Im Mittel betragen die Wohnkosten im Monat 460 EUR (d.h. die Hälfte der Haushalte gibt mehr, die andere Hälfte weniger als diesen Betrag für das Wohnen aus). Haushalte mit niedrigem Haushaltseinkommen zahlen mit 410 EUR etwa 10% weniger, jene mit hohem Einkommen mit 530 EUR rund 15% mehr. Haushalte mit hohem Einkommen haben damit etwa 30% höhere Wohnkosten als Haushalte mit niedrigem Einkommen – ihr äquivalisiertes Haushaltseinkommen ist allerdings mindestens dreimal so hoch. Haushalte mit niedrigem Einkommen sind demnach anteilmäßig wesentlich stärker durch Wohnkosten belastet. In der zeitlichen Entwicklung zeigt sich, dass die gesamten Wohnkosten seit dem Jahr 2008 um rund 19% gestiegen sind, und zwar für alle Einkommensgruppen im selben Ausmaß.

Um die Wohnungsgröße bei der Betrachtung der Wohnkosten mitzuberücksichtigen, können die Wohnkosten pro Quadratmeter berechnet werden. Insgesamt betragen die Wohnkosten pro Quadratmeter 5,2 EUR. Der Vergleichswert für Personen in Niedrigeinkommenshaushalten ist mit 7,2 EUR um mehr als ein Drittel höher, die Quadratmeterkosten für Haushalte mit hohem Einkommen mit 4,3 EUR um rund 18% niedriger. Das hängt einerseits damit zusammen, dass sich die Rechtsverhältnisse je nach Einkommensgruppe unterschiedlich zusammensetzen, also etwa der Anteil an Mietwohnungen bei Personen mit niedrigem Haushaltseinkommen höher ist; und andererseits damit, dass die Quadratmeterkosten mit zunehmender Größe der Wohnung kleiner werden.¹⁰⁵

Grafik 12: Mittlere Wohnkosten und Wohnkosten pro Quadratmeter nach Einkommensgruppen



Quelle: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2015. Einkommensgruppen in % des Medians des Äquivalenzeinkommens – siehe Tabelle 1.

In der zeitlichen Entwicklung seit dem Jahr 2008 zeigt sich insgesamt ein Anstieg der Wohnkosten pro Qua-

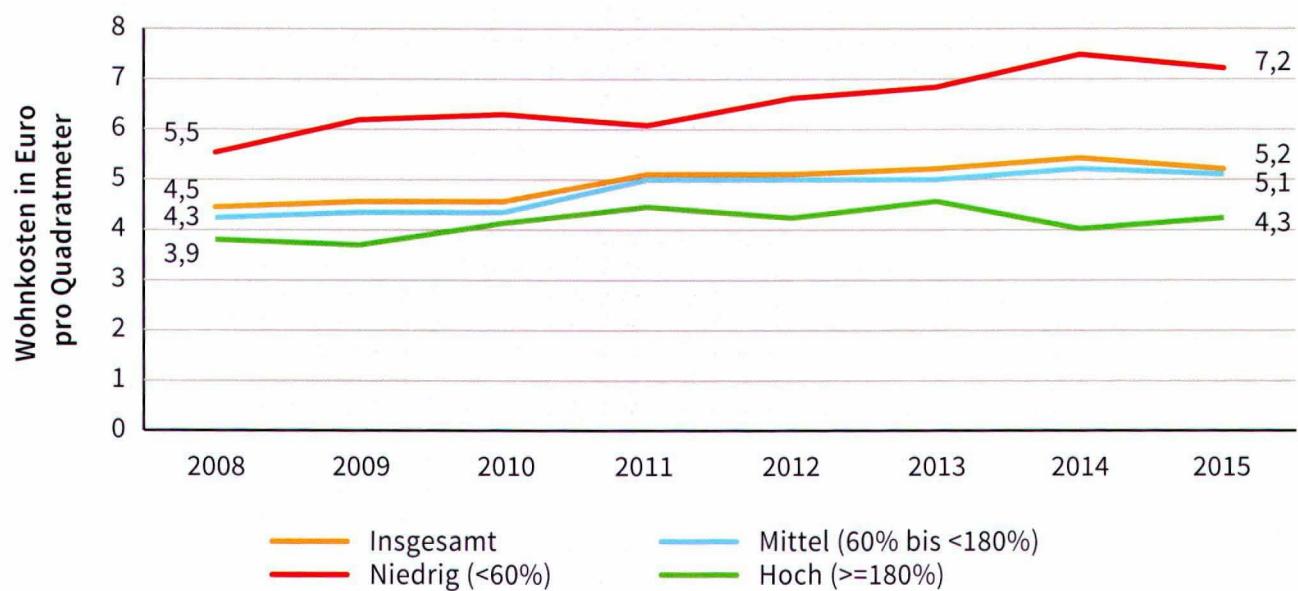
dratmeter um 18% (von im Mittel 4,5 EUR 2008 auf 5,2 EUR 2015 – siehe Grafik 13). Diese Belastung ist

¹⁰⁵ Vgl. hierzu Statistik Austria (2016c), S.47.

jedoch höchst ungleich verteilt: Die Wohnkosten pro Quadratmeter sind insbesondere für armutsgefährdete Haushalte deutlich angestiegen (um 31% von 5,5 auf 7,2 EUR). Dieser Anstieg ergibt sich aus der etwa gleichbleibenden durchschnittlichen Nutzfläche pro Person für diese Haushalte (bei steigender durchschnittlicher

Nutzfläche für alle anderen Haushalte) und allgemein steigenden Wohnkosten. Dadurch verteuerte sich Wohnen für armutsgefährdete Haushalte pro Quadratmeter überproportional. Am geringsten fällt der Wohnkostenanstieg pro Quadratmeter seit 2008 deshalb für Haushalte mit hohem Haushaltseinkommen aus (11%).

Grafik 13: Mittlere Wohnkosten pro Quadratmeter nach Einkommensgruppen 2008 bis 2015



Quelle: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2008 bis 2015. Einkommensgruppen in % des Medians des Äquivalenzeinkommens – siehe Tabelle 1.

Welchen Anteil am Haushaltseinkommen haben

Wohnkosten?

Der Wohnkostenanteil stellt dar, wieviel Prozent des Haushaltseinkommens für das Wohnen aufgewendet werden müssen. Der mittlere Wohnkostenanteil von Privathaushalten in Österreich beträgt 16%. Große Unterschiede zeigen sich nach dem Rechtsverhältnis: Haushalte in Mietwohnungen wenden im Mittel zwischen 23% (Gemeinde- und Genossenschaftswohnungen) und 28% (sonstige Hauptmietwohnungen) ihres Haushaltseinkommens für das Wohnen auf, der Wohnkostenanteil bei Haushalten in Eigentumshäusern und -wohnungen ist nur etwa halb so groß (11% bzw.

14%). Der bereits zuvor aufgezeigte Zusammenhang zwischen Einkommensgruppen und Rechtsverhältnissen gestaltet nun auch entsprechend die Verteilung des Wohnkostenanteils nach Einkommensgruppen: Bei armutsgefährdeten Haushalten ist dieser Anteil mit 36% mehr als doppelt so hoch wie im Mittel, bei Haushalten mit hohem Einkommen mit 8% nur halb so hoch.

Energiekosten stellen einen wesentlichen Bestandteil der Wohnkosten dar. Im Mittel betragen die Energiekosten 122 EUR im Monat. Für Energie müssen die Privathaushalte in Österreich rund 4% ihres Haushaltseinkommens aufwenden. Die Energiekosten von

armutsgefährdeten Haushalten sind mit 100 EUR im Mittel rund 20% geringer als für die Gesamtbevölkerung, die von Haushalten mit hohem Einkommen mit 152 EUR um rund 25% höher. Für armutsgefährdete Haushalte beträgt jedoch der Energiekostenanteil mit 9% mehr als das Doppelte als im Durchschnitt der Bevölkerung, Haushalte mit hohem Einkommen geben mit 2% im Mittel nur einen wesentlich geringeren Anteil ihres Einkommens für Energie aus.¹⁰⁶

Wer hat (zu) hohe Wohnkosten?

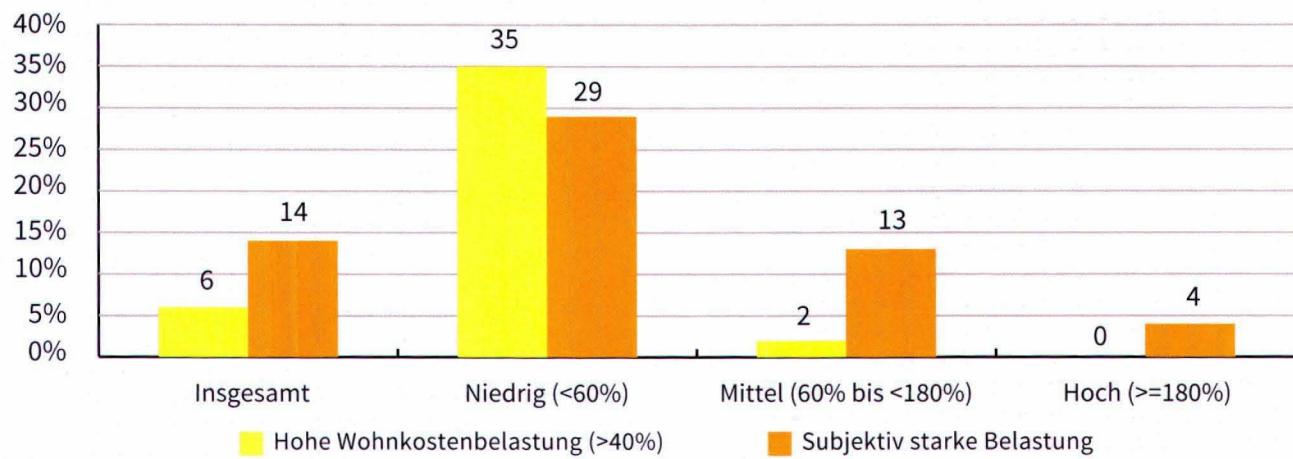
Wohnkosten als notwendige Ausgaben des Haushalts reduzieren das verfügbare Einkommen. Deshalb ist von Interesse, wie hoch der jeweilige Anteil der Wohnkosten am Haushaltseinkommen ist. Wird ein bestimmter Schwellwert überschritten, wird von hoher Wohnkostenbelastung gesprochen.¹⁰⁷

Eine Wohnkostenbelastung von über 40% ihres Haushaltseinkommens haben insgesamt 6% der Bevölke-

zung, das sind rund 536.000 Personen in 341.000 Haushalten. In höherem Ausmaß sind mit 17% Einpersonenhaushalte betroffen. Personen in armutsgefährdeten Haushalten haben zu mehr als einem Drittel (35%) eine hohe Wohnkostenbelastung, das sind rund drei Viertel aller Personen in dieser Lage.

Nicht nur die objektive Wohnkostenbelastung, gemessen über das Einkommen und die Kosten, sondern auch die subjektive Einschätzung der Belastung geben Auskunft über das Wohlergehen und die Lebensbedingungen der Haushalte. Demnach leben 14% der Personen in Haushalten mit subjektiv stark empfundener Belastung durch die Wohnkosten, bei armutsgefährdeten Personen ist der Anteil mit 29% doppelt so hoch – damit allerdings etwas geringer als der Anteil der Personen mit „objektiv“ hoher Wohnkostenbelastung. Insgesamt sind etwas weniger Personen von subjektiv starker Belastung durch Wohnkosten betroffen als von objektiv gemessenen hohen Wohnkosten.

Grafik 14: Hohe Wohnkostenbelastung und subjektiv starke Belastung durch Wohnkosten nach Einkommensgruppen



Quelle: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2015. Einkommensgruppen in % des Medians des Äquivalenzeinkommens – siehe Tabelle 1.

¹⁰⁶ Ausführlichere Informationen zu Energiekosten finden sich in Statistik Austria (2016c), S. 52ff.

¹⁰⁷ Für den Vergleich unterschiedlicher Konzepte siehe Heuberger/Zucha (2015). Hier wird die europäisch vereinheitlichte Definition herangezogen: Von hohem Wohnkostenaufwand wird dann gesprochen, wenn der Wohnkostenanteil über 40% beträgt (siehe Glossar).

12.3.5 Verschuldung und Zahlungsschwierigkeiten

Dieser Abschnitt beschäftigt sich mit der finanziellen Situation von Privathaushalten in Österreich über das laufend bezogene Einkommen hinaus. Ergänzend zur Verteilung des Haushaltseinkommens (siehe Abschnitt 12.1) wird dargestellt, ob und wie Haushalte mit ihrem Einkommen auskommen und wie sich ihr finanzieller Spielraum gestaltet. Den Abschnitt über das Wohnen (siehe Abschnitt 12.3.4) fortsetzend wird nun auch die Finanzierung des Wohnraums über Kredite analysiert.

Schulden schränken aufgrund der laufenden Rückzahlungsverpflichtungen den finanziellen Spielraum eines Haushalts ein und reduzieren damit das de facto frei verfügbare Haushaltseinkommen. Gleichzeitig wird durch Verschuldung oftmals erst ein erwünschter materieller Lebensstandard ermöglicht (z.B. durch Wohnkredite, aber auch durch Kredite für Wohnungsausstattung, andere Konsumgüter, PKW, Reisen etc.). Zwar werden Schulden bzw. Rückzahlungsverpflichtungen nicht für die Berechnung des verfügbaren Haushaltseinkommens mitberücksichtigt¹⁰⁸, dennoch ist das Thema „Verschuldung“ wesentlich für die Berichterstattung über Lebensbedingungen: Schulden stellen nicht per se ein (finanzielles, gesellschaftliches oder sozialpolitisches) Problem dar, sondern sind zunächst einmal das Ergebnis einer geplanten, rationalen Entscheidung der Haushalte. Problematisch sind Schulden dann, wenn der Haushalt seinen Rückzahlungsverpflichtungen nicht mehr nachkommen kann. Daher ist es wesentlich für eine Kreditaufnahme, wie gut der Haushalt die Chancen einschätzt, den Kredit auch tatsächlich zurückzahlen zu können.

Deshalb soll zuerst der Frage nachgegangen werden, welche Haushalte welche Art von Krediten haben, um

die Gründe zu verstehen, weswegen sich Haushalte verschulden. Im Folgenden wird untersucht, welche Haushalte (Rück-)Zahlungsschwierigkeiten haben. Im letzten Teil wird dargestellt, welche Haushalte über genügend finanzielle Möglichkeiten verfügen, sich unerwartete Ausgaben leisten zu können, und welche nicht. Im Fokus stehen auch hier die Unterschiede zwischen den Einkommensgruppen.

Wie hängen Einkommenssituation und vorhandene Kredite zusammen?

Rund 42% der Personen leben in Haushalten, die einen oder mehrere laufende Kredite haben. Das Vorhandensein eines Kredites steht in Zusammenhang mit dem verfügbaren Haushaltseinkommen: Nur 25% der Personen der niedrigen Einkommensgruppe haben in ihrem Haushalt mindestens einen laufenden Kredit, bei Personen in Haushalten mit mittlerem oder hohem Einkommen beträgt dieser Anteil jeweils 44%. Es zeigt sich, dass eher die mittleren bzw. höheren Einkommensschichten Kredite aufnehmen.

Im Folgenden wird zwischen Krediten zur Schaffung von Wohnraum und Konsumkrediten unterschieden. Erstere dienen zur Errichtung bzw. zum Erwerb von Wohneigentum oder zur Finanzierung etwa des Genossenschaftsanteils bei Genossenschaftswohnungen, zweitere für alle sonstigen Zwecke.

Die Schaffung von Wohnraum ist der häufigste Grund für eine Kreditaufnahme (siehe Grafik 15): 22% der Bevölkerung haben (ausschließlich) einen laufenden Kredit für das Wohnen in ihrem Haushalt, 14% nur einen Konsumkredit. In Haushalten mit beiden Kreditarten leben 6% der Personen. Anders das Bild für Personen in armutsgefährdeten Haushalten: Hier ist der Anteil

¹⁰⁸ Sprich: sie werden nicht abgezogen; anders als in der Erhebung des Household Finance and Consumption Surveys (HFCS) der Österreichischen Nationalbank, wo Schulden den Vermögen gegenübergestellt werden, um das Nettovermögen zu ermitteln.

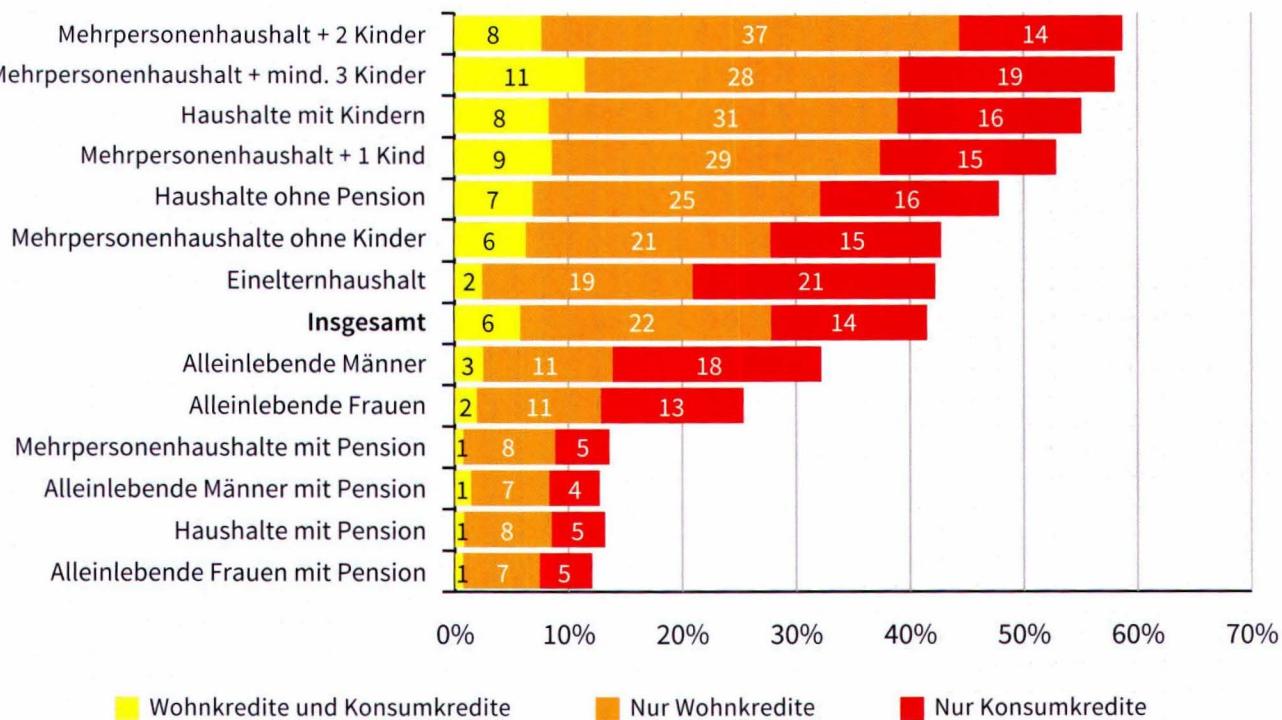
mit nur Wohnkrediten (6%) wesentlich niedriger und jener mit Wohn- und Konsumkrediten beträgt mit 2% nur etwa ein Drittel verglichen mit dem Gesamtdurchschnitt. Dafür sind Konsumkredite für Niedrigeinkommenshaushalte bedeutender: 17% haben (ausschließlich) Konsumkredite. Den höchsten Anteil an Wohnkrediten (30% ausschließlich und in Kombination mit Konsumkrediten) weisen Personen in Haushalten mit hohem Einkommen auf; sie wohnen auch häufiger in Eigentumshäusern bzw. -wohnungen.

Die Entscheidung sich zu verschulden, hängt auch von bestimmten Lebensphasen ab. Dies zeigt sich etwa

bei der Unterscheidung nach dem Haushaltstyp. Den höchsten Anteil an Krediten weisen Personen in Haushalten mit Kindern auf (55%); bei diesen ist auch der Anteil an Wohnkrediten (entweder alleine oder gemeinsam mit Konsumkredit) deutlich über dem Durchschnitt (39%). Einzige Ausnahme bilden Einelternhaushalte.

Interessant erscheint auch der merklich höhere Anteil an Haushalten mit nur Konsumkrediten bei männlichen Alleinlebenden ohne Pension – dies kann zum Teil auf Unterschiede in der Einkommenssituation (mit höherem Einkommen lassen sich Kreditverpflichtungen leichter eingehen) zurückzuführen sein.

Grafik 15: Kreditarten nach Haushaltstyp



Quelle: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2015. Personen in Haushalten. Einkommensgruppen in % des Medians des Äquivalenzeinkommens – siehe Tabelle 1.

Wen treffen (Rück-)Zahlungsschwierigkeiten?

Zahlungsrückstände verweisen auf Liquiditätsprobleme des Haushalts, etwa aufgrund eines niedrigen

Einkommens bzw. Einkommensrückgangs oder -ausfalls, steigender Ausgaben oder mangelnder finanzieller Reserven. Können Haushalte ihren Zahlungsver-

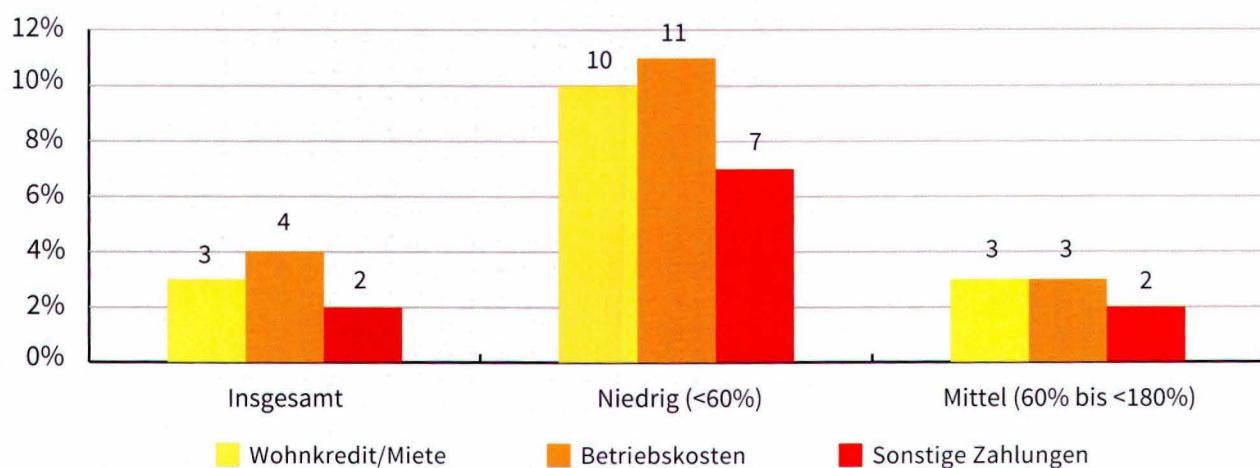
pflichtungen nicht mehr nachkommen, hat dies für den Haushalt zumeist unmittelbare Konsequenzen, u.a. die Reaktion der jeweiligen Gläubiger bzw. Kreditgeber (Mahnungen, Einforderung von Verzugszinsen, Verschlechterung der Bonität). Deshalb werden Zahlungsrückstände auch als eines der Merkmale für die EU-Definition erheblicher materieller Deprivation herangezogen (siehe Abschnitt 12.2).

Insgesamt leben rund 6% der Bevölkerung in Österreich in Privathaushalten mit Zahlungsrückständen. Dieser Anteil setzt sich zusammen aus Zahlungsrückständen bei Wohnkrediten und/oder Miete (3%), bei Betriebskosten (4%) oder bei sonstigen Zahlungen (2%) – diese können natürlich auch mehrfach im gleichen Haushalt

auftreten. Personen in armutsgefährdeten Haushalten haben ein höheres Risiko von Zahlungsrückständen (18%), wogegen nur etwa 1% der Personen in Haushalten mit hohem Einkommen betroffen sind.

Insgesamt gibt es die meisten Zahlungsrückstände aufgrund von wohnbezogenen Zahlungen. Der Unterschied zu anderen Zahlungsrückständen ist insbesondere bei armutsgefährdeten Personen deutlich: 10% für Wohnkredite oder Miete bzw. 11% für Betriebskosten gegenüber 7% für sonstige Zahlungen. Zahlungsrückstände in zumindest zwei Bereichen weisen insgesamt 2% der Bevölkerung auf, bei Personen in Haushalten mit niedrigem Einkommen sind es 8%.

Grafik 16: Zahlungsrückstände nach Einkommensgruppen



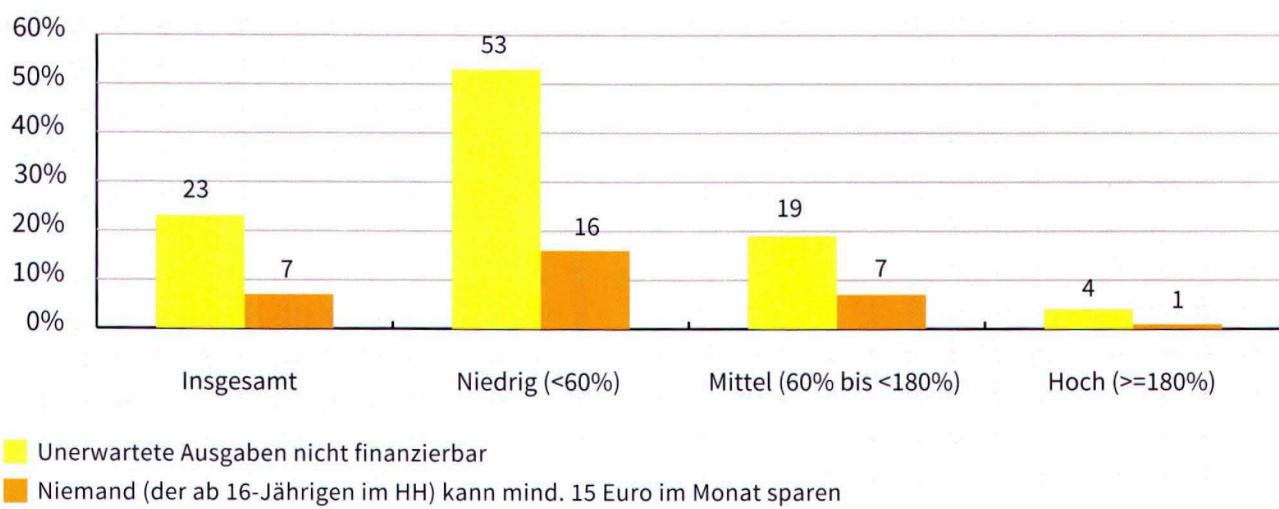
Quelle: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2015. Personen in Haushalten. Gerundete Werte. Einkommensgruppen in % des Medians des Äquivalenzeinkommens – siehe Tabelle 1. Personen mit hohem Einkommen liegen bei den drei Arten der Zahlungsrückstände jeweils unter 1% und werden daher nicht ausgewiesen.

Wer hat die Möglichkeit, unerwartete Ausgaben zu begleichen oder zu sparen?

Um die finanzielle Situation des Haushalts einzuschätzen, wird nicht nur nach aktuellen Zahlungsschwierigkeiten gefragt, sondern auch, ob etwaige

unerwartete Zahlungen bestritten werden können. Ebenso wird erfasst, ob die Mitglieder des Haushalts ab 16 Jahren die Möglichkeit haben, jeweils mindestens 15 EUR im Monat zu sparen.

Grafik 17: Unerwartete Ausgaben und Sparen nach Einkommensgruppen



Quelle: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2015. Einkommensgruppen in % des Medians des Äquivalenzeinkommens – siehe Tabelle 1. Personen in Haushalten.

Etwa 23% der Bevölkerung insgesamt leben in Haushalten, die nicht über die entsprechenden Ressourcen verfügen, unerwartete Ausgaben bezahlen zu können. Der Anteil hat sich in den letzten Jahren wenig verändert. Das Auftreten dieses Problems ist bei Personen in Haushalten mit niedrigem Einkommen mit 53% mehr als doppelt so hoch wie in Haushalten mit mittlerem Einkommen (19%).

Zusätzlich leben etwa 7% der Bevölkerung in Haushalten, in denen keine Person ab 16 Jahren mindestens 15 EUR sparen kann. In armutsgefährdeten Haushalten ist der Anteil mit 16% mehr als doppelt so hoch. Vor allem Personen in Einpersonenhaushalten und in Einelternhaushalten haben nicht die Möglichkeit zu sparen.

12.3.6 Materielle Lebensbedingungen und finanzielle Einschränkungen

Wie in Abschnitt 12.2 gezeigt, sind in Summe 302.000 Personen von erheblichen materiellen Einschränkungen¹⁰⁹

betroffen, das sind 3,6% der Bevölkerung. Davon sind 165.000 Personen gleichzeitig materiell benachteiligt und haben niedrige Haushaltseinkommen. Das heißt, dass jene, die den Mindestlebensstandard nach europäischer Festlegung nicht erreichen, zu 55% auch armutsgefährdet sind.

Welchen Zusammenhang gibt es zwischen Einkommen und Lebensstandard?

Die Einkommenssituation von Haushalten hat viel damit zu tun, was sich Familien oder einzelne Haushaltmitglieder leisten können bzw. worauf sie verzichten müssen. Doch es gibt auch scheinbar widersprüchliche Situationen, etwa wenn trotz niedrigem Einkommen die materiellen Lebensbedingungen „gut“ (im Sinne der Erfüllung der Mindestfordernisse) sind: 1.013.000 Personen sind armutsgefährdet, aber nicht materiell depriviert. Das Aufbrauchen von Ersparnissen oder das „Schulden machen können“ ermöglichen in solchen Fällen – zumindest über einen begrenzten Zeitraum –

¹⁰⁹ Siehe Glossar.

Konsum, der allein durch das laufende Einkommen nicht gedeckt wäre. Vielfach sind auch bestimmte langlebige Güter bereits im Haushalt verfügbar, da sie in Perioden mit höherem Einkommen angeschafft wurden. Durch die Betrachtung des laufenden Haushaltseinkommens, ohne Berücksichtigung von Vermögen, Ersparnissen oder Verschuldung (wie sie dem Indikator Armutgefährdung zu Grunde liegt), kommt es also manchmal zu einer Nichtübereinstimmung von materieller und finanzieller Lebenslage. Deshalb ist eine einander ergänzende Darstellung – wie sie das Europa 2020-Sozialziel verfolgt – durchaus sinnvoll. Es wurde auch vielfach nachgewiesen, dass der Faktor „Zeit“ eine wesentliche Rolle spielt: Für die von Armutgefährdung betroffenen Haushalte ist vor allem die Verweildauer in diesem Zustand wesentlich.¹¹⁰ Gordon et al. (2000) haben gezeigt, dass der Lebensstandard eines Haushalts erst allmählich und bei längerfristigem Verbleib auf niedrigem Einkommensniveau fällt. Wenn es noch die Möglichkeit gibt, Rücklagen aufzubrauchen oder Kredite aufzunehmen, können Einkommensverluste für eine gewisse Zeit abgedeckt werden. Jedoch wurde bereits in Abschnitt 12.3.5 dargestellt, dass gerade Personen in Niedrigeinkommenshaushalten seltener die Möglichkeit haben, Ersparnisse zu konsumieren bzw. oft schon verschuldet sind. Daher stellen zusätzlich notwendige Ausgaben vielfach ein unüberwindbares Problem dar. 23% aller Menschen in Österreich leben in Haushalten, die keine unerwarteten Ausgaben in Höhe von 1.100 EUR finanzieren können.¹¹¹ In Niedrigeinkommenshaushalten sehen sich gar 53% der Personen nicht in der Lage, unerwartete Ausgaben zu bestreiten.

Umgekehrt können Einschränkungen sichtbar werden, die man auf Grund des Einkommens nicht vermuten würde: 137.000 Personen sind erheblich materiell benachteiligt, obwohl sie über ein mittleres Haushaltseinkommen verfügen.¹¹² Hier können hohe Ausgaben – etwa für das Wohnen, für Unterhaltsleistungen, für Konsumkredite oder auf Grund anderer Lebensumstände wie Krankheit – die Diskrepanz zwischen höherem Einkommen und niedrigem Lebensstandard erklären.

Im Großen und Ganzen gilt jedoch, dass die materielle Lebenslage eines Haushalts eng an dessen Einkommen gekoppelt ist. Ergänzend dazu stellt der Indikator der erheblichen materiellen Deprivation dessen Wirkung auf den tatsächlichen Lebensstandard in den Fokus.

Wie sehr sind Niedrigeinkommenshaushalte von materiellen und finanziellen Einschränkungen betroffen?

Während 2% der Personen in Haushalten mit mittlerem Einkommen als erheblich depriviert gelten, sind es 14% der Personen in Haushalten mit niedrigem Einkommen. Von den Gewohnheiten, die zum europäischen Mindestlebensstandard gerechnet werden, sind das Verbringen einer Urlaubswoche pro Jahr (auch, wenn dies nur bei Verwandten oder durch Zuschüsse finanziert ist) und eine ausgewogene Ernährung jene, bei denen einkommensbezogene Nachteile am häufigsten sichtbar werden.¹¹³ Mehr als ein Drittel der Personen in Niedrigeinkommenshaushalten können

¹¹⁰ Ergebnisse zu dauerhafter Armutgefährdung siehe Statistik Austria 2016b, Tab. 5.6a und b.

¹¹¹ Dies ist einer der neun Indikatoren für „erhebliche materielle Deprivation“ (mind. 4 von 9 Deprivationsmerkmalen müssen vorliegen – siehe auch Abschnitt 12.2) und jener, der am häufigsten bejaht wird.

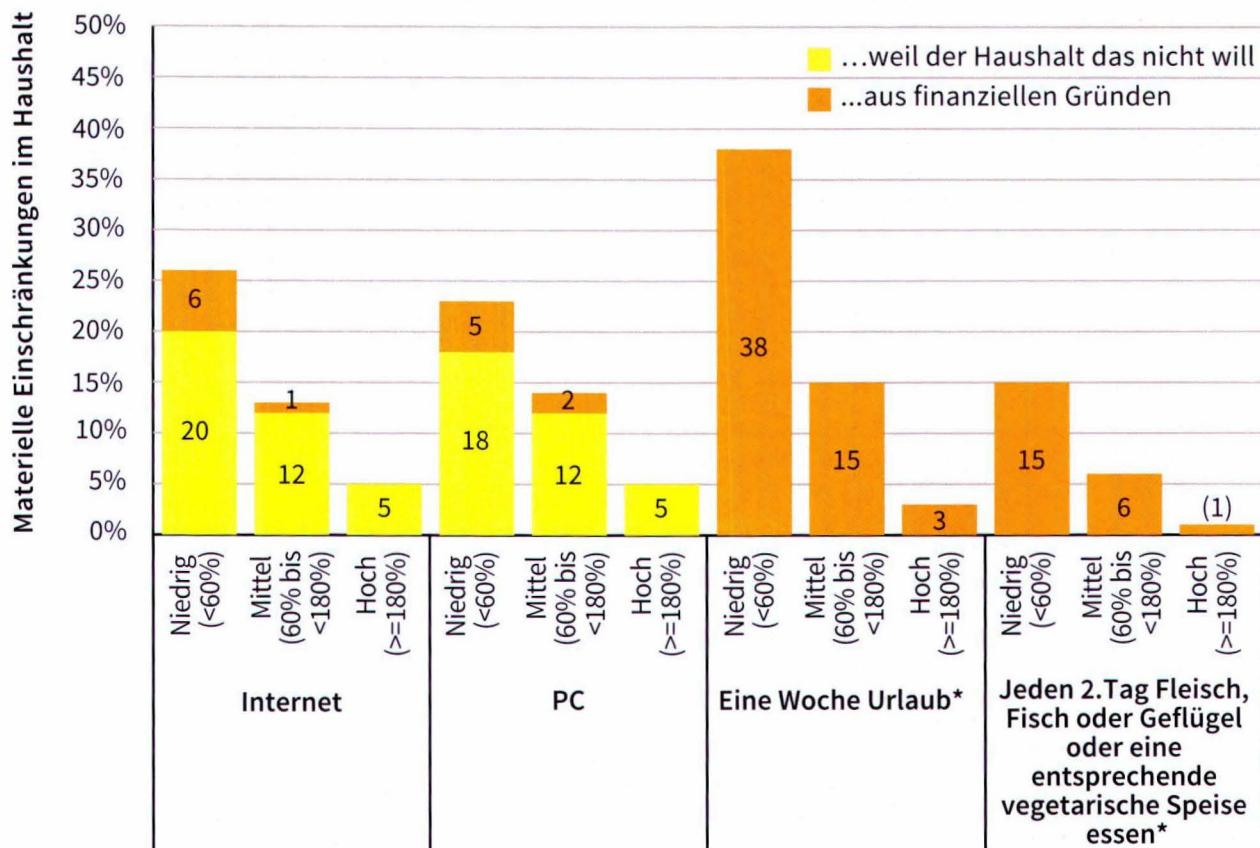
¹¹² Hingegen gibt es im Bereich des hohen Einkommens praktisch keine Überschneidung mit erheblicher materieller Deprivation mehr.

¹¹³ Außerdem: unerwartete Ausgaben zu tätigen und Zahlungen rechtzeitig zu begleichen – siehe bereits Abschnitt 12.2. Eine vollständige Liste der europäischen sowie ergänzende nationale Indikatoren zur materiellen Lebenslage nach Einkommensgruppen und anderen Merkmalen siehe Statistik Austria 2016b, Tab. 2.2 und 2.3.

sich keinen Urlaub leisten. 15% müssen sich bei den Ausgaben für ihre Ernährung einschränken. Bereits im

Bereich des mittleren Einkommens fallen diese Nennungen wesentlich geringer aus.

Grafik 18: Materielle Einschränkungen im Haushalt nach Einkommensgruppen



Quelle: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2015. Personen in Haushalten. Einkommensgruppen in % des Medians des Äquivalenzeinkommens – siehe Tabelle 1. Sind in der Randverteilung weniger als 50 oder in der Zelle weniger als 20 Fälle vorhanden, wird geklammert. Mit * gekennzeichnete Items zählen zu den neun Merkmalen erheblicher materieller Deprivation nach EU-Definition (vgl. Abschnitt 12.2) und berücksichtigen nur finanzielle Gründe und nicht „...weil der Haushalt es nicht will“.

Zusätzlich zu den europaweit einheitlich definierten Merkmalen des Lebensstandards sind auf der Haushaltsebene auch das Vorhandensein von Internet und PC relevant. Weitet man hier die Betrachtungsweise auf jene aus, die zusätzlich zur Nichtleistbarkeit Einschränkungen für den Haushalt aus anderen Gründen („der Haushalt will das nicht“) berichteten, sind jeweils

rund ein Viertel in Haushalten mit niedrigem Einkommen betroffen.¹¹⁴

Welche materiellen Benachteiligungen ergeben sich für Erwachsene?

Wie beim Lebensstandard der Haushalte als Ganzes sind auch persönliche finanzielle Einschränkungen vor-

¹¹⁴ Eine kritische Diskussion dieser – oft schwierigen – Unterscheidung zwischen Nicht-Leistbarkeit und Nicht-Verfügbarkeit aus sonstigen Gründen für die Messung von Deprivation findet sich im Bericht zu EU-SILC 2014 (Lamei et al., 2015, S. 34).

12. LEBENSBEDINGUNGEN, ARMUT UND EINKOMMEN IN ÖSTERREICH

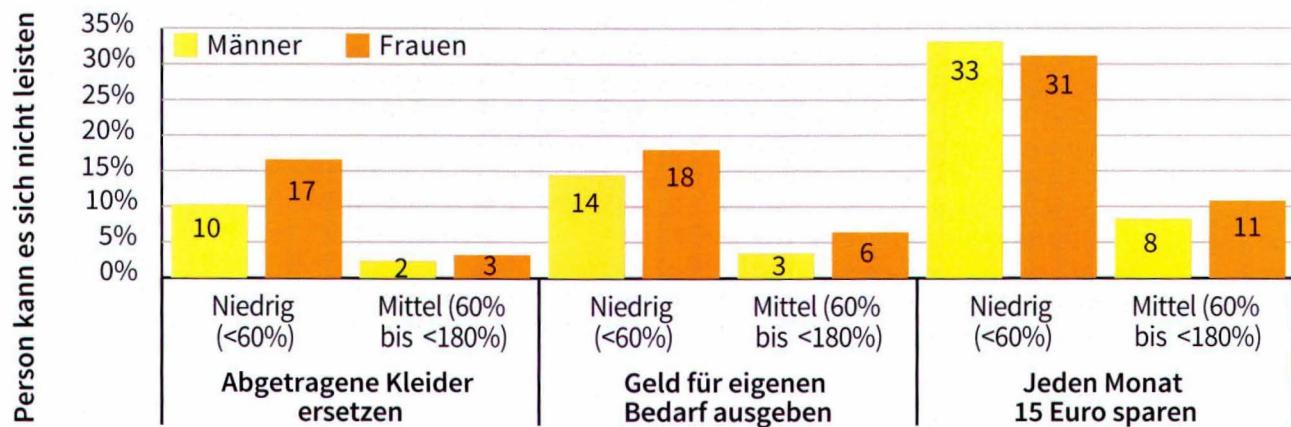
wiegend für Erwachsene in Niedrigeinkommenshaushalten gegeben. Personen in Haushalten mit hohen Einkommen haben selten finanzielle Gründe, auf materielle Güter oder Verhaltensweisen, die mit Kosten verbunden sind, zu verzichten.¹¹⁵ Das Potential, über einen Teil des Haushaltseinkommens individuell zu verfügen, scheint zum einen deutlich von der absoluten Einkommenshöhe abzuhängen; zum anderen ist es abhängig vom Geschlecht (auch innerhalb der Einkommensgruppen ergeben sich Unterschiede)¹¹⁶; den stärkeren Effekt hat die Einkommenshöhe.

Die Möglichkeit, abgetragene Kleidung durch neue zu ersetzen, fehlt bei 17% der Frauen und 10% der Männer in Haushalten mit niedrigem Einkommen. 18% der Frauen in Niedrigeinkommenshaushalten geben an, nicht jede Woche ein bisschen Geld für sich selbst aus-

geben zu können, bei den Männern sind es 14%.¹¹⁷ Bei mittlerem und hohem Haushaltseinkommen kommt das nur sehr selten vor. Mit dem Sparen verhält es sich auf höherem Niveau insgesamt und zwischen den Geschlechtern ähnlich: Am seltensten sparen können Frauen und Männer in Haushalten mit niedrigem Einkommen (31% bzw. 33%).

Als die trennschärfsten Merkmale für Deprivation, d.h. was sich Personen in Haushalten mit niedrigem Einkommen im Gegensatz zu den meisten anderen nur schwer leisten können, erweisen sich eigenes Sparen und mit Geld verbundene Freizeitaktivitäten (siehe Abschnitt 12.3.7). Auch das Treffen mit Freunden ist – wenn gemeinsam etwas konsumiert wird – einkommensabhängig (siehe ebd.).

Grafik 19: Nicht-Leistbarkeit für Frauen und Männer nach Einkommensgruppen



Quelle: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2015. Personen ab 16 Jahren. Gerundete Werte. Einkommensgruppen in % des Medians des Äquivalenzeinkommens – siehe Tabelle 1. Personen mit hohem Einkommen liegen bei Nichtleistbarkeit „abgetragene Kleider zu ersetzen“ und „Geld für eigenen Bedarf auszugeben“ jeweils bei 0 bis 1% und bei „jeden Monat 15 Euro sparen“ bei unter 3% und haben sehr geringe absolute Fallzahlen – sie werden daher nicht ausgewiesen.

¹¹⁵ Die Möglichkeit für persönliche Ausgaben von Erwachsenen soll nicht nur im Hinblick auf ihr eigenes (Erwerbs-)einkommen beurteilt werden – auch wenn ein Teil des Haushaltsbudgets für derartige persönliche Ausgaben verwendet werden kann, gilt die Ausgabe als leistbar.

¹¹⁶ Vgl. dazu ausführlicher Lamei et al. (2015) im Bericht zu EU-SILC 2014, S. 37ff.

¹¹⁷ Hier wurden 2014 höhere Quoten für Nicht-Leistbarkeit gemessen und teilweise größere Geschlechterunterschiede festgestellt (vgl. ebd., S. 39) – die Abhängigkeit von der Einkommensgruppe bleibt aber im Jahresvergleich deutlich.

Wie sind Kinder von geringem Lebensstandard betroffen?

Fast ein Viertel der im Jahr 2015 Armuts- und Ausgrenzungsgefährdeten sind Kinder und Jugendliche unter 20 Jahren (24% bzw. 380.000 Personen). Das Risiko sozialer Ausgrenzung liegt für diese Altersgruppe mit 22% über dem der Gesamtbevölkerung (18,3%). 17% der unter 20-Jährigen leben in Haushalten mit niedrigem Einkommen, 78% in Haushalten mit mittlerem Einkommen und 5% in jenen mit hohem Einkommen – im Vergleich zur Gesamtbevölkerung sind Kinder und Jugendliche also bei den niedrigen Haushaltseinkommen über- und den hohen Haushaltseinkommen unterrepräsentiert (vgl. Tabelle 1).

Es zeigt sich, dass erhebliche materielle Deprivation (Europa 2020-Definition) Kinder und Jugendliche insbesondere in bestimmten Haushaltsskalationen betrifft: Einelternhaushalte (10%) und Haushalte mit drei und mehr Kindern (6%) haben ein überdurchschnittliches Risiko materiell benachteiligter Lebenslagen – hingegen sind Haushalte mit einem (3%) oder zwei Kindern (2%) gut gegen diese Form sozialer Benachteiligung abgesichert.

Aus Sicht der Kinder, die in Niedrigeinkommenshaushalten aufwachsen, heißt das: Die Möglichkeiten sozialer Teilhabe – denselben Freizeitaktivitäten nachzugehen wie Gleichaltrige, Feste zu feiern, Freunde einzuladen und an kostenpflichtigen Schulaktivitäten teilzunehmen – sind deutlich eingeschränkt (siehe im Detail Grafik 23). 8% der jungen Menschen unter 20 Jahren, deren Haushalt in die niedrige Einkommenskategorie fällt, haben zu Hause keinen PC oder Laptop (und auch keinen Tablet-PC), 22 % leben in Haushalten ohne Internet.

Es ist deshalb so wichtig, auf diese Benachteiligungen hinzuweisen, da nicht nur der momentane Lebensstandard der Kinder Einschränkungen erfährt, sondern auch die indirekten Voraussetzungen für ihr zukünftiges Wohlergehen betroffen sind (vgl. Guio et al. 2012). So wurde bereits in Abschnitt 12.3.2 nachgewiesen, wie sehr in Österreich Bildungschancen – und damit auch die späteren Chancen auf existenzsichernd bezahlte Erwerbsarbeit – vom Haushaltseinkommen des Elternhushalts abhängig sind.

12.3.7 Gesellschaftliche und kulturelle Teilhabe

Das Einbezogensein in soziale Netze und die Teilnahme an gemeinschaftlichen Aktivitäten stärkt den sozialen Zusammenhalt und gilt allgemein als erstrebenswert. Lebensqualität und sozialer Status werden neben dem ökonomischen auch von sozialem und kulturellem Kapital beeinflusst (vgl. Bourdieu 1982). Wer über stabile Sozialkontakte verfügt, verschafft sich Zugang zu Informationen, Erfahrungen und anderen potentiellen Unterstützungsquellen, die für das Erreichen von Lebenszielen und die Bewältigung von Herausforderungen in verschiedenen Kontexten förderlich sind. Das Ausmaß an sozialer Teilhabe hängt jedoch nicht nur von individuellen Entscheidungen oder der aktuellen Lebenssituation, sondern auch vom Lebensstandard und soziodemographischen Merkmalen ab.

Als Ebenen der sozialen Teilhabe können Beziehungen im Haushalt, in der Familie, im Freundeskreis oder in der Nachbarschaft, aber auch die Beteiligung an zivilgesellschaftlichen und politischen Prozessen genannt werden. Kulturelle Teilhabe umfasst das Ausüben von Freizeitaktivitäten, die zum psychischen und physischen Wohlbefinden beitragen. In diesem Abschnitt wird untersucht, welche Zusammenhänge sich zwischen den Möglichkeiten der Menschen, soziale Beziehungen in den oben genannten Bereichen aufzunehmen und zu pflegen mit der Einkommens-

verteilung zeigen. Gleiches wird für die kulturelle Teilhabe erörtert.¹¹⁸

Wie wirken sich Haushaltskonstellationen auf den Lebensstandard aus?

Der Haushalt bildet die primäre Ebene sozialer Kontakte einer Person: Mit wem man zusammenlebt, hat besonders starken Einfluss auf die eigenen Lebensbedingungen. Laut EU-SILC 2015 leben in Österreich hochgerechnet rund vier Fünftel der Bevölkerung ab 16 Jahren (rund 5,74 Millionen Menschen) in Mehrpersonenhaushalten.¹¹⁹ 1,42 Millionen ab 16-Jährige leben alleine, das sind 21% der Frauen und 18% der Männer. Alleine zu leben bedeutet, nicht direkt in einer Versorgungsgemeinschaft eingebunden zu sein, d.h. Lebenserhaltungskosten können nicht geteilt werden und finanzielle Absicherung oder ein Ausgleich durch die Einkommen anderer Haushaltsglieder ist nicht möglich. Ältere Menschen leben häufig allein – 38% aller Einpersonenhaushalte bestehen aus Menschen über 64 Jahre. Von den Frauen in dieser Altersgruppe lebt fast die Hälfte allein (45%); von den Männern nur rund ein Fünftel (21%). Neben Pensionistinnen und Pensionisten (34%) sind auch Arbeitslose (25%) verglichen mit Erwerbstägigen (15%) häufiger in Einpersonenhaushalten vertreten.

Zwischen der Haushaltsform und dem Lebensstandard, gemessen am Haushaltseinkommen, zeigt sich ein eindeutiger Zusammenhang: Mit 22% sind Alleinlebende in der Gruppe der Niedrigeinkommensbeziehenden mehr als dreimal so häufig vertreten wie in

der höchsten Einkommensgruppe (7%). Personen, die mit einem Partner (ohne Kinder) im Haushalt leben, müssen demgegenüber mit 8% deutlich seltener mit niedrigem Haushaltseinkommen auskommen, ebenso Familien (14%).

Auf Grund geschlechtsspezifischer Unterschiede bezüglich des Risikos sozialer Gefährdungslagen werden hier Frauen und Männer in Einpersonen- bzw. in Einelternhaushalten differenziert betrachtet. 22% der alleinlebenden Frauen gelten als Niedrigeinkommensbezieherinnen, 73% fallen in die Gruppe der mittleren Einkommen und nur 5% in die Gruppe der hohen Einkommen. Alleinlebende Männer sind demgegenüber mehr als doppelt so häufig (11%) Bezieher hoher Einkommen, am unteren Ende der Einkommensverteilung sind sie jedoch mit 21% in ähnlichem Maße von Einkommensarmut bedroht wie alleinlebende Frauen. Noch prekärer ist die Situation in Einelternhaushalten, wo die Erwerbseinbindung durch potentiell anfallende Kinderbetreuung erschwert wird: 30% der Mütter müssen mit einem Einkommen ihr Auslangen finden, das unter 60% des österreichischen Medianeinkommens liegt. Im hohen Einkommenssegment sind sie hingegen praktisch überhaupt nicht zu finden.¹²⁰

Beeinflussen Einkommensunterschiede die Sozialkontakte?

Soziale Kontakte außerhalb des Haushalts, als weitere Ebene der gesellschaftlichen Teilhabe, haben das Potential, emotional, materiell und mental unterstützend zu wirken. Weil aber soziale Beziehungen zeit-

¹¹⁸ Datenquelle hierfür ist das im Rahmen der Erhebung EU-SILC 2015 erfragte Sondermodul „Soziale und kulturelle Teilhabe“. Für die Analyse zur Verfügung standen die Angaben von 10.935 Personen ab 16 Jahren, die auf die Gesamtbevölkerung der Personen jener Altersgruppe hochgerechnet wurden. Für inhaltliche Details und eine tabellarische Darstellung der Ergebnisse siehe Statistik Austria (2016b), Kapitel 12.

¹¹⁹ Für eine detaillierte Darstellung der Zusammensetzung von Mehrpersonenhaushalten siehe Tabellen 12.1 und 12.2 im Tabellenband (ebd., S. 140ff.).

¹²⁰ Aufgrund zu geringer Fallzahlen in der Stichprobe können an dieser Stelle keine Aussagen über die Situation von Vätern in Einelternhaushalten getroffen werden.

intensiv sind und sich sowohl organisatorisch als auch emotional aufwändig gestalten können, gehen sie zu Lasten von Ressourcen in anderen Bereichen und werden daher in bestimmten Situationen reduziert oder abgebrochen. So stellen etwa prekäre Lebenslagen die Pflege von sozialen Kontakten auf die Probe: Einerseits sind die für die Teilhabe vorhandenen (finanziellen, zeitlichen, gesundheitlichen oder anderen) Ressourcen eingeschränkt, andererseits kann der im Vergleich zu anderen als defizitär wahrgenommene eigene Lebensstandard einen durch Scham und Resignation bedingten Rückzug zur Folge haben.

Anhand der Daten des EU-SILC Moduls 2015 kann untersucht werden, ob das Maß sozialer Kontakte nach Einkommensgruppen variiert.¹²¹ Generell zeigt sich (vgl. Grafik 20), dass Unterschiede in der Kontakthäufigkeit stark mit dem Geschlecht zusammenhängen, während Abstufungen in der Intensität nach dem Einkommen je nach beobachteter Bezugsgruppe variieren. Über drei Viertel der Frauen pflegen, unabhängig von der Einkommensgruppe zu der ihre Haushalte gehören, intensiven Kontakt mit ihrer Verwandtschaft. Deutlich mehr als bei den Männern, bei welchen die Intensität des Kontakts mit der Höhe des Haushaltseinkommens leicht zunimmt: 64% der Männer mit niedrigem Einkommen und 69% mit hohem Einkommen geben an, wöchentlich persönlichen oder indirekten Kontakt zur Verwandtschaft zu haben.

In der Beziehung zum Freundeskreis zeigt sich für Frauen und Männer mit niedrigem Einkommen dasselbe Muster: 69% geben an, intensiven Kontakt zu Freundinnen und Freunden zu pflegen, 28% haben regelmäßigen Kontakt mit ihnen. Mit dem Einkommen steigt auch die Intensität des Kontakts: 74% der Frauen und 73% der Männer mit hohem Einkommen haben intensiven Kontakt zu ihren Freundinnen und Freunden.

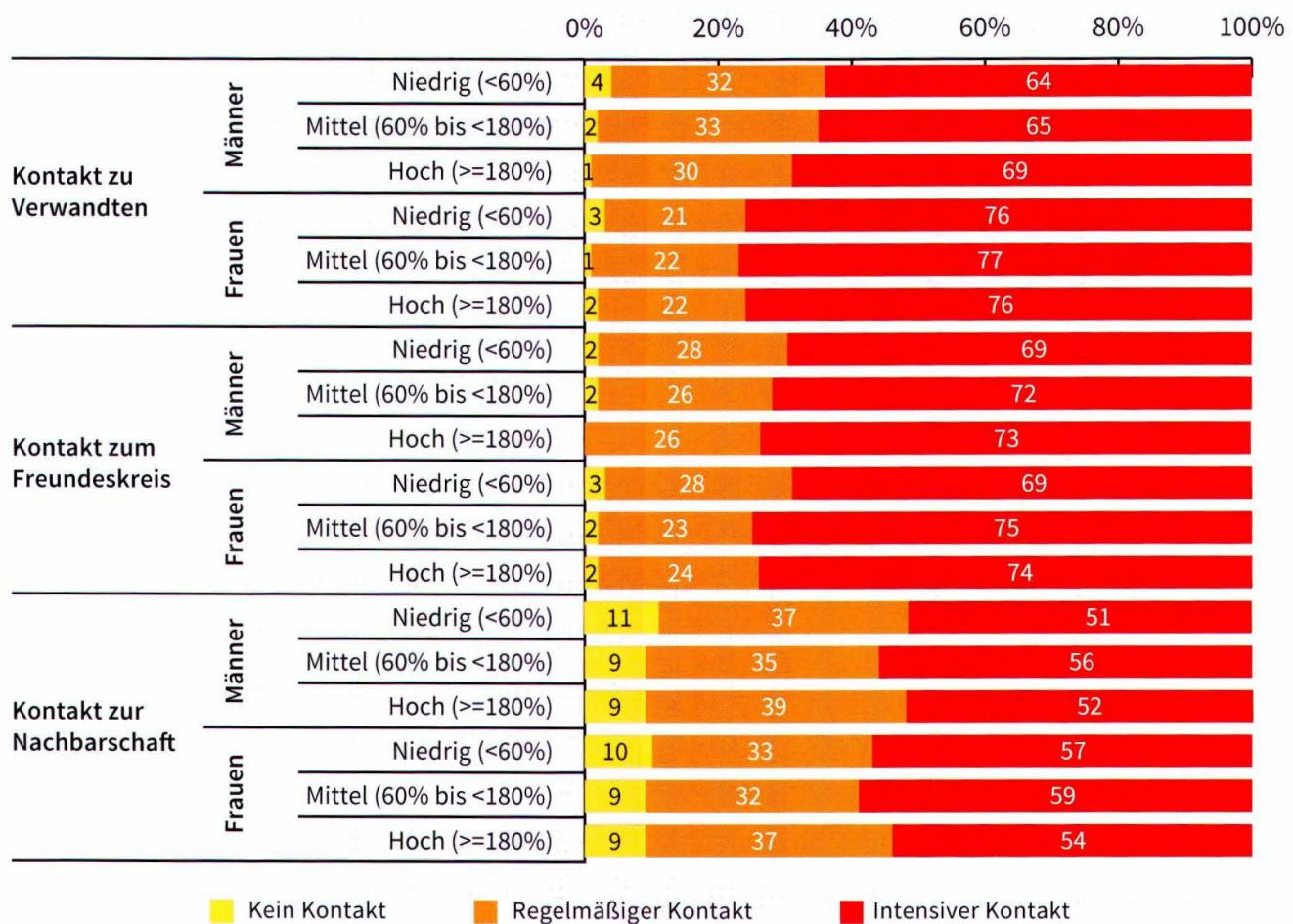
Neben Unterschieden in der Bedeutung von Familie und Freundeskreis nach dem Geschlecht, sind auch Alter, Haupttätigkeit und Haushaltsform bestimmende Merkmale für die Kontaktpflege.¹²² Sie haben maßgeblichen Einfluss darauf, welche Ressourcen zur Aufnahme und Erhaltung von Beziehungen zur Verfügung stehen oder durch sie zugänglich werden. Dass alleinlebende Frauen mit Pensionsbezug und solche in Eineltern-, aber auch in Mehrpersonenhaushalten mit zwei Kindern überdurchschnittlich häufig in intensivem Kontakt zu Verwandten und Freunden stehen, lässt schlussfolgern, dass sowohl das emotionale Bedürfnis nach Kontakt als auch Unterstützungsleistungen wie Kinderbetreuung oder Versorgungsleistungen Bestandteile der Beziehungen sind.

¹²¹ Die Intensität der Kontakte wird dabei nach „kein Kontakt/keine Verwandten/ FreindInnen/ NachbarInnen“, „regelmäßiger Kontakt“ und „intensiver Kontakt“ differenziert. „Intensiver Kontakt“ entspricht dabei wöchentlichen persönlichen Treffen und/oder indirekten Kontakten (per Telefon, SMS, Brief, Fax, Internet), „regelmäßiger Kontakt“ entspricht seltener als wöchentlichen persönlichen Treffen und indirekten Kontakten. Fälle ohne Angabe zur Kontakthäufigkeit wurden ausgeschlossen.

¹²² Für eine detaillierte tabellarische Darstellung der Kontakthäufigkeit nach soziodemographischen Merkmalen siehe Tabellen 12.4 bis 12.6 im Tabellenband zu EU-SILC 2015, S. 150ff (Statistik Austria 2016b). Das hier beschriebene Maß der Kontakthäufigkeit („intensiver Kontakt“) entspricht dort der Kategorie „Mindestens wöchentliche persönliche Treffen und indirekter Kontakt“ zu Verwandten, Freundeskreis oder Nachbarschaft. Auch eine textliche Darstellung der Ergebnisse des Sondermoduls ist seitens Statistik Austria in Planung.

12. LEBENSBEDINGUNGEN, ARMUT UND EINKOMMEN IN ÖSTERREICH

Grafik 20: Kontakt zu Verwandten, Freundeskreis und Nachbarschaft nach Einkommensgruppen



Quelle: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2015. Personen über 16 Jahren. Einkommensgruppen in % des Medians des Äquivalenzeinkommens – siehe Tabelle 1. „Intensiver Kontakt“: wöchentliche persönliche Treffen und/oder indirekte Kontakte; „regelmäßiger Kontakt“: seltener als wöchentliche persönliche Treffen und indirekte Kontakte. Fälle ohne Angabe zur Kontakthäufigkeit wurden ausgeschlossen.

Insgesamt ist der Zusammenhang zwischen der Zugehörigkeit zu einer bestimmten Einkommensgruppe und sozialen Kontakten eher schwach ausgeprägt. Dieser Befund macht deutlich, dass sich finanzielle Benachteiligungen nicht in einem zusätzlichen Mangel an Sozialbeziehungen niederschlagen, bedeutet aber auch, dass sich soziale Eingebundenheit, zumindest was die Kontakthäufigkeit angeht, nicht nachweislich positiv auf den ökonomischen Lebensstandard auswirkt.

Wie wirken sich geringe Einkommen auf Beziehungen und soziale Aktivitäten aus?

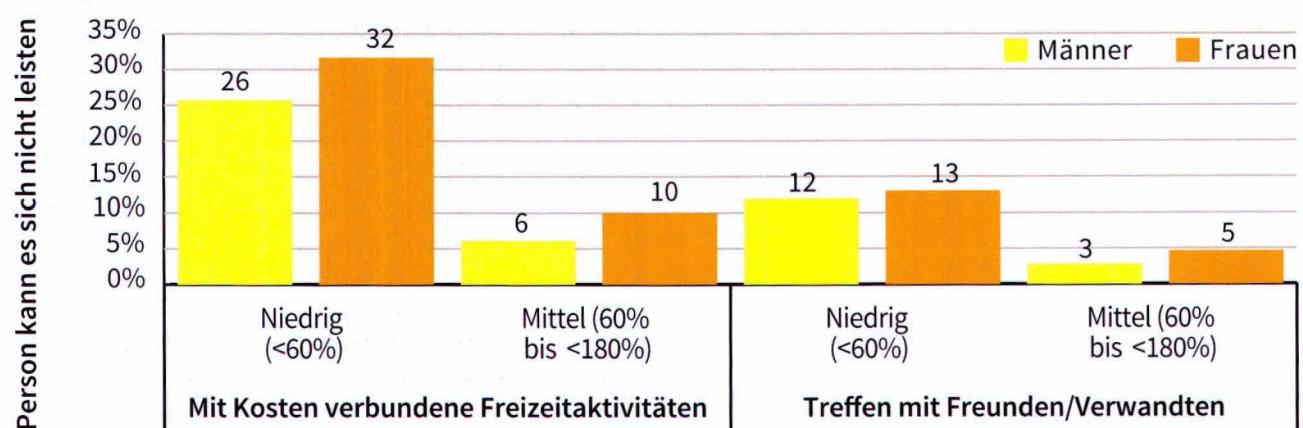
34% der Frauen und 33% der Männer haben seltener als einmal pro Woche persönlichen Kontakt zu Freunden oder Verwandten. Für Menschen mit niedrigem Einkommen kann der damit verbundene finanzielle Aufwand ein Hindernis darstellen, soziale Beziehungen einzugehen und aufrecht zu erhalten: So geben 13% der Frauen und 12% der Männer in der niedrigen Einkommensgruppe an, es sich nicht leisten zu können, einmal pro Monat Freunde oder Verwandte zu

treffen, um gemeinsam etwas zu essen oder zu trinken (vgl. Grafik 21).

Die Qualität sozialer Beziehungen wurde in EU-SILC anhand der Möglichkeit gemessen, andere Menschen um Hilfe bitten zu können sowie Ansprechpartnerinnen oder Ansprechpartner für vertrauliche Themen zu haben. So zeigt sich, dass Menschen mit hohem Einkommen eher davon ausgehen, sich auf ihr soziales Netzwerk verlassen zu können: 98% der Frauen und 97% der Männer mit hohem Einkommen können mit Hilfe

von Verwandten, dem Freundeskreis oder der Nachbarschaft rechnen, unter Personen mit niedrigem Einkommen sind es bei beiden Geschlechtern jeweils nur 93%. Die Unterschiede nach der finanziellen Situation zeigen sich auch in der Verfügbarkeit von Ansprechpartnerinnen oder Ansprechpartnern für vertrauliche, persönliche Angelegenheiten: 99% der Frauen und 97% der Männer mit hohem Einkommen können darauf zurückgreifen, während dies mit niedrigem Einkommen seltener der Fall ist (94% Frauen, 92% Männer).

Grafik 21: Materielle Einschränkungen in der Freizeitgestaltung für Frauen und Männer nach Einkommensgruppen



Quelle: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2015. Personen ab 16 Jahren. Gerundete Werte. Einkommensgruppen in % des Medians des Äquivalenzeinkommens – siehe Tabelle 1. Personen mit hohem Einkommen liegen bei Nichtleistbarkeit von „mit Kosten verbundene Freizeitaktivitäten“ und „Treffen mit Freunden/Verwandten“ jeweils bei 0 bis 1% – sie werden daher nicht ausgewiesen.

Welche Rolle spielen soziale Beziehungen für die Zufriedenheit mit dem Leben?

Wie zufrieden Menschen mit ihren persönlichen Beziehungen sind, zeigt Grafik 22 für die drei definierten Einkommensgruppen und stellt eine Verbindung zur Lebenszufriedenheit insgesamt her. Sowohl die allgemeine Lebenszufriedenheit, als auch die Zufriedenheit mit sozialen Beziehungen wird mit Werten über 7 auf einer 11-teiligen Skala (0 = überhaupt nicht zufrieden, 10 = vollkommen zufrieden) generell hoch bewertet.

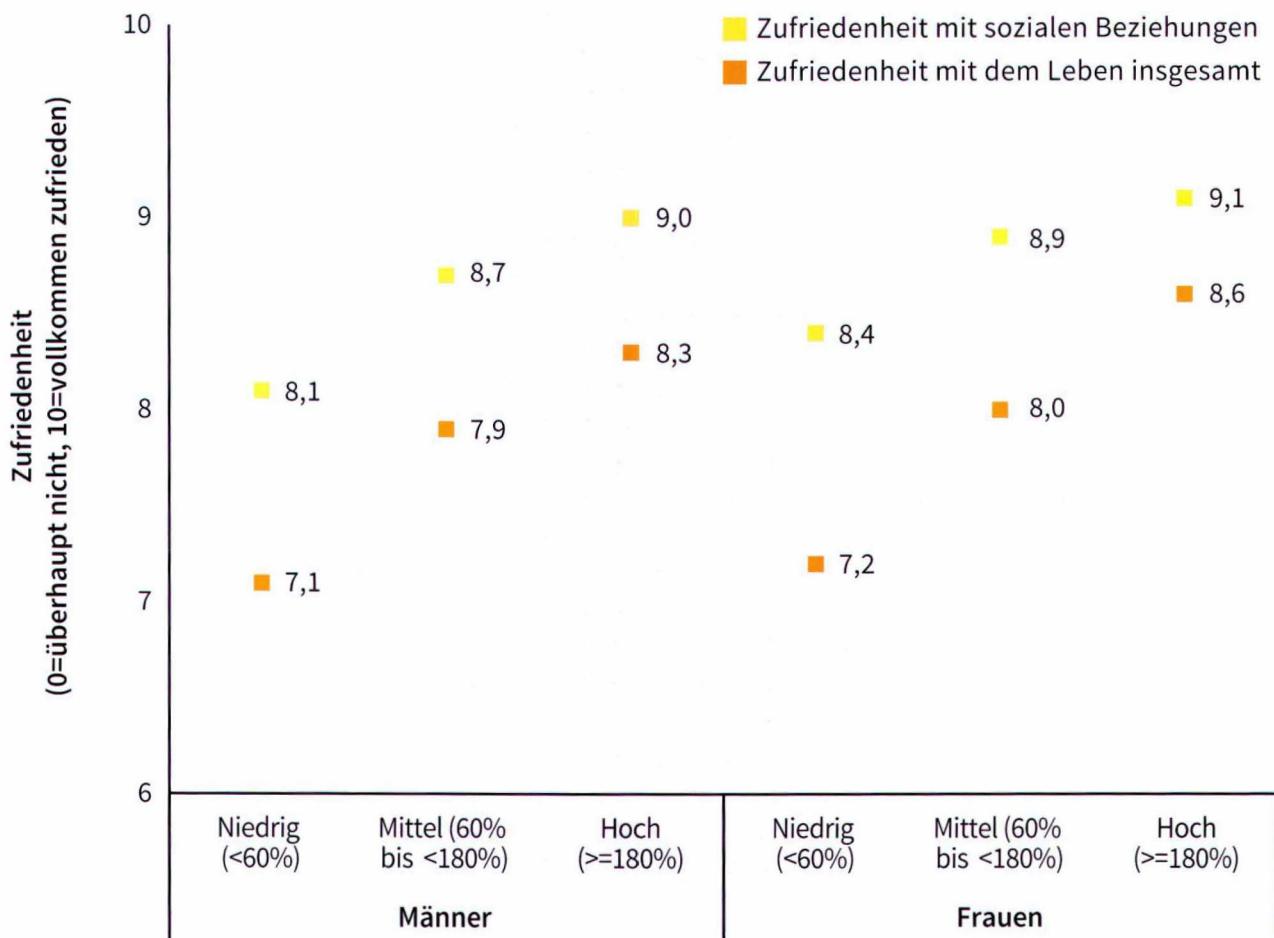
Dennoch ist ein Zusammenhang mit dem Einkommen erkennbar: Je höher dieses ist, desto höher ist die durchschnittliche Zufriedenheit mit dem Leben im Allgemeinen. Und: Wer über ein höheres Einkommen verfügt, ist im Durchschnitt auch etwas zufriedener mit seinen sozialen Beziehungen. Die angegebenen Werte für die Zufriedenheit mit sozialen Beziehungen sind dabei über alle Einkommensgruppen hinweg höher als jene für die allgemeine Lebenszufriedenheit. Die größere Diskrepanz zwischen allgemeiner

12. LEBENSBEDINGUNGEN, ARMUT UND EINKOMMEN IN ÖSTERREICH

Zufriedenheit und der mit den Sozialbeziehungen für Personen mit niedrigen Einkommen legt nahe, dass die Zufriedenheit mit den sozialen Kontakten nicht

über Unzufriedenheit in anderen Lebensbereichen hinwegtrösten kann.

Grafik 22: Allgemeine Lebenszufriedenheit und Zufriedenheit mit sozialen Beziehungen nach Einkommensgruppen



Quelle: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2015. Personen unter 16 Jahren in Haushalten.

Einkommensgruppen in % des Medians des Äquivalenzeinkommens – siehe Tabelle 1.

Hängt gesellschaftliche Beteiligung vom Einkommen ab?

Neben den primären Beziehungen im Haushalt und sozialen Kontakten zu Verwandten und dem Freundeskreis bietet auch das Engagement in Vereinen, Verbänden oder anderen Non-Profit-Organisationen die Möglichkeit, soziale Kontakte oder soziale Anerkennung

zu erhalten. Die Bandbreite an Funktionen, die diese Organisationen erfüllen, ist groß, dementsprechend heterogen können sowohl die Motive für eine Beteiligung als auch die von jeder bzw. jedem Einzelnen eingesetzten und daraus gewonnenen Ressourcen sein.

Erkennbar ist: Der Grad der Beteiligung an zivilgesellschaftlichen und politischen Prozessen steigt mit der Höhe des Einkommens. Während 17% der Personen in Niedrigeinkommenshaushalten in den vergangenen zwölf Monaten in Vereinen oder Organisationen aktiv waren, sind es in der mittleren Einkommensgruppe 29% und in der hohen 32%; Männer weisen jeweils eine wesentlich höhere Beteiligung auf als Frauen. Häufiger leisten Niedrigeinkommensbeziehende Freiwilligenarbeit außerhalb einer Organisation (22%), aber auch bei Personen mit hohem Einkommen ist dieses Engagement stärker ausgeprägt (37%). Es zeigt sich, dass Freiwilligenarbeit sowohl in der niedrigsten, als auch in der höchsten Einkommensgruppe eher Frauensache ist.

Aktivitäten in politischen Parteien oder Berufsverbänden sowie die Teilnahme an Demonstrationen können unter dem Begriff „aktive Bürgerschaft“ zusammengefasst werden. Auch hier waren Personen mit hohem Haushaltseinkommen mit 20% mehr als doppelt so häufig involviert wie jene mit niedrigem (9%), aber auch Personen in der mittleren Einkommensgruppe setzten sich hier deutlich seltener ein (11%).

Wirkt sich das Einkommen auf die kulturelle Teilhabe aus?

Die Gestaltung der Freizeit leistet einen wichtigen Beitrag zum Wohlbefinden und zur Lebensqualität. Viele Aktivitäten sind aber mit Kosten für Anfahrtsweg, Eintritt, Mitgliedschaft, Ausrüstung oder Material verbunden und daher vor allem für Niedrigeinkommenshaushalte erschwert zugänglich. So können sich 29 von 100 Personen mit niedrigem Einkommen (Frauen: 32%, Männer: 26%) keine kostenpflichtigen Freizeitaktivitäten leisten, während dies für die mittlere Einkommensgruppe ein viel geringeres Problem darstellt (8%) und Personen in Haushalten mit hohem Einkom-

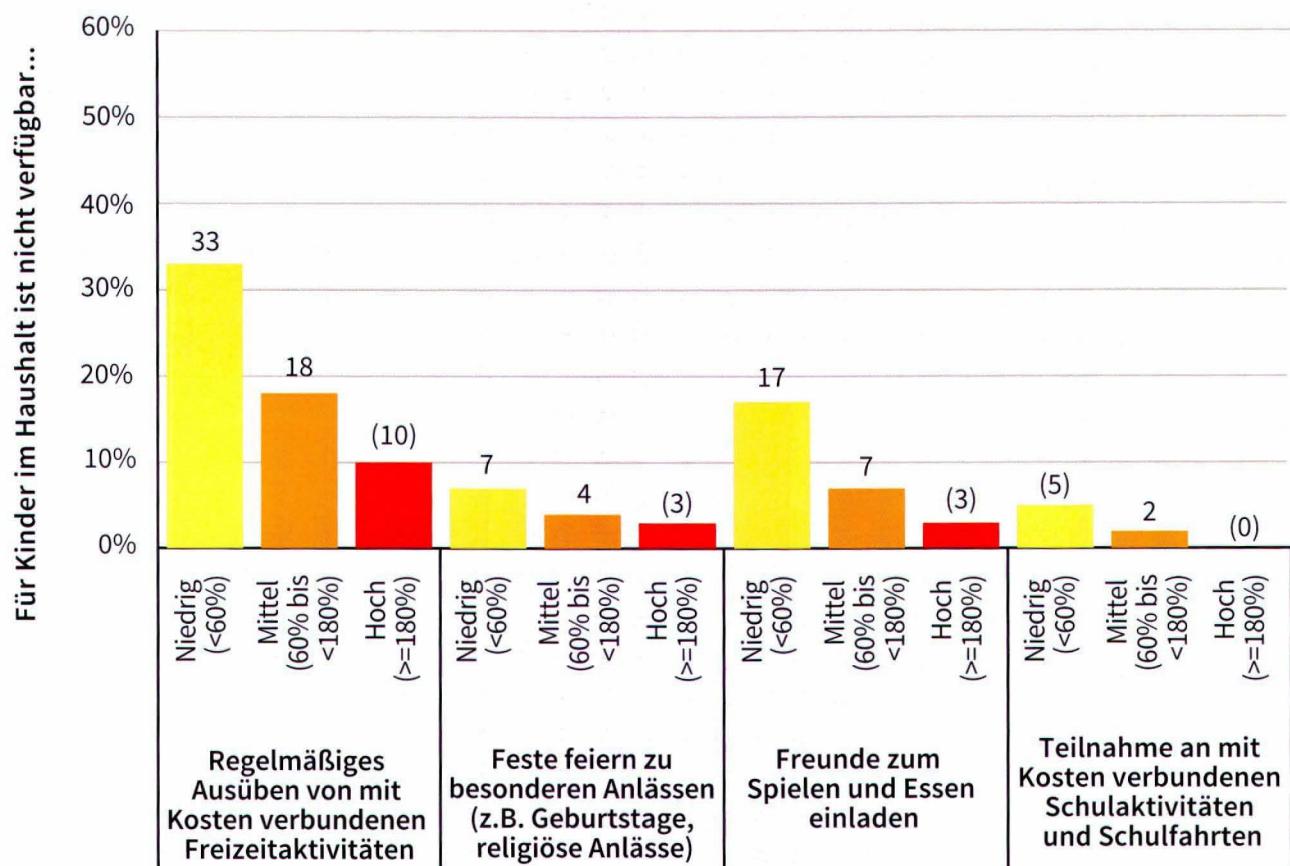
men in ihrer Freizeitgestaltung keinerlei Einschränkungen aus finanziellen Gründen erfahren (vgl. Grafik 21).

Zusätzlich zu den oben genannten Kosten können auch der Mangel an Informationen über Angebote oder Veranstaltungen sowie soziale Hürden den Zugang zu gesellschaftsüblichen Freizeitaktivitäten einschränken. So haben mit 60% um rund ein Drittel weniger Menschen mit niedrigem Einkommen in den vergangenen zwölf Monaten kulturelle Ereignisse und Einrichtungen wie Kino, Sportveranstaltungen, Live-Veranstaltungen oder Kulturstätten besucht als Personen mit hohem Einkommen (91%).

Welche Einschränkungen in der sozialen Teilhabe erfahren Kinder und Jugendliche?

Für Kinder können Freizeitaktivitäten neben dem Effekt der Erholung auch eine wichtige Funktion in Bezug auf die Entfaltung von Begabungen und die Aneignung sozialer Kompetenzen erfüllen. Ihre Freizeitgestaltung ist dabei, wie Grafik 23 zeigt, meist abhängig von der finanziellen Situation des Elternhaushalts. Für jedes dritte Kind (33%) aus Niedrigeinkommenshaushalten sind regelmäßige Freizeitaktivitäten nicht leistbar, wenn sie mit Kosten verbunden sind. Auch in Haushalten der mittleren Einkommensgruppe sind 18% der Kinder in ihrer Freizeitgestaltung finanziell eingeschränkt. Die Pflege sozialer Kontakte gestaltet sich für Kinder in armutsgefährdeten Haushalten ebenso deutlich schwieriger: 17% können aus finanziellen Gründen ihre Freunde nicht zum Spielen und Essen einladen und 7% müssen auf Feste zu besonderen Anlässen verzichten.

Grafik 23: Nicht-Verfügbarkeit von sozialer Teilhabe von Kindern nach Einkommensgruppen



Quelle: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2015. Kinder und Jugendliche von 1 bis 15 Jahren; für Teilnahme an Schulaktivitäten: Kinder ab 6 Jahren, die eine Schule besuchen. Die angeführten Bedürfnisse sind nicht für jedes Kind im Haushalt verfügbar (Haushalt hat finanzielle Gründe oder will das nicht). Einkommensgruppen in % des Medians des Äquivalenzeinkommens – siehe Tabelle 1. Sind in der Randverteilung weniger als 50 oder in der Zelle weniger als 20 Fälle vorhanden, wird geklammert.

Literatur

- Altzinger, W./ Lamei, N./ Rumplmaier, B./ Schneebaum, A. (2013). Intergenerationelle soziale Mobilität in Österreich. In: Statistische Nachrichten 01/2013, S. 48-62. Wien.
- BMASK/ Statistik Austria (2013). Armuts- und Ausgrenzungsgefährdung in Österreich. Ergebnisse aus EU-SILC 2011. Wien.
- BMASK (2014). Sozialbericht 2013-2014. Ressortaktivitäten und sozialpolitische Analysen. Wien.
- Bourdieu P. (1982). Die feinen Unterschiede. Suhrkamp. Frankfurt am Main.
- Europäische Kommission (2007). Special Eurobarometer 273/Wave 66.3. European Social Reality Report. Brüssel.
- Europäische Kommission (2010). Europa 2020 – Eine Strategie für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum. KOM(2010) 2020. Brüssel.
- Eurostat (2015). Smarter, greener, more inclusive? – Indicators to support the Europe 2020 strategy. Luxemburg.
- Eurofound (2012). Third European Quality of Life Survey: Quality of Life in Europe. Impacts of the Crises. Luxemburg.
- Gordon, D. et al (2000). Poverty and Social Exclusion in Britain. York.
- Guio, A.-C./ Gordon D./ Marlier E. (2012). Measuring material deprivation in the EU: Indicators for the whole population and child specific indicators, Eurostat Methodologies and working papers. Luxemburg.
- Heuberger, R./ Zucha, V. (2015): Wohnkosten und Wohnkostenbelastung in EU-SILC. In: Statistische Nachrichten 11/2015, S. 879 – 887. Wien.
- Klimont, J./ Baldaszti, E. (2015). Österreichische Gesundheitsbefragung 2014. Hauptergebnisse des Austrian Health Interview Survey (ATHIS) und methodische Dokumentation. Wien.
- Klotz, J./ Asamer, E. (2014). Bildungsspezifische Sterbtafeln 2006/2007 sowie 2011/2012. In: Statistische Nachrichten 03/2014, S. 209-214. Wien.
- Lamei, N. et al. (2014a). Lebensbedingungen in Österreich. In: BMASK (2014), S. 293-335. Wien.
- Lamei, N. et al. (2014b). Armuts- und Ausgrenzungsgefährdung in Österreich. In: BMASK (2014), S. 337-368. Wien .
- Lamei, N. et al. (2015). Lebensbedingungen in Österreich – ein Blick auf Erwachsene, Kinder und Jugendliche sowie (Mehrfach-)Ausgrenzungsgefährdete. Studie im Auftrag des BMASK. Wien.
- Statistik Austria (2009). Zeitverwendung 2008/09. Ein Überblick über geschlechtsspezifische Unterschiede. Wien.
- Statistik Austria (2014). Methodenbericht zur Rückrechnung von EU-SILC 2008-2011 auf Basis von Verwaltungsdaten. Wien.

Statistik Austria (2016a). Standarddokumentation zu EU-SILC 2015. Wien.

Statistik Austria (2016b). Tabellenband EU-SILC 2015. Wien.

Statistik Austria (2016c). Wohnen 2015 – Zahlen, Daten und Indikatoren der Wohnstatistik. Wien.

Steiner, M./ Pessl, G./ Karaszek, J. (2016). Ausbildung bis 18. Grundlagenanalysen zum Bedarf von und Angebot für die Zielgruppe. In: Sozialpolitische Studienreihe. Band 20. BMASK. Wien.

Till, M./ Klotz, J. (2015). Sterben Arme früher? In: Statistische Nachrichten 10/2015, S. 765-772. Wien.

Till, M./ Klotz, J./ Zucha, V. (2015). Eingliederungsindikatoren 2014. Kennzahlen für soziale Inklusion in Österreich. Wien.

Till, M. (2016). Eingliederungsindikatoren 2015. Kennzahlen für soziale Inklusion in Österreich. Wien.

Till-Tentschert, U./ Weiss, H. (2008): Armutslagen und Chancen für Eingliederung in Österreich. Arbeitspapier 1. Merkmale deprivierter Lebensführung in Österreich. Wien.

UNECE (2011). Canberra Group Handbook on Household Income Statistics. Second Edition. Geneva.

Glossar

Armutgefährdung: Als armutsgefährdet gelten in der EU jene Haushalte, deren Äquivalenzeinkommen unter 60% des Medians aller Äquivalenzeinkommen des Landes liegt. Die Armutgefährdungsschwelle 2015 beträgt für Alleinlebende 13.956 EUR pro Jahr bzw. 1.163 Euro pro Monat. Hinzurechnen sind 582 Euro pro Monat für jede weitere Person ab 14 Jahren und 349 Euro pro Monat für jedes Kind unter 14 Jahren im Haushalt.

Armutgefährdungslücke: Sie ergibt sich aus der Differenz zwischen dem Medianeinkommen von Armutsgefährdeten (jene mit einem Einkommen unterhalb der Armutgefährdungsschwelle) und der Armutgefährdungsschwelle. Der statistisch relevante Wert für die Armutgefährdungslücke wird über den Median der Äquivalenzeinkommen der Armutsgefährdeten ermittelt. Dargestellt wird die Lücke in Prozent dieser Schwelle (Österreich 2015: 20,5%). Anders gesagt: Viele der armutsgefährdeten Personen haben erheblich weniger Einkommen als die statistische Einkommensarmut ausweist. Der Median zeigt daher die Differenz zwischen den tatsächlichen Einkommen der Armutsgefährdeten und der statistisch berechneten Armutgefährdungsschwelle. Ein durchschnittlicher armutsgefährdeter Einpersonenhaushalt in Österreich benötigte 2015 demnach monatlich 239 EUR mehr Einkommen, um die Armutgefährdungsschwelle zu überwinden.

Äquivalenzeinkommen (auch: verfügbares Pro-Kopf-Haushaltseinkommen): Um Haushalte unterschiedlicher Größe und Zusammensetzung vergleichbar zu machen, wird das äquivalisierte Nettohaushalteinkommen berechnet. Dazu wird das verfügbare Haushaltseinkommen durch die Summe der Konsumäquivalente des Haushalts (mittels EU-Skala bestimmt) dividiert – siehe Abschnitt 12.1.

Einkommensgruppen: Gemessen am Median des Äquivalenzeinkommens (der Wert, der die Verteilung der gesamten Bevölkerung in zwei gleich große Hälften teilt), das sind für 2015 23.260 EUR pro Jahr:

- niedrige Einkommen (unter 60% des äquivalisierten Medianeinkommens – 2015 unter 13.956 EUR pro Jahr; entspricht der Gruppe der Armutsgefährdeten)
- mittlere Einkommen (60% bis <180% des äquivalisierten Medianeinkommens – 2015 zwischen 13.956 und 41.868 EUR pro Jahr)
- hohe Einkommen (180% und mehr des äquivalisierten Medianeinkommens – 41.868 EUR pro Jahr und mehr) – siehe Abschnitt 12.1, Tabelle 1

Erhebliche materielle Deprivation, europäischer Mindestlebensstandard: Über neun Aussagen über die Leistbarkeit von Gütern/Bedürfnissen für den Haushalt festgelegt. Bei Nichtleistbarkeit von mindestens vier dieser neun Merkmale wird eine erhebliche materielle Benachteiligung bzw. Einschränkung aller Personen dieses Haushalts angenommen – siehe Abschnitt 12.2.

Erwerbsintensität des Haushalts: Weist den Anteil der Erwerbsmonate aller Personen zwischen 18 und 59 (ohne Studierende) an der maximal möglichen Erwerbszeit im Haushalt im Referenzjahr aus; berücksichtigt werden dabei sowohl die Erwerbsmonate als auch die Wochenstunden. Ausgewiesen werden drei Kategorien:

- keine oder sehr niedrige Erwerbsintensität (maximal 20% Erwerbsintensität)
- mittlere Erwerbsintensität (mehr als 20% und weniger als 85% Erwerbsintensität im Haushalt)
- hohe Erwerbsintensität (85% bis 100% Erwerbsintensität im Haushalt).

Europa 2020-Sozialzielgruppe Armut- oder Ausgrenzungsgefährdung: Personen, auf die mindestens eines der drei folgenden Kriterien zutrifft:

- Armutgefährdung oder
- keine/sehr niedrige Erwerbsintensität im Haushalt oder
- erhebliche materielle Deprivation – siehe Abschnitt 12.2

Hohe Wohnkostenbelastung: Der Anteil der Bevölkerung, bei dem sich die Wohnkosten insgesamt auf mehr als 40% des verfügbaren Nettohaushaltseinkommens belaufen (EU-Definition). Wohn- oder Mietbeihilfen werden in dieser Berechnung vom Wohnungsaufwand abgezogen und auch beim Haushaltseinkommen nicht berücksichtigt.

Mehrfach-Ausgrenzungsgefährdung: Gefährdung durch mindestens zwei von drei Bereichen der Armut- und Ausgrenzungsgefährdung (= nationaler Eingliederungsindikator „manifeste Armut neu“).

Mehrfache Gesundheitseinschränkungen: Es treffen mindestens zwei der folgenden drei Merkmale zu:

- sehr schlechter allgemeiner Gesundheitszustand in der subjektiven Einschätzung
- chronische Krankheit
- starke Einschränkung bei der Verrichtung alltäglicher Arbeiten durch eine gesundheitliche Beeinträchtigung seit mindestens einem halben Jahr.

Nicht-Inanspruchnahme einer medizinischen Leistung: Dies bedeutet, dass eine Person in den vergangenen 12 Monaten für sich selbst ein- oder mehrmals eine zahnmedizinische oder sonstige medizinische Untersuchung oder Behandlung unbedingt benötigt, aber trotzdem nicht in Anspruch genommen hat. Dies kann finanzielle, aber auch andere Gründe haben (z.B. Angst, zu lange Wartezeiten). Die Fragen werden getrennt für zahnmedizinische und sonstige medizinische Untersuchungen gestellt.

Niedriglohnbeschäftigung (nach ILO-Definition): Der Bruttostundenlohn von unselbständig Beschäftigten (mit einer Normalarbeitszeit von mindestens 12 Stunden, ohne Lehrlinge) liegt unter der Niedriglohngrenze von 2/3 des Bruttomedianlohns (unter 9,20 EUR brutto).

Schulden: (Rück-)Zahlungsverpflichtungen von Personen, die an Dritte geleistet werden müssen.

Überbelag: Als überbelegt zählt ein Haushalt, wenn die Wohnfläche weniger als 16m² beträgt, durchschnittlich weniger als 8m² pro Wohnraum zur Verfügung stehen oder die Anzahl der Personen die Anzahl der Wohnräume um zwei übersteigt (Kriterium der Gemeinde Wien bei der Vergabe von Gemeindewohnungen).

Unerwartete Ausgaben: Die Möglichkeit, nicht vorhergesehene Ausgaben bis zu 1.100 EUR aus eigenen Mitteln zu finanzieren (z.B. für Reparaturen); der Betrag entspricht der gerundeten monatlichen Armutsgefährdungsschwelle aus EU SILC 2013.

Verfügbares Haushaltseinkommen: Nettojahreseinkommen als Summe der Erwerbseinkommen, Kapitalerträge, Pensionen und allfälligen Sozialtransfers im Haushalt abzüglich Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen und unter Berücksichtigung von Unterhaltsleistungen und sonstigen Privattransfers zwischen Haushalten.

Wohnkosten: Die gesamten Kosten des Haushalts für Miete, Betriebskosten, Zinszahlungen für Kredite zur Schaffung von Wohnraum (bei Wohneigentum und Genossenschaftswohnungen), Heizung, Energie, Instandhaltung. Für Auswertungen auf Personenebene werden die Wohnkosten nach EU-Skala äquivalisiert.

Wohnkostenanteil: Der Anteil der Wohnkosten am gesamten Nettohaushaltseinkommen.

„Working poor“: Personen im Erwerbsalter (18 bis 64 Jahre), die im Verlauf des Referenzjahres sechs Monate oder länger Vollzeit oder Teilzeit erwerbstätig waren und trotz Arbeit ein Einkommen unter der Armutsgefährdungsschwelle haben.

Zahlungsrückstand: Aus finanziellen Gründen wurden regelmäßige Zahlungen (Miete, Betriebskosten, Kreditrückzahlungen, Wohnnebenkosten, Gebühren für Wasser-, Müllabfuhr und Kanal, sonstige Rückzahlungsverpflichtungen) in den letzten 12 Monaten mindestens einmal nicht rechtzeitig beglichen.

Wilfried Altzinger

Stefan Humer

Mathias Moser

Wirtschaftsuniversität Wien
 Forschungsinstitut „Economics of Inequality“ (INEQ)

KAPITELVERZEICHNIS

| | |
|--|------------|
| 13. Entwicklung und Verteilung der Einkommen | 228 |
| 13.1 Einleitung | 228 |
| 13.2 Die Entwicklung der österreichischen Lohnquote im internationalen Vergleich | 229 |
| 13.2.1 Zur Bedeutung von Lohnquoten – eine kurze Einführung | 229 |
| 13.2.2 Die Entwicklung der Lohnquote in der EU-15 | 231 |
| 13.2.3 Die Entwicklung der Lohnquote in Österreich | 233 |
| 13.2.4 Die wesentlichsten Bestimmungsgründe des Rückgangs der Lohnquote | 236 |
| 13.3 Arbeits- und Kapitaleinkommen auf Haushaltsebene | 238 |
| 13.3.1 Struktur der Haushalte | 245 |
| 13.4 Spreizung bei Löhnen und Gehältern | 248 |
| 13.4.1 Verteilung der Lohneinkommen | 250 |
| 13.4.1.1 Einkommen nach Beschäftigungsintensität | 251 |
| 13.4.1.2 Einkommen nach sozialrechtlicher Stellung | 253 |
| 13.4.1.3 Entwicklung der Einkommensungleichheit | 255 |
| 13.4.2 Entwicklung der Reallöhne | 257 |
| 13.4.2.1 Entwicklung der Reallöhne nach Altersgruppen | 258 |
| 13.5 Zusammenfassung und Schlussfolgerungen | 260 |
| 13.6 Literatur | 264 |

13. ENTWICKLUNG UND VERTEILUNG DER EINKOMMEN¹²³

“More generally, the unequal distribution of both labour and capital income growth that went hand-in-hand with the decline of the labour share suggests that these trends might endanger social cohesion.” OECD 2012, 110

13.1 Einleitung

Gemessen am Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner/in zählt Österreich zu den wirtschaftlich leistungsfähigsten Volkswirtschaften der Welt. So wurden nach Berechnungen von Statistik Austria im Jahr 2015 Waren und Dienstleistungen im Gesamtwert von circa 339,9 Mrd EUR produziert. Somit liegt Österreich mit einem Bruttoinlandsprodukt pro Kopf von 39.390 EUR innerhalb der EU nach Luxemburg, Irland und den Niederlanden an 4. Stelle. Ein verlässlicher Indikator für die Lebensbedingungen der Menschen in diesem Land ist das aber nicht. Spätestens mit der Veröffentlichung des Berichtes der Stiglitz-Sen-Fitoussi-Kommission zur Messung von Wohlstand und sozialem Fortschritt kommt der Frage nach der Verteilung von Ressourcen wieder stärkere Bedeutung zu. Anstelle einer reinen Durchschnittsbetrachtung soll die Beschreibung der Unterschiede und Ungleichheiten in der Gesellschaft einen realitätsnäheren Einblick in die Lebensrealitäten der Menschen liefern.

Auf Basis dieser Darstellung lässt sich über die Frage bzw. Existenz einer gerechten Einkommensverteilung wohl trefflich streiten. Dies ist klarerweise immer auch eine Frage des Standpunktes und der persönlichen

Betroffenheit. Auch die Ökonomie als Wissenschaft drückt sich im Gegensatz zur Philosophie (vgl. dazu Rawls 1979, Dworkin 1981 und Sen 2009) in der Regel vor dem Urteil, ab welchem Punkt Ungleichheiten als Ungerechtigkeiten anzusehen sind. Zweierlei kann den Diskurs jedoch unabhängig vom individuellen Standpunkt bereichern: Erstens, den empirischen Befund für Österreich mit der Entwicklung in anderen Ländern zu vergleichen und zweitens, die Entwicklung für ein Land (oder auch mehrere Länder) über eine gewisse Periode zu verfolgen. Somit lassen sich Unterschiede zwischen Ländern oder Ländergruppen bzw. Veränderungen über die Zeit feststellen und Aussagen treffen, ob die Einkommensverteilung in einem Land gleicher/ungleicher geworden ist bzw. wo ein Land im internationalen Vergleich liegt. Diese beiden Formen des Vergleichs werden im vorliegenden Beitrag auch vorgenommen.

Darüber hinaus stellt sich bei einem Einkommensbericht vor allem die Frage, welche Einkommen untersucht werden. Dies ist von der zu untersuchenden Fragestellung abhängig, darüber hinaus aber auch von der Datenverfügbarkeit. Im Bereich der Einkommensverteilung stößt man dabei rasch an Grenzen. Die mangelhafte Datenverfügbarkeit tritt besonders dort auf, wo „Macht- und Interessensfaktoren“ berührt werden (Nowotny 1979). Zweifelsohne ist dies auch heute noch sehr aktuell. Dennoch lassen sich Dank der Europäischen Zentralbank (EZB) und der Österreichischen Nationalbank (OeNB), des Hauptverbands der Sozialversicherungsträger (HV), der Statistik Austria, des österreichischen Wirtschaftsforschungsinstitutes (WIFO) u.a. wichtige Verbesserungen im Bereich der Datenerfassung, -aufbereitung und -interpretation feststellen, auf die im Folgenden zurückgegriffen werden kann.

¹²³ Wir bedanken uns bei Johannes Biricz (Statistik Austria), Beate Schmotzer (HV), Judith Derndorfer und Stefan Kranzinger (INEQ) für die Unterstützung im Zuge der Aufbereitung der Daten für diesen Bericht, und bei Matthias Schnetzer (AK), Christine Mayrhuber und Alois Guger (beide WIFO) für hilfreiche Anregungen und erhellende Diskussionen.

Ausgangspunkt unserer Überlegung ist die in vielen aktuellen Studien festgestellte Evidenz (siehe u.a. Alvaredo et al. 2013; Atkinson 2015; Bassanini und Manfredi 2012; Keeley 2015; OECD 2011; OECD 2012A), dass sich in den vergangen drei Jahrzehnten die volkswirtschaftlichen Wachstumseffekte sehr ungleich auf einzelne Haushalte bzw. Individuen verteilt haben. Stellvertretend dafür steht eine aktuelle Studie von Emmanuel Saez (2016) für die USA. Nach seinen Berechnungen ist das gesamte Realeinkommen in der Periode 1993-2015 im Durchschnitt um 25,7% angestiegen. Während jedoch der Einkommensanstieg für die unteren 99% der Haushalte 14,3% ausmachte, stiegen die Realeinkommen des obersten 1% der US-amerikanischen Haushalte um 94,5%. Somit entfiel nur knapp die Hälfte (48%) vom gesamten Einkommenszuwachs auf die unteren 99%, während die andere Hälfte (52%) dem obersten 1% zu Gute kam.

Dass eine derart asynchrone Entwicklung der Einkommenszuwächse zu massiven sozialen Verwerfungen führen kann, wird in zahlreichen Berichten von OECD, Weltbank und IMF festgehalten. Die internationalen Organisationen weisen darüber jüngst verstärkt auf einen anderen Effekt der zunehmenden Ungleichverteilung der Einkommen hin: nämlich, dass sie zu einem Hemmnis für wirtschaftliches Wachstum werden kann (Ostry 2014; Cingano 2014).

Die Thematik der Einkommensverteilung in Österreich wird in diesem Beitrag in folgenden Schritten aufbereitet. Anfangs wird die Entwicklung der Einkommen auf gesamtgesellschaftlicher Ebene unter Berücksichtigung internationaler Entwicklungen untersucht. Danach erfolgt die Analyse der Verteilung

der Haushaltseinkommen. Im Anschluss daran wird die Verteilung der Einkommen und deren Entwicklung auf individueller Ebene dargestellt. Abschließend erfolgt die Zusammenfassung unserer Analysen und eine Diskussion möglicher wirtschaftspolitischer Maßnahmen.

13.2 Die Entwicklung der österreichischen Lohnquote im internationalen Vergleich

13.2.1 Zur Bedeutung von Lohnquoten – eine kurze Einführung

Die Lohnquote ist nach wie vor eine wichtige Maßzahl für die Verteilung von Arbeits- und Kapitaleinkommen.

Die Lohnquote ist der Anteil der Lohneinkommen am gesamten Volkseinkommen und ist seit Beginn der klassischen Ökonomie einer der wichtigsten Verteilungsindikatoren (Sandmo 2015). Insbesondere David Ricardo hat die Frage der funktionellen Einkommensverteilung¹²⁴ auf die verschiedenen Produktionsfaktoren als zentrale Frage der politischen Ökonomie gesehen. Im Vorwort zu seinem Meisterwerk „On the Principles of Political Economy and Taxation“ schrieb Ricardo (1817) dazu folgendes:

„Die Produkte der Erde – alles, was von ihrer Oberfläche durch die vereinte Anwendung von Arbeit, Maschinerie und Kapital gewonnen wird – werden unter drei Klassen der Gesellschaft verteilt, nämlich die Eigentümer des Bodens, die Eigentümer des Vermögens oder des Kapitals, das zu seiner

¹²⁴ Die funktionelle Verteilung beschreibt wie das erwirtschaftete Volkseinkommen auf die sogenannten „Produktionsfaktoren“ (Arbeit, Kapital) aufgeteilt wird. Die Lohnquote bildet dabei die Betrachtung des Faktors Arbeit ab: Wie hoch ist der Anteil der Löhne am Volkseinkommen? Spiegelbildlich dazu verhält sich die Gewinnquote, der Anteil der Betriebs- und Kapitaleinkommen. Zusammen addieren sich die Lohn- und die Gewinnquote auf 100%.

13. ENTWICKLUNG UND VERTEILUNG DER EINKOMMEN

Bebauung notwendig ist, und die Arbeiter, durch deren Tätigkeit er bebaut wird. [...] Das Hauptproblem der Politischen Ökonomie besteht im Auffinden der Gesetze, welche diese Verteilung bestimmen.“ (Ricardo 1817)

Da die Bedeutung von Grund und Boden als eigenständiger Produktionsfaktor seit Mitte des 19. Jahrhunderts geringer geworden ist, hat sich die Diskussion über die funktionelle Einkommensverteilung insbesondere auf die Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital konzentriert. Einer der wichtigsten Indikatoren ist dabei die Lohnquote.

Hinsichtlich der Berechnung der Lohnquote gilt es drei statistische sowie methodische Aspekte zu berücksichtigen (OECD 2012B; OECD 2016; Glyn 2011):

(1) Die Entwicklung der so genannten „unbereinigten“ Lohnquote wird zunächst auch von Veränderungen der Beschäftigungsstruktur beeinflusst. Wenn (z.B. aufgrund der Abwanderung aus der Landwirtschaft in den industriellen Sektor) der Anteil von unselbstständig Erwerbstätigen (gegenüber selbstständig Erwerbstätigen) an der Gesamtzahl der Erwerbstätigen zunimmt, so wird (unter sonst gleichbleibenden Umständen) auch die Lohnquote steigen. Es sollten daher bei der Berechnung einer „bereinigten“ Lohnquote die Strukturverschiebungen zwischen Selbstständigen und Unselbstständigen berücksichtigt werden.¹²⁵

Bei der Berechnung der Lohnquote sollten drei Aspekte berücksichtigt werden:

1. die Veränderung der Struktur der Erwerbstätigen (Selbstständige und Unselbstständige)
2. imputierte Einkommen für die Selbstständigen
3. Ausschluss jener Top-Einkommen, welche de facto keine Arbeits-, sondern Kapitaleinkommen sind (Gehälter und Boni-Zahlungen von CEOs)

(2) Da Selbstständige nicht nur Einkommen aus Kapital erzielen, sondern auch Einkommen aufgrund ihrer selbstständigen Arbeit, haben sie de facto ein gemischtes Einkommen aus Arbeit und Kapital. Im Unterschied zur bisher üblichen Berechnungsmethode von Statistik Austria und WIFO, rechnet die OECD dies auch in die Lohnquote mit ein. Es wird daher bei der Berechnung der Lohnquote ein Einkommen aus Arbeit für Selbstständige imputiert (statistisch geschätzt), welches dem Durchschnittseinkommen der Unselbstständigen entspricht.¹²⁶

(3) Wie in der Einleitung kurz erwähnt, hat die Ungleichverteilung der Einkommen in den vergangenen Jahrzehnten insbesondere deshalb zugenommen, weil die Einkommen am oberen Rand der Verteilung besonders stark gestiegen sind. Dies gilt insbesondere für die angelsächsischen Länder, aber auch – wenngleich in geringerem Ausmaß – für die kontinentaleuropäischen Länder (vgl. Alvaredo et al. 2013). Ein Grund dafür ist u.a. die hohe Vergütung von Vorstandsmitgliedern, Ge-

¹²⁵ Da in den vergangenen Jahrzehnten die Anzahl der (insbesondere weiblichen) Teilzeitarbeitskräfte stark gestiegen ist, müssten für die Bereinigung der Lohnquote korrechterweise Vollzeitäquivalente (anstatt der Anzahl der Beschäftigten) verwendet werden. Derartige Statistiken sind jedoch nur eingeschränkt verfügbar. In der vorliegenden Studie wird von einer derartigen Korrektur daher Abstand genommen.

¹²⁶ Eine korrekte Berücksichtigung der Arbeitseinkommen von Selbstständigen wird in jüngster Zeit insofern ein immer komplexeres Problem, als die Struktur der neuen Selbstständigen extrem heterogen ist (vgl. dazu Kap. 13.2.3.). Dabei finden sich nicht mehr nur Anwältinnen/Anwälte, Ärztinnen/Ärzte und andere Bezieher/innen von in der Regel überdurchschnittlichen Einkommen, sondern auch eine zunehmende Anzahl an Personen, welche de facto in einem direkten Dienstverhältnis zu einer/einem Arbeitgeber/in stehen, aber aus sozialversicherungsrechtlichen sowie steuerlichen Überlegungen zur Selbstständigkeit angehalten werden. Die Berücksichtigung eines adäquat imputierten Arbeitseinkommens für diese Selbstständigen bei der Berechnung der Lohnquote ist einstweilen noch nicht zufriedenstellend gelöst.

schäftsführerinnen/Geschäftsführern und anderen un-
selbstständig Beschäftigten im höheren Management
(vgl. dazu OECD 2011; Rechnungshof 2014, 2015). Auch
wenn die Einkommen dieser Personen – rein statistisch
gesehen – Arbeitseinkommen aus unselbstständiger
Beschäftigung sind, sind sie *de facto* Einkommen für
die Verwaltung, Führung und Gestaltung von großen
und zumeist international agierenden Unternehmen,
wodurch sie nur mehr einen geringen Bezug zu Ar-
beitseinkommen im klassischen Sinne aufweisen. Die
OECD (2012a) hat daher eine Studie vorgelegt, die die
Lohnquoten unter Ausschluss der Einkommen der Top
1% errechnet. Dabei zeigt sich, dass der Rückgang der
Lohnquote 1990/2005 für die USA (-4,5 Prozentpunkte
(PP) anstatt -2,3 PP) sowie für Kanada (-6,0 PP anstatt
-3,1 PP) doppelt so hoch ausgefallen wäre, während
sich für Frankreich, Italien, Spanien und den Nieder-
land kaum Änderungen ergeben. Eine aktuelle Studie
für die USA (Giovannoni 2014) kommt zu dem Ergebnis,
dass eine um die Einkommen der Top-1% bereinigte
Lohnquote aktuell sogar niedriger ist als in den 1930er
Jahren. Unsere Analysen erlauben uns in diesem Zu-
sammenhang auch erstmals Zahlen für Österreich vor-
zulegen (vgl. dazu Abbildung 9).

13.2.2 Die Entwicklung der Lohnquote in der EU-15

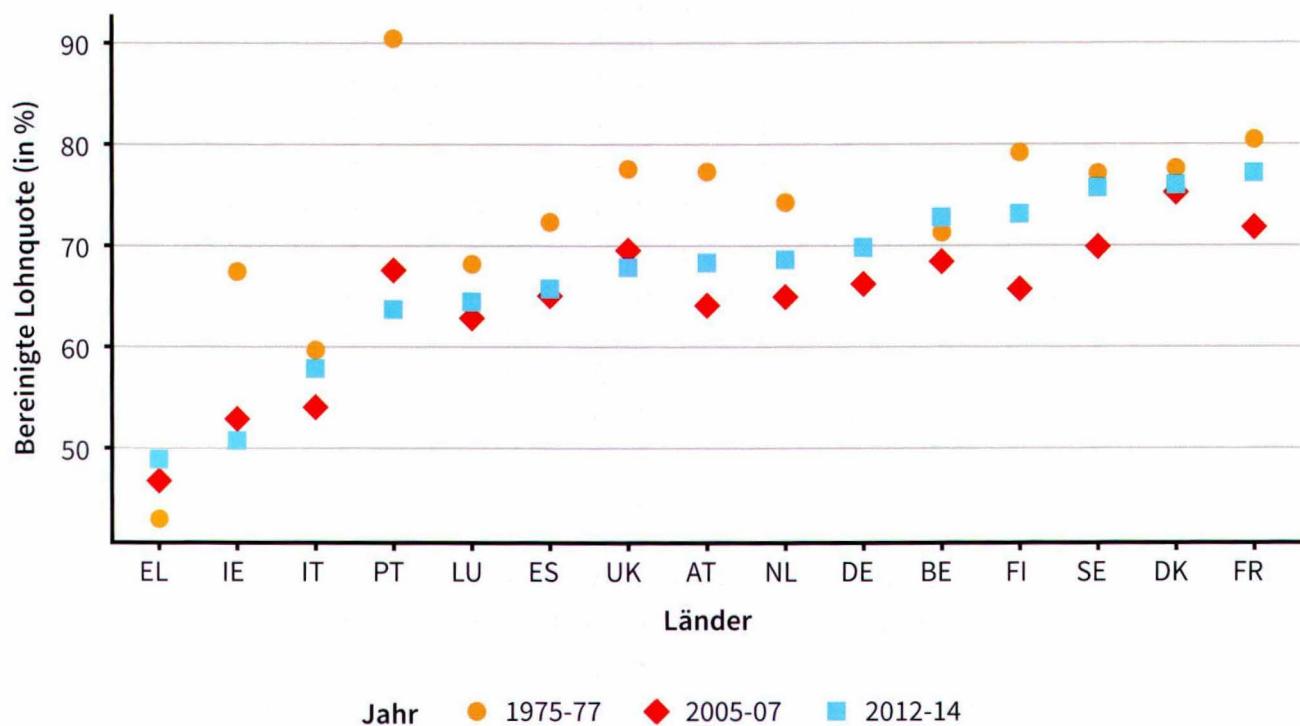
Bevor wir uns der Entwicklung der Lohnquote für
Österreich widmen, ist es sinnvoll, sich zunächst die
internationale Entwicklung näher anzusehen. Wir kon-
zentrieren uns dabei aufgrund der besseren Vergleich-
barkeit ausschließlich auf die EU-15.¹²⁷ Die Entwicklung
der bereinigten Lohnquote für die EU-15 ist in Abbil-
dung 1 für die Periode 1975-2014 dargestellt. Um die
wesentlichen Änderungen über diese lange Zeitspan-
ne verfolgen zu können, wurde die gesamte Periode in
zwei Subperioden unterteilt: jene vor der Finanzkrise
2008 und jene danach.¹²⁸

¹²⁷ Jene Länder, welche ab 2004 in die EU aufgenommen wurden, ermöglichen einen Vergleich nur für einen relativ kurzen Zeitraum. Zudem sind die Entwicklungen in diesen Ländern stark durch den sogenannten Transformationsprozess bestimmt, wodurch eine Vergleichbarkeit nur eingeschränkt möglich ist.

¹²⁸ Um jährliche Schwankungen zu glätten, wurden dabei jeweils die Mittelwerte über drei Jahre berechnet (1975-77, 2005-2007 und 2012-2014).

13. ENTWICKLUNG UND VERTEILUNG DER EINKOMMEN

Abbildung 1: Bereinigte Lohnquoten der EU-15 (1975-2014)



Quelle: AMECO (Daten), INEQ (Berechnung & Illustration);

Anmerkung: Bereinigt um die Veränderung des Anteils der unselbstständig Beschäftigten an den Erwerbstätigen gegenüber dem Basisjahr 2010 (vgl. dazu Pkt. (1) in Kap. 13.2.1); die Werte entsprechen jeweils dem dreijährigen Mittelwert (1975-77, 2005-07, 2012-14). Die Grafik enthält (von links nach rechts) die Länder Griechenland, Irland, Italien, Portugal, Luxemburg, Spanien, Vereinigtes Königreich, Österreich, Niederlande, Deutschland, Belgien, Finnland, Schweden, Dänemark und Frankreich.

Dabei zeigt sich, dass in der Periode 1975-2007 die bereinigte Lohnquote (mit der Ausnahme von Griechenland) in allen Ländern der EU-15 deutlich gefallen ist. Den stärksten Rückgang der Lohnquote weisen dabei neben Österreich (-13,1 PP) Irland (-14,6 PP), Finnland (-13,5 PP), die Niederlande (-9,3 PP), Frankreich (-8,7 PP) und Großbritannien (-8,0 PP) auf.¹²⁹ Der deutliche Rückgang der bereinigten Lohnquoten in den 1980er und 1990er Jahren wird auch in mehreren anderen internationalen Studien nachgewiesen und betont (OECD 2012A; Arpaia, Pérez, und Pichelmann

2009; Glyn 2011). Breuss (2007) zeigt in einer empirischen Untersuchung für die EU, dass jene Länder, die aufgrund der „Ostöffnung“ einen forcierten Strukturwandel in ihrer Handelsstruktur aufzuweisen hatten, auch einen stärkeren Rückgang der Lohnquote zu verzeichnen hatten.

In der Periode 1975 – 2007 ist in den Ländern der EU-15 die bereinigte Lohnquote um 3 bis 15 Prozentpunkte gefallen.

¹²⁹ Für Deutschland liegen in dieser Statistik aufgrund des Strukturbruchs 1991 keine Vergleichsdaten für 1975-77 vor. Die Entwicklung der Lohnquote im Deutschland der BRD verlief in dieser gesamten Periode jedoch generell sehr ähnlich jener Österreichs. Auch Deutschland weist für die Periode 1975–2007 einen Rückgang der Lohnquote um knapp 10% Prozentpunkte (PP) auf. Die Daten für Portugal können nicht interpretiert werden, da die Werte für 1975-77 als nicht plausibel erscheinen.

Allerdings unterscheiden sich die beiden Sub-Perioden vor und nach der Finanzkrise 2008 deutlich. Während in der Periode 1975-2007 die Lohnquoten deutlich gefallen sind, stieg in der Nachkrisenperiode 2008-2014 die Lohnquote in zwölf der 15 EU-Länder wieder an. Lediglich in Portugal, Irland und Großbritannien mussten leichte Rückgänge verzeichnet werden. Den stärksten Anstieg der Lohnquote verzeichneten Finnland (+7,4 PP), Schweden (+5,8 PP), Frankreich (+5,3 PP), Belgien (+4,3 PP) und Österreich (+4,2 PP). Trotz dieses Anstiegs konnte jedoch der drastische Rückgang der Lohnquote aus der Periode 1975-2007 mit der Ausnahme von Griechenland in keinem anderen Land kompensiert werden. Der Anstieg der Lohnquote in dieser Nachkrisenphase 2008-2014 ist in erster Linie auf den Rückgang der unternehmerischen Erträge zurückzuführen und weniger auf übermäßige Lohnsteigerungen.

Nach der Finanzkrise (2008-2014) ist die Lohnquote nahezu überall um zwei bis sechs Prozentpunkte gestiegen. Der starke Rückgang der Lohnquote aus der Periode 1975-2007 konnte damit jedoch bei weitem nicht kompensiert werden.

13.2.3 Die Entwicklung der Lohnquote in Österreich

In Abbildung 2 wird die bereinigte und die unbereinigte Lohnquote für Österreich für den Zeitraum 1960-2015 dargestellt. Diese lange Zeitreihe kann vereinfacht in drei Sub-Perioden unterteilt werden. In der Periode 1960-1980 befand sich die bereinigte Lohnquote relativ konstant auf sehr hohem Niveau. Charakteristisch sind für diese Periode der starke Rückgang der Zahl der Selbstständigen in der Landwirtschaft sowie der damit einhergehende Anstieg der Zahl der unselbstständig Beschäftigten in der industriellen Produktion. Diese Periode der wirtschaftlichen Prosperität nach Überwindung der ökonomischen Probleme der unmit-

telbaren Nachkriegszeit ging einher mit einer starken Verringerung der Arbeitslosigkeit sowie mit hohen Wachstumsraten. Generell war diese „goldene Periode der 60er Jahre eine Ausnahmeperiode, die nur so erklärbar ist, dass verschiedene günstige Momente zusammengetroffen sind.“ (Rothschild 2009).

In Österreich blieb die bereinigte Lohnquote in den 1960er und 1970er Jahren konstant auf sehr hohem Niveau.

Die politische Konstellation der Nachkriegswirtschaft war geprägt durch den breit getragenen Grundkonsens der Sozialpartner zum Wiederaufbau der österreichischen Wirtschaft in der 2. Republik. Kennzeichnend für diese Periode war neben dem Aufbau des Wohlfahrtsstaates vor allem eine relativ stabile Einkommensverteilung (vgl. Walterskirchen, 1979). Es muss hinzugefügt werden, dass Österreich in dieser Hinsicht keine Ausnahme gewesen ist. In allen westlichen Industriestaaten war die Periode 1950-1980 jene Periode mit der geringsten Ungleichheit in der Einkommensverteilung.

Der Rückgang in der Periode 1975-2007 war in Österreich mit 14,5 Prozentpunkten besonders deutlich.

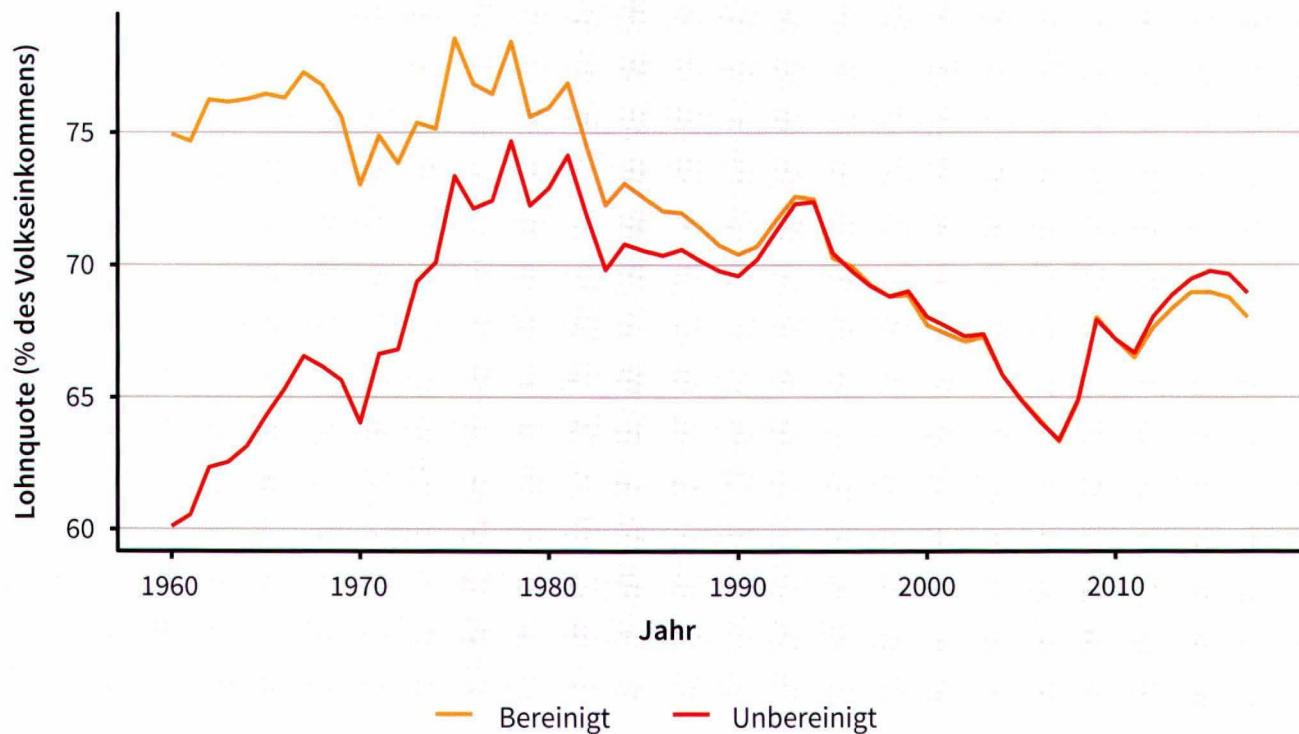
Die zweite Periode (1980-2007) ist hingegen von einem kontinuierlichen Rückgang der bereinigten Lohnquote geprägt, der begleitet wurde von einem rasanten Anstieg der Erträge in der Finanzbranche. Die Erklärungen für diese Entwicklung sind vielfältig: Neben technologischen Veränderungen hin zu arbeitsparendem technischen Fortschritt werden dabei auch immer die Auswirkungen der Globalisierung auf die Finanz-, Güter- und Arbeitsmärkte genannt (vgl. dazu Kap. 13.2.4).

13. ENTWICKLUNG UND VERTEILUNG DER EINKOMMEN

Die dritte Periode ist jene der Nachkrisenzeiten (2008-2015). Wie bereits erwähnt sind derartige Nachkrisenphasen zumeist geprägt durch große Gewinneinbrüche und – zumindest kurzfristig – eine stabile Lohnentwicklung, welche einen Anstieg der Lohnquote bedingen. Es zeigt sich für diese Periode sowohl für Österreich als auch für die meisten anderen Länder der EU-15 ein deutlicher Anstieg der Lohnquote (vgl. Kap. 13.2.2). Überraschend ist jedoch, dass

dieser Anstieg in Österreich mit der Ausnahme von 2010 und 2011 bis 2013 anhielt und erst 2014/15 wieder leicht rückläufig war. Da aber die Löhne in dieser Periode nur geringfügige Zuwachsrate aufweisen (Bilek-Steindl 2016), kann der Anstieg der Lohnquote in dieser Periode vor allem durch die rückläufige Ertragsentwicklung der Unternehmen (Friesenbichler 2015) erklärt werden.

Abbildung 2: Lohnquote Österreichs (1960-2015)



Quelle: AMECO (Daten), INEQ (Berechnung & Illustration)

Anmerkung: Bereinigt um die Veränderung des Anteils der unselbstständig Beschäftigten an den Erwerbstätigen gegenüber dem Basisjahr 2010 (vgl. dazu Pkt. (1) in Kap. 13.2.1).

Wie in Abbildung 2 ersichtlich, hat sich in den Jahren 2012-14 auch erstmals das Angebot an Selbstständigen wieder erhöht, wodurch die unbereinigte Lohnquote höher ausfällt als die bereinigte. Es ist daher auch von Interesse sich die Struktur der selbstständig Beschäftigten näher anzuschauen (vgl. Abbildung 3).

Wie sich dabei zeigt, hat sich die Anzahl der Selbstständigen insgesamt in der Periode 1995-2015 von 467.000 auf 508.000 gering erhöht. Diese scheinbare Stabilität ist jedoch durch einen starken Strukturwandel der Selbstständigen gekennzeichnet. So ging die Anzahl der Selbstständigen in der Landwirtschaft

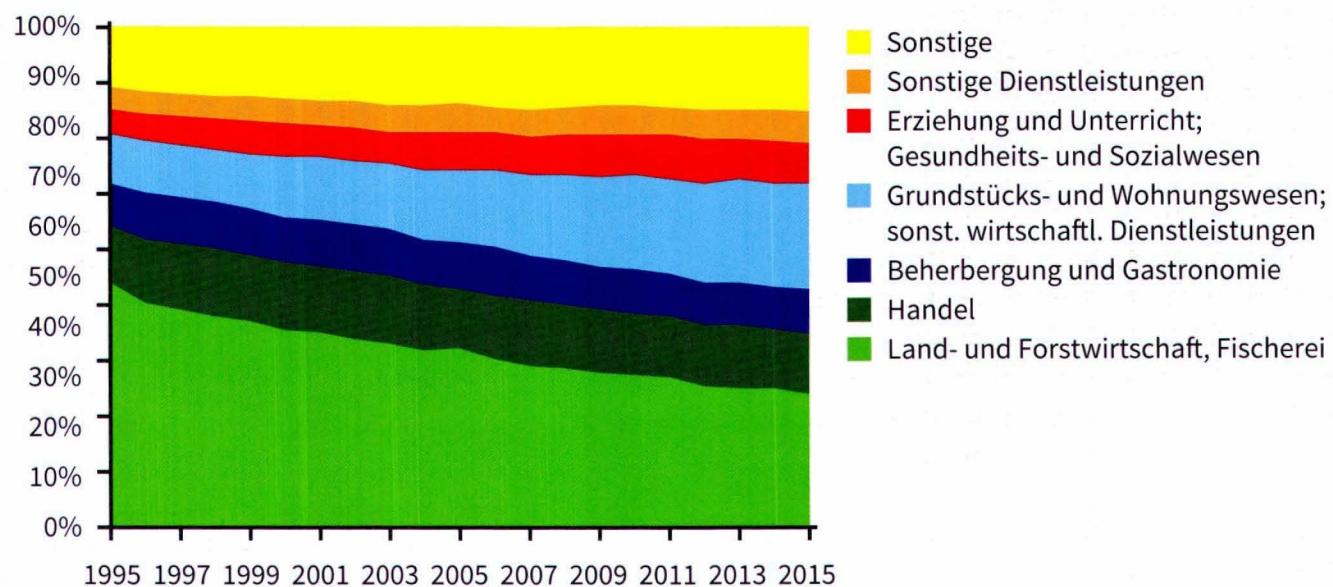
von 227.000 auf 135.000 zurück, womit sich deren Anteil an allen Selbstständigen von 48,7% auf 26,5% dramatisch reduzierte. Demgegenüber ist in der Wirtschaftsklasse „Sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen“ ein Anstieg von 46.000 auf 106.000 Personen (oder von 9,9% auf 20,9%) zu verzeichnen. Es ist nicht unwahrscheinlich, dass sich in dieser Kategorie ein hoher Anteil an sogenannten „Scheinselbstständigen“¹³⁰ verbirgt (vgl. dazu auch den Beitrag von Jörg Flecker et.al. „Arbeit 4.0 – Auswirkungen technologischer Veränderungen auf die Arbeitswelt“). Wenngleich mit dieser Form von Arbeitsverhältnis eine Unzahl an sozialversicherungsrechtlichen Problemen verbunden ist, welche hier nicht dargelegt werden können, soll dennoch darauf hingewiesen werden, dass die Einkommen dieser de facto unselbstständig Erwerbstätigen („Scheinselbstständige“) in der Lohnquote

nicht berücksichtigt werden und somit die tatsächliche Lohnquote unterschätzt wird. Das Ausmaß dieser Unterschätzung ist jedoch gering. Selbst unter der Annahme, dass der gesamte Nettozuwachs an Selbstständigen nach 2011 auf „Scheinselbstständige“ zurückzuführen ist, würde die Lohnquote für 2015 um weniger als einen Prozentpunkt unterschätzt werden (vgl. Abbildung 2).

Innerhalb der Selbstständigen vollzog sich in der Periode 1995 – 2015 ein deutlicher Strukturwandel: starker Rückgang in der Landwirtschaft und ein ebenso starker Anstieg bei den sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen.

Dabei scheint es sich vor allem um eine Zunahme von „Scheinselbstständigen“ zu handeln.

Abbildung 3: Struktur des selbstständig Erwerbstätigen (1995-2015)



Quelle: Statistik Austria (2016d) - Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen 1995-2015, Hauptergebnisse

¹³⁰ Unter „Scheinselbstständigkeit“ werden Arbeitsverhältnisse verstanden, in welchem die Person zwar de facto für eine/n unmittelbare/n Dienstgeber/in handelt, jedoch ohne Arbeitsvertrag und somit auch ohne sozialversicherungsrechtliche Absicherung. Diese zu organisieren bleibt der/dem Scheinselbstständigen selbst überlassen. Als Musterbeispiel wird dafür oft die/der Zeitungskolporteur/in genannt; derartige Dienstverhältnisse breiten sich inzwischen jedoch in vielerlei Dienstleistungsbereichen aus.

13. ENTWICKLUNG UND VERTEILUNG DER EINKOMMEN

13.2.4 Die wesentlichen Bestimmungsgründe des Rückgangs der Lohnquote

Die wesentlichen Gründe für den starken Rückgang der Lohnquote in der Periode 1975-2007 sind:

- Intensivierung der Kapitalintensität der Produktion
- Globalisierung, die die Verhandlungsmacht von Arbeitnehmerinnen/-nehmern sowie Regulierungsbehörden auf nationaler sowie internationaler Ebene schwächte und gleichzeitig jene der multinational agierenden Unternehmen enorm stärkte

Der in nahezu allen entwickelten Industrieländern zu beobachtende langfristige Rückgang der Lohnquote seit Ende der 1970er Jahre wurde im vergangenen Jahrzehnt auch in der internationalen Literatur verstärkt diskutiert (OECD 2012a, Atkinson 2008, 2015). Die Erklärungen für den Rückgang der Lohnquote sind dabei vielfältig, konzentrieren sich aber zumeist auf Veränderungen in der Technologie sowie auf die Globalisierung. Gleichzeitig ging diese Phase von rückläufigen Lohnquoten einher mit hohen Renditen in der Finanzbranche.

Die Auswirkungen der neuen (Informations-)Technologien auf ökonomische Ungleichheiten stehen dabei im Fokus der ökonomischen Analysen. Guellec und Pau- nov (2016), zwei Ökonominnen/Ökonomen der OECD, zeigen für die USA für die Periode 1970-2011, dass die Lohnquote in forschungsintensiven Branchen deutlich stärker zurückging als in Branchen mit geringer Forschungs- und Entwicklungintensität. Karabarbounis et al. (2014) zeigen, dass insbesondere jene Länder

und Branchen, in denen eine relative Verbilligung von Investitionsgütern anzutreffen ist, einen deutlicheren Rückgang der Lohnquote aufweisen. Auch Arpaia, Pérez, und Pichelmann (2009) weisen darauf hin, dass sich die Lohnquoten in der Periode 1970-2004 in der EU-15 insbesondere aufgrund des technischen Fortschritts reduziert haben. Der technische Fortschritt war dabei gekennzeichnet durch eine Intensivierung der Kapitalintensität der Produktion sowie durch eine wechselseitige Ergänzung (Komplementarität) von technologischem Fortschritt und einer damit verbundenen stärkeren Nachfrage nach hochqualifizierten Arbeitskräften.

Somit veränderte sich einerseits die Arbeitsnachfrage zu Ungunsten von geringer qualifizierten Arbeitskräften; andererseits veränderte sich aber – aufgrund der höheren Kapitalintensität der Produktion – auch die generelle Bedeutung von Kapitalbesitz. In mehreren Studien wird empirisch gezeigt, dass sich das Verhältnis von privatem Kapitalbesitz zum Bruttoinlandsprodukt in den vergangenen drei Jahrzehnten in den meisten Industrienationen verdoppelt hat (Piketty 2014; Roine und Waldenström 2015; Bach 2012). Dieser Bedeutungsgewinn des Produktionsfaktors Kapital geht sowohl mit einer stärkeren Verhandlungsmacht gegenüber dem Faktor Arbeit einher als auch gegenüber den nationalen und internationalen Institutionen, die die Rahmenbedingungen auf den nationalen wie globalen Güter- und Finanzmärkten regulieren.¹³¹ Da es bei diesem Prozess der Globalisierung zu einer Vielzahl an Verschränkungen und Rückkoppelungen zwischen Arbeits-, Kapital- und Gütermärkten kommt, ist eine isolierte Betrachtung einzelner Märkte nur ein-

¹³¹ Robert Reich, der ehemalige Arbeitsminister unter Präsident Bill Clinton und derzeit Professor für Öffentliche Politik an der Universität Berkeley, schreibt dazu in seinem jüngsten Beitrag Folgendes: „Mittlerweile bin ich jedoch zu der Überzeugung gelangt, dass ich bei meiner Erklärung der Entwicklung (der Weltwirtschaft, Anm. W.A.) ein Phänomen von kritischer Bedeutung übersehen habe – die zunehmende Konzentration politischer Macht in den Händen einer wirtschaftlichen und finanziellen Elite, der es gelungen ist, Einfluss auf die Regeln zu nehmen, nach denen die Wirtschaft spielt“ (Reich 2016, 53).

geschränkt zielführend. Der Frage der Marktmacht von multinational agierenden Unternehmen muss somit in jeder Verteilungsanalyse eine besondere Rolle zukommen (Rothschild 2005; Atkinson 2015; OECD 2016).

Der Zuwachs des privaten Nettovermögens in den vergangenen drei Jahrzehnten und die hohe Konzentration haben die Bedeutung von Kapitalbesitz weiter erhöht.

Guellec und Paunov (2016) haben gezeigt, dass durch die Globalisierung nicht nur der Wettbewerb intensiviert wurde, sondern dass diese Entwicklung gleichzeitig auch die Marktkonzentration förderte. Dies gilt insbesondere für jene Branchen, welche durch hohe Technologieintensität gekennzeichnet sind. So lag 2011 der Marktanteil der fünf größten Unternehmen einer Branche in den USA in technologieintensiven Branchen mit 20-45% weit über dem Durchschnitt. Die Autorinnen/Autoren argumentieren, dass die hohe immaterielle Komponente der technologieintensiven Branchen sowohl zu hoher Innovation als auch zu hoher Marktmacht („winner takes all“) führen kann und somit auch zu hohen Erträgen. Während jedoch hohe Erträge aufgrund von Innovation generell eher auf Zustimmung stoßen, sind hohe Erträge aufgrund von Marktmacht ökonomisch wie sozial unerwünscht, da es sich hierbei in der Regel um die Ausnutzung von unvollständigen Wettbewerbsbedingungen handelt. Joseph Stiglitz hat dazu den Begriff „rent-seeking“ geprägt, worunter er jene ökonomischen Transaktionen versteht, bei welchen private und soziale Erträge auseinanderklaffen (Stiglitz 2014).

In technologieintensiven Branchen besteht eine außerordentlich hohe Marktkonzentration.

Atkinson (2015) widmet sich ebenfalls ausführlich der Frage der Marktmacht von Unternehmen. Während

Unternehmen aufgrund ihrer Marktposition entsprechende Möglichkeiten haben, einen Gewinnaufschlag („mark-up“) auf die Verkaufspreise ihrer Produkte zu setzen, haben Arbeitnehmer/innen aufgrund ihrer jeweiligen Marktmacht entsprechende Möglichkeiten für höhere Lohnforderungen. Die Globalisierung sowie die in den vergangenen drei Jahrzehnten gestiegene Arbeitslosigkeit haben jedoch die Verhandlungspositionen dieser beiden Marktteilnehmer asymmetrisch – zugunsten der Arbeitgeber/innen – verändert.

Durch die Machtkonzentration gelingt es der wirtschaftlichen und finanziellen Elite, stärkeren Einfluss auf die Gestaltung der Rahmenbedingungen zu bekommen.

Zusammenfassend zeigt sich, dass sowohl in Österreich als auch in den anderen Ländern der EU-15 ein kontinuierlicher Rückgang der bereinigten Lohnquote seit Ende der 1970er Jahre, dem konjunkturellen und wachstums-politischen Höhepunkt in der Nachkriegszeit, stattgefunden hat. Der Tiefpunkt der Lohnquote lag im Jahre 2007, dem Jahr vor der Finanzkrise. In dieser 30-jährigen Periode fiel die Lohnquote in allen Ländern der EU-15 deutlich, in manchen sogar um zehn Prozentpunkte und mehr. Ursachen dieser Entwicklung waren vor allem technologische Veränderungen hin zu kapital-intensiveren Produktionsmethoden sowie die negativen Auswirkungen der Globalisierung auf die Verhandlungsposition von Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmern. Insbesondere hat aber in diesen 30 Jahren die Bedeutung des privaten Nettovermögens (in Relation zum Bruttoinlandsprodukt) stark zugenommen, und dies bei gleichzeitig extrem hoher Konzentration dieses Nettovermögens. Dadurch wurde die Verhandlungsposition des Faktors Kapital gegenüber den Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmern als auch gegenüber nationalen und internationalen Organisationen bedeutend gestärkt. Auffallend ist der Anstieg der Lohnquote in der Nach-Krisenzeit 2008, der für zwölf Länder der EU-15 festge-

13. ENTWICKLUNG UND VERTEILUNG DER EINKOMMEN

stellte wurde. Diese Periode ist gekennzeichnet durch ein relativ schwaches Wirtschaftswachstum, anhaltend hohe und steigende Arbeitslosigkeit und relativ bescheidene unternehmerische Erträge. Die in diesem Kapitel vorgenommene Untersuchung der Lohneinkommen hat hinsichtlich der Verteilung der Gesamteinkommen jedoch einen Faktor noch völlig unberührt gelassen: dies ist die Entwicklung der Kapitaleinkommen. Erst eine Mitberücksichtigung der Kapitaleinkommen kann valide Aussagen über die Verteilung des Wohlstands vermitteln. Dieser Frage wollen wir uns in den beiden folgenden Kapiteln (Kap.13.3 und Kap. 13.4) widmen.

13.3 Arbeits- und Kapitaleinkommen auf Haushaltsebene

Die gesamtwirtschaftliche Betrachtung der Entwicklung der Lohn- und Gewinnquoten¹³² gibt einen wichtigen Einblick in die Struktur der Einkommen in Österreich. Diese makroökonomischen Zusammenhänge sowie deren Veränderungen reichen für die Erforschung der sozialen und ökonomischen Zusammenhänge aber nicht aus. Aggregierte Erkenntnisse aus den volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, wie etwa das Volkseinkommen auf Löhne und Gewinne verteilt ist, müssen dabei mit mikroökonomischen Informationen verknüpft werden, um ein detailliertes Verständnis für die Zusammensetzung und Verteilung der Einkommen zu erhalten.

Für die Messung von Ungleichheit ist die Haushaltsbetrachtung zentral:

- Haushalte bilden „Ressourcengemeinschaften“
- Die Zuordnung von Kapitaleinkommen zu einzelnen Personen ist oftmals nicht möglich.

Ein erster Schritt um diese verfeinerte Analyse zu ermöglichen, ist die Betrachtung der Einkommensverteilung auf der Ebene österreichischer Haushalte. Die Haushaltdefinition eignet sich speziell um die Ressourcengemeinschaft von Personen bestmöglich abilden zu können: Ein Mehrpersonenhaushalt findet durch die gemeinsame Erzielung von Einkommen und die gemeinsame Nutzung von Investitionen (speziell Wohnraum) andere Voraussetzungen vor, als dies für Einzelpersonen der Fall wäre.

Hinzu kommt, dass eine Vielzahl von Ressourcen nur mit erheblichen Umständen einzelnen Haushaltsgliedern zuzuordnen sind. So profitiert der Haushalt beispielsweise gemeinsam von einer Eigentumswohnung und es ist oftmals schwierig, die Einkommen aus Sparbüchern, Aktien oder Mieten einzelnen Personen zuzurechnen. Unter der Annahme, dass Haushalte ihre Einnahmen und Ausgaben gemeinsam verwalten und bestreiten, lässt sich somit für Haushalte ein umfangreicheres Bild über deren ökonomische Situation zeichnen.

Die Betrachtung der Verteilung der Kapitaleinkommen nimmt dabei eine zentrale Rolle ein, um Veränderungen in der Lohnquote interpretieren zu können: Die Aufteilung in Kapital- (Gewinn-) und Lohnanteil am Volkseinkommen lässt nämlich keinen direkten Rückschluss auf die personelle Verteilung¹³³ zu. Je nachdem wie Lohn- und Kapitaleinkommen unter der Bevölkerung verteilt sind, ergeben sich so unterschiedliche indirekte Effekte aus einer Verschiebung der Lohnquote. Haben zwei Haushalte, die Maiers und die Grubers, eine ähnliche Einkommensstruktur (bspw. beziehen beide 90% ihres Einkommens aus unselbstständiger

¹³² Gewinnquote: Der Anteil von Nicht-Lohneinkommen am Volkseinkommen.

¹³³ Die personelle Einkommensverteilung beschreibt die Verteilung von Einkommen auf verschiedene ökonomische Akteurinnen/Akteure, etwa Personen oder Haushalte. Sie ist zu unterscheiden von der funktionellen Einkommensverteilung, die die Verteilung von Einkommen auf Produktionsfaktoren („Arbeit“ oder „Kapital“) angibt.

Tätigkeit und 10% aus Zinsen), dann führt ein Sinken der Lohnquote (unter sonst gleichbleibenden Umständen) zu keiner relativen Änderung zwischen den Haushalten: Sowohl die Maiers als auch die Grubers erhalten nun zwar weniger Lohneinkommen jedoch mehr Zinsen – die personelle Einkommensverteilung ist unverändert geblieben.

Die Entwicklung der Lohnquote alleine genügt nicht, um Veränderungen in der Einkommensverteilung von Haushalten oder Personen abzuleiten. Hierfür ist relevant, welche Haushalte wie stark von einem Sinken/Steigen der Lohnquote betroffen sind.

Was passiert nun in einem Szenario in dem Lohn- und Gewinneinkommen unterschiedlich verteilt sind? Nehmen wir an, Familie Maier ist nun ein Haushalt mit lediglich unselbstständigen Einkommen ohne Ersparnisse (also auch ohne Kapitaleinkommen). Parallel dazu haben die Grubers viel geerbt und können ihr Leben durch die Zinsen auf ihr Erbe bestreiten. Ein Sinken der Lohnquote führt nun (unter sonst gleichbleibenden Umständen) dazu, dass das Einkommen der Maiers relativ zu jenem der Grubers sinkt: Durch das Sinken der Lohnquote haben die Kapitaleinkommen – unter konstant bleibender Verzinsung – insgesamt an relativer Bedeutung gewonnen. Somit steigt auch das Einkommen von Familie Gruber relativ zu jenem der Maiers. Eine Änderung der funktionellen Verteilung führt hier automatisch zu einer Änderung der personellen Verteilung. Um verstehen zu können, welches dieser Szenarien für Österreich ein realistisches ist, wird dieses Kapitel die

personelle Verteilung der Bruttoeinkommen zwischen den Haushalten im Detail analysieren.

Wie gezeigt wurde, ist die Kenntnis über die personelle Verteilung aller Einkommensbestandteile eine Grundlage, um Effekte und Wirkungen ökonomischer Verschiebungen zu analysieren. All dies hängt jedoch zunächst von der Datenverfügbarkeit ab. In Österreich gibt es eine lange Historie von Forschung zur Einkommensungleichheit, die sich jedoch speziell auf Lohneinkommen (Steindl 1958; Suppanz und Wagner 1981; Gusenleitner et al. 1998; Guger 2005; Rocha-Akis 2016) bezieht und zu einem kleineren Teil auch selbstständige Einkünfte (Chaloupek 1977; Altzinger et al. 2012, Guger et al. 2014) erfasst. Die starke Konzentration der Verteilungsforschung auf diese beiden Einkommen ist jedoch ausschließlich das Ergebnis der Datenverfügbarkeit: Für diese, von der Einkommensteuer erfassten Einkommen gibt es administrative Datenquellen, die Analysen zu Armut, Reichtum und Verteilung im Allgemeinen ermöglichen. Dies trifft speziell auf die sieben Einkunftsarten des Einkommensteuergesetzes¹³⁴ zu, die jedoch nur einen Teil der gesamten Einkommen darstellen und diese nur unzureichend abdecken.¹³⁵

Die Verfügbarkeit von hochqualitativen Einkommensdaten ist eine Voraussetzung für die Analyse von Ungleichheit. In Österreich wird dies durch die anonyme Einhebung der Kapitalertragsteuer erschwert.

¹³⁴ Neben den (i) Einkünften aus nichtselbstständiger Arbeit unterliegen der Einkommensteuer Einkünfte aus (ii) Land- und Forstwirtschaft, (iii) selbstständiger Arbeit, (iv) Gewerbebetrieb, (v) Kapitalvermögen, (vi) Vermietung und Verpachtung sowie (vii) sonstige Einkünfte im Sinne des § 29 EStG. Siehe auch § 2 EStG. Kapitaleinkommen unterliegen jedoch nur zu einem geringen Teil dem Einkommensteuertarif (z.B. ein „Substanzgewinn“ aus dem Überschuss von verkauften Aktien), da diese Einkünfte (wie z.B. Zinsen aus Sparbüchern und Wertpapieren) in der Regel mit der Kapitalertragsteuer endbesteuert sind und somit nicht in die Einkommensteuererklärung aufgenommen werden müssen.

¹³⁵ So sind die erfassten Betriebseinkommen nur schwer mit Lohneinkommen zu vergleichen, da beim Einkommensbegriff besondere Regelungen für Abschreibungen und den Abzug von Sozialversicherungsbeiträgen gelten.

13. ENTWICKLUNG UND VERTEILUNG DER EINKOMMEN

Während die Kapitaleinkommen einen nicht zu vernachlässigenden Teil der Gewinnquote ausmachen, wurde deren Verteilung in der ökonomischen Forschung bisher kaum berücksichtigt. Wie zuvor ist auch dies durch die (in diesem Fall mangelhafte) Datenverfügbarkeit begründbar: Vor 1992 wurden Kapitaleinkommen als Teil der Einkommensteuer von der jährlichen Steuererklärung erfasst und waren somit Personen eindeutig zurechenbar.¹³⁶ Durch die Einführung der Kapitalertragsteuer 1993 änderte sich dies insofern, als dass die meisten Kapitalerträge nicht mehr über die (personenbezogene) Einkommensteuer erfasst wurden, sondern die Steuern seither direkt von den Finanzinstituten an den Fiskus abgeführt werden („Endbesteuerung“). Somit wird jedoch seit 1993 auch keine personenbezogene Statistik mehr zu den Kapitaleinkommen erstellt, obwohl dies – rein technisch – sehr einfach möglich wäre. Diese Endbesteuerung hat somit drei Effekte: Unmittelbar handelt es sich nur um administrative Implikationen, da die Erhebung nun über die Finanzinstitute abgewickelt wird, anstatt über die (persönliche) Einkommensteuerveranlagung. Zentral dabei ist jedoch die Änderung der Tarifstruktur. Während vormals auf diese Finanzeinkommen der progressive Tarif der Einkommensteuer angewendet wurde, wird seit 1993 mit 25% bzw. 27,5% (für sonstige Finanzerträge wie Dividenden) eine Flat Tax angewendet. Dadurch ergibt sich eine starke Abflachung der Steuerprogression, die sich insbesondere bei jenen Einkommensgruppen mit hohen Kapitaleinkommen deutlich macht.

Zusätzlich ergab sich durch diese steuerliche Änderung auch eine erhebliche Wissenseinschränkung über die ökonomischen Konsequenzen dieser Besteuerung: Im Falle der Kapitalertragsteuern hat die wirtschaftspolitische Forschung durch die Anonymität der Endbesteuerung die Möglichkeit verloren, Regelungen in diesem Bereich auf deren ökonomische und sozialpolitische Sinnhaftigkeit hin zu überprüfen.

Als Ersatz für den Mangel an Steuerdaten können Befragungsdaten dienen. Für Österreich ist ein solcher Datensatz erstmals für das Jahr 2010 verfügbar: der „HFCS“.

Diese Situation hat sich in den letzten Jahren insofern verbessert, als dass durch die Erhebung des Household Finance and Consumption Survey (HFCS) der EZB/OeNB (vgl. Fessler et al., 2012) nun erstmals qualitativ hochwertige Daten, nicht nur zum Vermögen, sondern eben auch zu den gesamten Einkommen von privaten Haushalten verfügbar sind. Für die Analyse der Einkommen wären an dieser Stelle die Bruttomarkteinkommen¹³⁷ wünschenswert – diese bilden das gesamte erwirtschaftete Einkommen eines Haushaltes ab, sind aber in dieser Form nicht im HFCS enthalten. Einen guten Näherungswert an dieses Konzept stellen die Bruttoeinkommen dar, die jedoch einige Einkommensbestandteile nicht berücksichtigen (etwa Sozialversicherungsbeiträge der Dienstgeber/innen). Im Folgenden wird für die Haushaltsanalyse immer dieser Bruttoeinkommensbegriff verwendet.¹³⁸

¹³⁶ Aber auch bereits vor 1992 bestand das Problem, dass nur ein Teil der tatsächlichen Kapitaleinkommen in der Einkommensteuer auch effektiv angegeben wurde.

¹³⁷ Bruttomarkteinkommen sind alle am Markt erzielten Einkommen eines Haushaltes vor Abzug durch Steuern und Umverteilung durch Transfers.

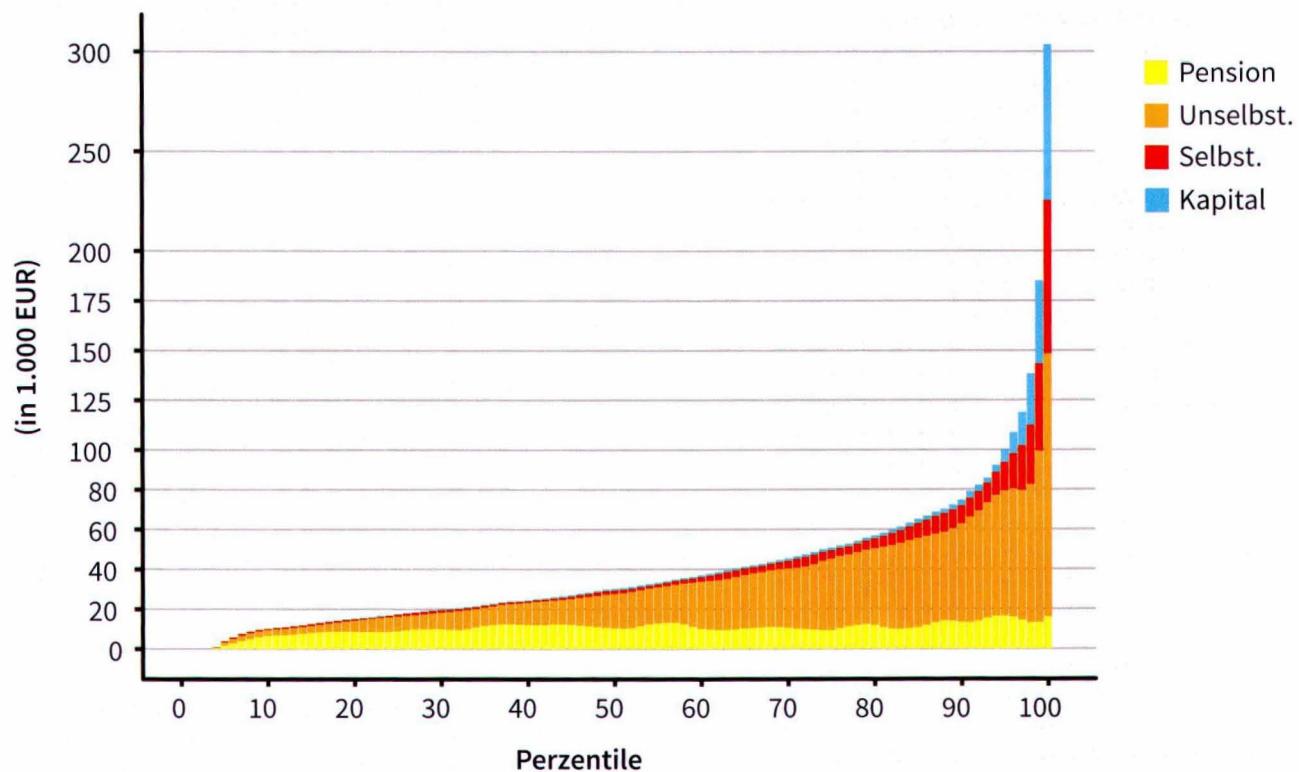
¹³⁸ Für eine Analyse der (äquivalisierten) Bruttomarkteinkommen auf Basis der Daten von EU-SILC siehe auch den Beitrag von Silvia Rocha-Akis „Monetäre Einkommensumverteilung durch den Staat 2010 und 2015“.

Ein weiterer Nachteil der HFCS-Erhebung ist, dass diese durch Untererfassung (non-response) an den Rändern der Verteilung gekennzeichnet ist und somit in der Regel eine deutliche Unterschätzung der Ungleichheit mit sich bringt. Dies trifft speziell bei Analysen der Vermögensverteilung zu, da besonders Vermögende ungern Auskunft über ihre wahren Besitzverhältnisse geben. Während diese Untererfassung bei den Vermögen mit statistischen Methoden teilweise korrigiert werden kann (vgl. Eckerstorfer, et al., 2015; Vermeulen, 2016), ist dies bei den Kapitaleinkommen kaum möglich. Da Kapitaleinkommen in der Regel aus dem Vermögensbestand generiert werden, sind bei einer Untererfassung der Vermögen auch die Einkommen daraus am oberen Rand nur unzureichend abgebildet. Während

somit die Verfügbarkeit von administrativen Daten zu personellen Kapitaleinkommen ein Optimum darstellen würde, erlauben uns diese neuen Datenquellen, trotz aller Problematiken der Erhebung, erstmals (wieder) einen Blick auf die gemeinsame Verteilung von Einkommen aus Arbeit und Kapital in Österreich zu werfen.

Befragungsdaten sind von großer Bedeutung für die Forschung, da sie detailliertere Informationen als bspw. Steuerdaten enthalten. Sie haben jedoch den Nachteil, dass speziell einkommensreiche Personen nur ungern Auskunft über ihre Verhältnisse geben. Somit wird die Ungleichheit in der Regel deutlich unterschätzt.

Abbildung 4: Bruttojahreseinkommen der Haushalte



Quelle: HFCS 2010 (Daten), INEQ (Berechnung & Illustration).

Verwendeter Einkommensbegriff: Bruttoeinkommen, vom Haushalt erzielte Einkommen vor Abzug der Steuern und Dienstnehmer/innenbeiträge zur Sozialversicherung.

13. ENTWICKLUNG UND VERTEILUNG DER EINKOMMEN

Abbildung 4 zeigt die Verteilungsstruktur der Haushaltseinkommen für Perzentile, das sind alle Haushalte eingeteilt in 100 Gruppen nach der Höhe des Gesamteinkommens. Diese Darstellung ist ein Abbild der gesamten Bevölkerung und inkludiert somit alle privaten Haushalte in Österreich, die eine Art von Erwerbs-, Kapital- oder Pensionseinkommen beziehen.

Diese Analyse verwendet Bruttoeinkommen zur Messung von Ungleichheit. Das sind alle Einkommen aus Arbeit, Pension und Vermögen vor Abzug der Steuern oder Sozialversicherungsbeiträge.

Aus der absoluten Höhe der Balken lassen sich grob drei Gruppen identifizieren: Ausgehend von der x-Achse finden sich zu Beginn jene Haushalte im 1.-10. Perzentil, die nur ein sehr geringes Einkommen erhalten. Hierbei handelt es sich schwerpunktmäßig um studentische Haushalte oder andere, die kein eigenes Einkommen beziehen, sondern auf private und/oder öffentliche Transfers, wie Mindestsicherung, Arbeitslosengeld oder Notstandshilfe angewiesen sind. Im Durchschnitt ergibt sich somit im untersten Dezil ein sehr geringes Bruttojahreseinkommen. Darauffolgend zeigt sich ein linearer, kontinuierlicher Anstieg der Gesamteinkommen der bis etwa in das 75. Perzentil zu beobachten ist. An diesem Punkt zeigt sich, dass nur etwa 25% der Haushalte ein Einkommen von mehr als 50.000 EUR beziehen. Dieses Viertel der Haushalte weist jedoch eine deutlich andere Struktur auf, als zuvor bei den Haushalten rund um den Median¹³⁹ (das 50. Perzentil): Mit zunehmendem Einkommen wächst

ab diesem Punkt das Einkommen exponentiell. Im 95. Perzentil liegt das Gesamteinkommen bereits bei über 100.000 EUR und im obersten Prozent dann deutlich über 300.000 EUR. Es zeigt sich somit eindrücklich, dass speziell im obersten Bereich eine starke Konzentration von Einkommen stattfindet. Das 95. Perzentil der österreichischen Privathaushalte erhält aber immer noch nur ein Drittel vom obersten Prozent.

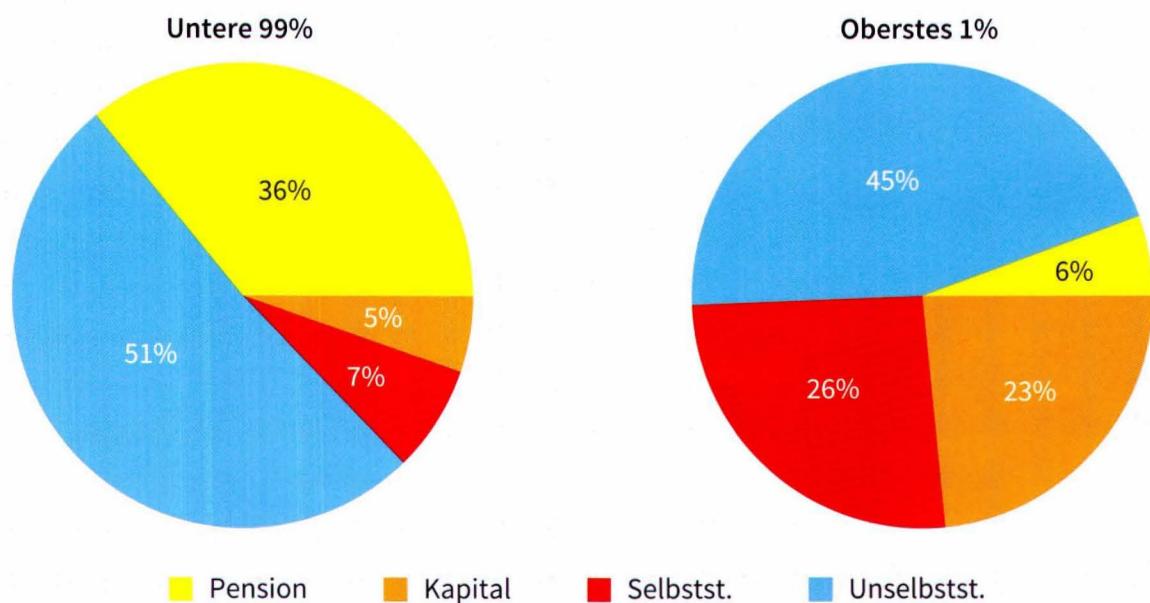
Die Ungleichheit von Einkommen wird typischerweise mit dem Gini-Koeffizienten¹⁴⁰ gemessen, der den Abstand der beobachteten Verteilung zu einer (theoretischen) Gleichverteilung misst. Für den Fall der Gesamteinkommen ist der Gini 0,423. Die Schwachstellen dieser Maßzahl treten speziell dann zu Tage, wenn Veränderungen hauptsächlich an den Rändern der Verteilung auftreten (Cowell 2011). Als Alternative werden oftmals verschiedene Quantilsratios vorgeschlagen, das ist das Einkommensverhältnis zweier Haushalte an verschiedenen Positionen der Verteilung. So beträgt etwa das P80-P20-Ratio¹⁴¹ (Verhältnis des 80. Perzentils zum 20. Perzentil) 3,62. Aufgrund der Extremwerte am oberen Rand der Verteilung bieten sich auch asymmetrische Indikatoren zur besseren Quantifizierung an. So erhält das oberste Prozent der Einkommen etwa 6,1-mal so viel wie ein Haushalt am Median (P99-P50-Ratio) und immerhin 2,5-mal so viel wie ein Haushalt an der Grenze zum obersten Dezil (P99-P90-Ratio).

¹³⁹ Der Median ist der Wert in der „Mitte“ der Verteilung: Das Medianeinkommen ist somit so gewählt, dass genau 50% der Haushalte weniger und 50% mehr als diesen Betrag erhalten.

¹⁴⁰ Mit dem Gini-Koeffizienten kann die Ungleichheit einer Verteilung gemessen werden. Sein Wert bewegt sich zwischen 0 und 1, wobei null eine vollständige Gleichverteilung und eins die größtmögliche Ungleichverteilung (ein Haushalt erhält das gesamte Einkommen) darstellt. Typische Werte für Einkommensverteilungen liegen zwischen 0,3 und 0,5.

¹⁴¹ Das P80-P20 Ratio misst das Verhältnis der Einkommen zwischen der Person am 80. Perzentil und jener am 20. Perzentil. Beträgt das Einkommen am 80. Perzentil 3.000 EUR und am 20. Perzentil 1.000, so wäre das P80-P20-Ratio $3.000/1.000 = 3$.

Abbildung 5: Struktur der Haushaltseinkommen



Quelle: HFCS 2010 (Daten), INEQ (Berechnung & Illustration)

Neben der Entwicklung der absoluten Einkommenshöhe über die Verteilung hinweg (siehe Abbildung 4), zeichnen sich auch in der Struktur der Haushaltseinkommen einige markante Trends ab. Abbildung 5 illustriert die Zusammensetzung der Einkommen im Durchschnitt über die untersten 99 Perzentile (links) sowie für das oberste Prozent der einkommensreichsten Haushalte (rechts). Dabei zeigt sich ein deutlicher Unterschied zwischen beiden Gruppen: Im Durchschnitt beziehen die unteren 99% ihr Einkommen fast zur Hälfte aus unselbstständigen Einkommen. Ein weiteres Drittel besteht aus Pensionseinkommen der Haushalte, die bereits aus dem aktiven Erwerbsleben ausgeschieden sind. Das verbleibende Sechstel verteilt sich in ähnlichem Ausmaß auf selbstständige Einkommen und Kapitaleinkommen. Somit spielen diese beiden Einkommensquellen für einen Großteil dieser 99% der Haushalte keine nennenswerte Rolle – sie sind deutlich stärker auf Lohneinkommen (im Falle der aktiven Haushalte) bzw. Pensionszahlungen angewiesen.

Kapitaleinkommen aus Sparbüchern oder Aktien sind für die unteren 99% kaum von Relevanz. Nur das oberste 1% der Haushalte erhält nennenswerte Kapitaleinkommen.

Dieses Bild wandelt sich deutlich, betrachtet man isoliert das oberste 1% der Haushalte mit einem Einkommen von mehr als 300.000 EUR im Jahr. Auch hier spielen unselbstständige Einkünfte eine wichtige Rolle: Sie tragen 45% zum gesamten Einkommen dieser Haushalte bei. Aus dem geringen Anteil der Pensionseinkommen zeigt sich, dass in diesem Bereich hauptsächlich Erwerbstätige zu finden sind. Im Vergleich zu den unteren 99% der Haushalte findet sich aber ein explosionsartiger Anstieg der Selbstständigen- sowie der Kapitaleinkommen. Die Erstgenannten liegen dabei mit 26% Anteil am Gesamteinkommen um 250% über dem Anteil der unteren 99%, bei den Kapitaleinkommen sind es bei 23% Anteil knapp 340%. Solche Einkommen aus Vermögen sind daher ein bedeutender Bestandteil des Haushaltseinkommens für die ein-

13. ENTWICKLUNG UND VERTEILUNG DER EINKOMMEN

kommensstärksten Haushalte. Dieser exponentielle Trend beim Anstieg der Kapitaleinkommen kann generell bereits ab dem 95. Perzentil beobachtet werden, doch auch dort ist die Entwicklung dieser Einkommen nicht annähernd so extrem wie im obersten Perzentil.

An dieser Stelle bietet sich ein Blick zurück an die ein- gangs im Kapitel erwähnte, steuerpolitische Behandlung von unterschiedlichen Einkommen an. Die (anonyme) Endbesteuerung, also die Versteuerung außerhalb der persönlich zuordenbaren Einkommensteuer, ist durch die Einführung der Kapitalertragsteuer speziell für Einkommen aus Vermögensbeständen relevant. Wie die Analyse gezeigt hat, profitieren von dieser Sonderbehandlung speziell Haushalte im obersten Prozent, denn sie sind die einzigen, die wirklich namhafte Kapitaleinkommen beziehen. Viel mehr noch werden diese Einkommen mit einer 25%-igen Flat Tax besteuert, während die anderen Einkommen mit dem progressiven Einkommensteuertarif belastet werden. Auch hier gilt: Diese steuerliche Bevorzugung von Kapitaleinkommen ist vor allem für das oberste Prozent relevant – Haushalte darunter verfügen nicht über substantielle Kapitaleinkommen um von dieser Steuerdifferenz zu profitieren.

Bei einer separaten Betrachtung der unterschiedlichen Einkommensquellen wird schnell ersichtlich, dass die Ungleichheit stark variiert, je nachdem welche Einkommensart zugrunde gelegt wird. Die im österreichischen Diskurs zumeist diskutierten Ungleichheiten sind jene der unselbstständigen Einkommen sowie der Pensionseinkommen. Diese sind im internationalen Vergleich auch tatsächlich relativ gering. Während die Erwerbs- und Pensionseinkommen auf der Haushaltsebene einen Gini-Index von 0,4 aufweisen, rangiert derselbe Wert für die Kapitaleinkommen mit 0,93 am oberen Ende der Skala. Der durch die Datenverfügbarkeit vorgegebene Einkommensbegriff beeinflusst

somit immer auch die gesamtgesellschaftliche Wahrnehmung von (messbarer) Ungleichheit. Anders gesagt: Fehlt uns das Wissen (die notwendigen Daten) zur Messung von sehr ungleichen Einkommensbestandteilen (etwa Kapitaleinkommen), unterschätzen wir das wahre Ausmaß der Ungleichheit dramatisch.

Im Zusammenhang mit der funktionellen Verteilung stellt sich nun noch die Frage, inwiefern aus diesen Erkenntnissen Veränderungen der funktionellen Verteilung auch relevant für die personelle Betrachtung sind. Zwar finden sich über weite Bereiche der Verteilung Erwerbs- und zu einem geringeren Ausmaß auch Kapitaleinkommen innerhalb ein und desselben Haushaltes, jedoch zeigt sich auch bei zunehmender Vermischung beider Einkommensarten, dass die Verteilungen von Kapital- und Gewinneinkommen sowie Arbeitseinkommen kaum miteinander zu vergleichen sind. Arbeitseinkommen sind über die gesamte Breite der österreichischen Haushalte zu verorten, während Kapitaleinkommen sehr konzentriert in den obersten Einkommensregionen aufzufinden sind. Unter der Annahme, dass sich mit der Veränderung der Lohnquote dieses generelle Bild nicht ändert, führt ein Sinken dieser indirekt zu einer höheren Ungleichheit in den personellen Einkommen. Dies röhrt daher, dass analog zum Sinken der Lohnquote, die Gewinnquote steigt und deren Begünstigte tendenziell in den obersten 5% der Haushalte zu finden sind.

Inwiefern aber ein Steigen der Lohnquote zu einer egalitäreren Verteilung beiträgt, hängt wiederum davon ab, wie die steigende Lohnsumme verteilt wird. Hier zeigt die jüngste Forschung, dass speziell auf Manager/innengehälter Rücksicht genommen werden muss, deren reale Einkommensentwicklung jene des Rests der Bevölkerung in ökonomischen Boomphasen oftmals deutlich abhängen kann (vgl. Alvaredo et al., 2013).

13.3.1 Struktur der Haushalte

Wie bereits gezeigt, variiert die Einkommensstruktur der Haushalte beträchtlich über die Verteilung hinweg. Insofern stellt sich die Frage, welche Eigenschaften und Spezifika der Haushalte hierfür eine maßgebliche Rolle spielen. Zur Beantwortung dieser Frage ist jedoch eine zusätzliche Annahme notwendig: Während die Haushaltsbetrachtung die umfassendste Analyse von Einkommen ermöglicht (speziell in Hinblick auf Kapitaleinkommen), sind sozioökonomische Charakteristika in der Regel an Personen gebunden und somit für die Haushaltsanalyse nicht verfügbar. Um trotzdem eine Einteilung von Haushalten vornehmen zu können ist daher eine Regel notwendig, die einem Haushalt die passenden sozioökonomischen Charakteristika zuordnet. Es muss eine Person im Haushalt ausgewählt werden, deren Eigenschaften stellvertretend für den Haushalt

analysiert werden können. Diese Auswahl ist bei Mehrpersonenhaushalten nicht trivial und eröffnet immer Potential für Verzerrungen in der Analyse. Gängige Kriterien zur Auswahl dieser „Referenzperson“ sind unter anderem Alter und Einkommen. Man geht hierbei davon aus, dass bspw. die Person mit dem höchsten Einkommen repräsentativ für den gesamten Haushalt ist, oder dass die älteste Person im Haushalt (im Gegensatz zu Kindern oder anderen Familienmitgliedern) die beste Näherung darstellt. Für die hier vorgestellten Ergebnisse, werden die Ausprägungen jener Person verwendet, die am besten über die Finanzsituation des Haushaltes Bescheid weiß (financially knowledgeable person).¹⁴² Diese Auswahl ist naheliegend, da diese Person als Beantworter/in des HFCS Fragebogens herangezogen wurde und somit am ehesten eine/n Haushaltvorständin/-vorstand verkörpert.

Tabelle 1: Struktur der Haushalte

| | P10 | P25 | Median | P75 | P90 | P99 |
|----------------------------|-----|-----|--------|-----|-----|-----|
| Erwerbsstatus | | | | | | |
| Nicht Erwerbstätig | 1% | 1% | 0% | 5% | 2% | 0% |
| Erwerbstätig | 34% | 49% | 47% | 66% | 84% | 78% |
| Temporär Abwesend | 0% | 0% | 2% | 7% | 0% | 9% |
| Arbeitslos | 0% | 11% | 0% | 1% | 1% | 0% |
| Student/in | 17% | 0% | 3% | 0% | 1% | 4% |
| Pension | 48% | 39% | 48% | 21% | 11% | 10% |
| Arbeitsmarktstatus | | | | | | |
| Angestellt | 25% | 39% | 41% | 59% | 75% | 45% |
| Selbstst. mit Angestellten | 7% | 5% | 1% | 11% | 5% | 26% |
| Ein-Personenunternehmen | 3% | 6% | 7% | 2% | 4% | 16% |
| Geschlecht | | | | | | |
| Männlich | 17% | 44% | 45% | 43% | 55% | 53% |
| Weiblich | 83% | 56% | 55% | 57% | 45% | 47% |

¹⁴² Eine Analyse der Sensitivität dieser Auswahl findet sich in (Humer et al. 2014), wobei keine allzu großen Variationen durch die Wahl des Konzeptes auftreten. In vielen Fällen ist die financially knowledgeable person ident mit jener, die das höchste Einkommen bezieht. Oftmals ist es auch so, dass diese Person auch die älteste im Haushalt lebende ist. Ausnahmen gibt es hier bei Mehr-Generationen-Haushalten: Hier können im Haushalt lebende Kinder ein höheres Einkommen als die (pensionierten) Eltern erwirtschaften und somit ergäben sich unterschiedliche Referenzpersonen.

13. ENTWICKLUNG UND VERTEILUNG DER EINKOMMEN

Fortsetzung von Tabelle 1: Struktur der Haushalte

| | P10 | P25 | Median | P75 | P90 | P99 |
|-----------------------|-------|-------|--------|-------|-------|-------|
| Bildung | | | | | | |
| Mittelschule | 23% | 26% | 16% | 10% | 2% | 4% |
| Oberstufe | 63% | 62% | 61% | 69% | 80% | 72% |
| Universität | 14% | 12% | 23% | 21% | 18% | 24% |
| Ø Alter | | | | | | |
| | 49,22 | 52,29 | 54,45 | 45,49 | 48,75 | 49,22 |
| Haushaltsgröße | | | | | | |
| Gesamt | 1,32 | 1,72 | 1,66 | 2,63 | 2,61 | 1,32 |
| Erwachsene | 1,15 | 1,34 | 1,46 | 2,35 | 2,38 | 1,15 |

Quelle: HFCS 2010 (Daten), INEQ (Berechnung & Illustration)

Anmerkungen: „Temporär abwesend“ umfasst Personen, die der Gruppe der Aktiven zuzurechnen sind, aber derzeit bspw. karenziert sind; Arbeitsmarktstatus umfasst weiters die Kategorie „Mithelfende“ (im Familienbetrieb), die aufgrund der geringen Anzahl (unter 1%) ausgeblendet wurde; Die Unterteilung der Bildung erfolgt in maximal Primärbildung (Volksschule, ausgeblendet), Mittelschule (Sekundarstufe I), Oberstufe (Sekundarstufe II und berufsbildende Schule) sowie Universität (Tertiärbildung inkl. Meisterprüfung).

In Tabelle 1 sind die zentralsten sozioökonomischen Eigenschaften der Haushalte sowie deren Anteilswerte an unterschiedlichen Positionen der Verteilung dargestellt. Den ersten und wohl zentralsten Analyseparameter bildet hier die Beteiligung am Erwerbsleben (Erwerbsstatus). Es zeigt sich deutlich, dass Einkommenshöhe und Erwerbstätigkeit stark aneinander gekoppelt sind. Der Anteil der Erwerbstätigen steigt von 34% im untersten Dezil auf knapp 50% beim Median-einkommen, bis hin zu 84% im obersten Dezil. Diese gleichförmige Entwicklung findet ihren Gegenpart im Anteil der Personen im Ruhestand: Diese sind vor allem in der unteren Hälfte anzutreffen, mit Anteilen von 40% und darüber. Nach obenhin nimmt diese Gruppe aufgrund ihres niedrigeren Einkommensniveaus gegenüber der Erwerbsarbeit deutlich ab. Hervorzuheben ist, dass der Anteil der Pensionistinnen/Pensionisten im obersten Dezil deutlich unterdurchschnittlich bei 11% liegt, während dort zur gleichen Zeit ein

Großteil der Kapitaleinkommen konzentriert ist. Hohe Kapitaleinkommen können somit nicht automatisch als Ergebnis von lebenslanger Kapitalakkumulation betrachtet werden, denn in diesem Fall müssten Personen beim Pensionsantritt die höchsten Kapitaleinkommen beziehen, da sie im Erwerbsleben Vermögen ansparen konnten. Vielmehr werden die Kapitaleinkommen aber oftmals von Erbschaften bestimmt, wobei speziell in den obersten Prozenten der Verteilung umfangreiche Erbschaften relevant werden, die sowohl aus dem Hauptwohnsitz als auch aus anderen Vermögenswerten (Geld, Betriebe, weiteren Immobilien etc.) bestehen.¹⁴³ Dieses Auseinanderklaffen von hohen Kapitaleinkommen und Pensionsantritt zeigt sich ebenfalls bei der Betrachtung des Durchschnittsalters: Dieses sinkt bereits im 75. Perzentil ab, liegt im obersten Dezil mit 48,75 Jahren am Tiefpunkt der sechs betrachteten Verteilungspositionen und steigt im obersten Prozent nur wieder leicht auf 49 Jahre.

¹⁴³ Die Daten der OeNB zeigen, dass in den obersten 20% 64,7% aller Haushalte eine Erbschaft erhielten, während dies in den untersten 20% nur 9,6% waren. Zudem betrug die Median-Erbschaft für das oberste Fünftel 236.000 EUR, für das unterste Fünftel aber lediglich 14.000 EUR (Fessler et al., 2012, 62).

- Der Anteil der Erwerbstätigen steigt mit dem durchschnittlichen Einkommen.
- Vor allem Unternehmer/innen sind überdurchschnittlich an der Spitze der Einkommensverteilung zu finden.
- Ebenso hängen Bildung und Einkommen stark zusammen.

Die restlichen Gruppen des Erwerbsstatus sind deutlich kleiner als jene der Erwerbstätigen und Pensionistinnen/Pensionisten. Wie bereits erwähnt, finden sich im untersten Bereich der Einkommensverteilung vor allem studentische Haushalte (17%), die nur geringste Einkommen beziehen. Ebenfalls deutlich konzentriert sind arbeitslose Personen, die rund um das erste Quartil¹⁴⁴ einen Anteil von fast 11% haben, sonst aber kaum in Erscheinung treten. Diese Beobachtung zeigt deutlich, dass Arbeitslosigkeit vor allem ein Problem von Haushalten mit niedrigen Einkommen ist.

Schlüsselt man die Erwerbstätigen weiter auf in Unselbstständige und Unternehmer/innen, zeigt sich für erstere ein Verlauf sehr ähnlich zu jenem der gesamten Erwerbstätigkeit: Der Anteil der Unselbstständigen steigt kontinuierlich an und erreicht im 90. Perzentil sein Maximum. Die Analyse der Einkommensstruktur (siehe Abbildung 5) hat bereits einen Hinweis geliefert, dass der Anteil der Unselbstständigen am oberen Rand der Einkommensverteilung absinkt. Im obersten Perzentil beträgt er nur mehr knapp 45%. Das oberste Dezil der Verteilung ist somit schwerpunktmäßig Haushalten mit Unternehmenseinkommen vorbehalten, wobei nur wenige Unselbstständige derart hohe Einkommen erzielen können um in diesem Bereich der Statistik aufzuscheinen.

Abseits des obersten Einkommensbereiches zeigt sich für zwei Klassen von Unternehmer/innen ein getrenntes Bild. Einerseits sind dies Ein-Personenunternehmen (EPU), die vermehrt auch im untersten Bereich anzutreffen sind,¹⁴⁵ Einzelunternehmen mit weiteren Beschäftigten finden sich erwartungsgemäß deutlich weiter oben (im 75. Perzentil, 11%). Der zuvor benannte Trend im obersten Dezil gilt jedoch für beide gleichermaßen: Ihr Anteil steigt hier besonders stark und beträgt im obersten Prozent 16% (EPU) bzw. 26% an den Haushaltsreferenzpersonen.

Das Ausbildungsniveau der Referenzperson nach Haushaltseinkommen variiert stärker, zeigt jedoch trotzdem strukturelle Trends auf. Während in den Daten kaum Personen mit ausschließlich Primärbildung vorhanden sind, kann für Personen mit niedriger sekundärer Bildung (Neue Mittelschule, Unterstufe, Hauptschule) ein fallender Anteil über die Verteilung hinweg beobachtet werden. Deren Anteil beträgt im untersten Viertel noch etwa 25%, ist aber bereits ab dem Median unterhalb der 10% Marke. Die größte Gruppe bildet jene der Personen mit höherer Sekundarbildung, das sind Personen mit Berufsausbildung bzw. abgeschlossener Oberstufe/Matura. Diese sind über die gesamte Verteilung in hohem Maß vertreten. Mit zunehmendem Einkommen steigt auch dieser Anteil und beträgt im obersten Viertel zwischen 70-80% der Haushalte. Deutlich volatiler ist die Gruppe der Personen mit Tertiärbildung, diese ist erst im obersten Viertel mit Anteilen von über 10% zu beobachten. Während ihr Anteil am 90. Perzentil nur knapp 18% ausmacht, steigt dieser Wert im 99. Perzentil auf 24% an, sodass sich auch hier ein deutlicher Zusammenhang zwischen Einkommen und Bildung zeigt.

¹⁴⁴ Quartile teilen die Bevölkerung in vier gleiche große Gruppen zu je 25% Bevölkerungsanteil.

¹⁴⁵ Dabei handelt es sich mit großer Wahrscheinlichkeit um eine Vielzahl an sogenannten Scheinselbstständigen (vgl. dazu Kap. 13.2.3).

13. ENTWICKLUNG UND VERTEILUNG DER EINKOMMEN

Während die Haushaltsgröße mit steigendem Einkommen erwartungsgemäß zunimmt, zeigt sich hier ein weiteres Spezifikum in Abhängigkeit vom Geschlecht der Referenzperson. Im untersten Dezil liegt die Anzahl der Erwachsenen im Haushalt bei knapp über eins, gleichzeitig ist die Anzahl der weiblichen Referenzpersonen mit 83% deutlich überdurchschnittlich. Mit zunehmender Haushaltsgröße – und damit höherem Anteil von Paarhaushalten – sinkt der Anteil der weiblichen Referenzpersonen. Dies ist ein Indiz dafür, dass Haushalte mit weiblichen Referenzpersonen stärker im untersten Einkommensbereich vertreten sind.

Zusammenfassend muss festgehalten werden, dass es bei der Betrachtung nicht „die (eine) Ungleichheit“ von Einkommen gibt. Dieses Kapitel hat für österreichische Haushalte gezeigt, dass es einen deutlichen Unterschied macht, ob man von Lohn-, Selbstständigen- oder Kapitaleinkommen spricht. Während unsere Wahrnehmung einer relativ egalitären Einkommensverteilung (im internationalen Vergleich) speziell auf Lohn- und Pensionseinkommen zutrifft, kann dies nicht auf Betriebs- und andere Kapitaleinkommen umgelegt werden. Diese sind deutlich stärker am obersten Rand der Einkommensverteilung (99. Perzentil) konzentriert und weisen eine erheblich höhere Ungleichheit auf.

Es konnte gezeigt werden, dass dies speziell aus zwei Gründen relevant ist: Einerseits handelt es sich hierbei um Haushalte mit speziellen Eigenschaften und Voraussetzungen. Diese Haushalte sind z.B. vermehrt erwerbstätig und überdurchschnittlich gebildet. Bildung und Arbeitsmarktintegration sind daher wichtige Handlungsfelder für die Politik um auf die Einkommensverteilung Einfluss zu nehmen. Als zweiten Punkt wurde die unterschiedliche steuerliche Behandlung von Einkommen illustriert. Kapitaleinkommen sind großteils nicht der Einkommensteuer unterworfen,

sondern der niedrigeren und anonymen Kapitalertragsteuer. Aufgrund der Verteilung dieser Zins-, Dividenden- und Betriebseinkommen gibt es aber nur sehr wenige besonders einkommensstarke Haushalte, die von dieser Zweiteilung im Steuersystem effektiv profitieren.

13.4 Spreizung bei Löhnen und Gehältern

Idealerweise würde der nun folgende Abschnitt die Entwicklung und Verteilung der gesamten Bruttoeinkommen auf individueller Ebene darstellen. Wie jedoch bereits geschildert wurde, ist eine wirklich aussagekräftige Statistik dazu in Österreich nicht verfügbar. In diesem Zusammenhang ist es noch deutlicher als zuvor bei den Haushalten zu beobachten, welch entscheidenden Einfluss das Steuerrecht auf die sozialstatistische Beschreibung der gesellschaftlichen Verhältnisse ausübt. Am politischen Aushandlungsprozess „**Wer zahlt wieviel Steuern auf welches Einkommen?**“ hängt daher auch immer die Frage „**Was wissen wir über die Entwicklung und Verteilung der verschiedenen Einkommenskomponenten?**“. Demokratiepolitisch ist dies ein nicht uninteressanter Zirkelschluss, da genau dieses Wissen meist die notwendige Voraussetzung für eine informierte Diskussion über die Ausgestaltung eines gerechten Steuersystems darstellt.

- Die Verteilung der gesamten Bruttoeinkommen auf individueller Ebene ist unbekannt.
- Das Steuerrecht hat großen Einfluss auf die statistische Erfassung der Einkommen.
- Beschränkung der Analyse auf einen Ausschnitt: Lohneinkommen.

Konkret sind es folgende steuerrechtliche Rahmenbedingungen, die bei der Analyse der administrativen

Einkommensstatistiken nicht in Vergessenheit geraten sollten:

Lohn- & Einkommensteuerstatistik sind zwei getrennte Statistiken mit einem sich überschneidenden Kreis von Einkommensempfängern. Die Lohnsteuerstatistik basiert auf den von den auszahlenden Stellen abgegebenen Lohnzetteln und beinhaltet alle im entsprechenden Kalenderjahr Lohnsteuerpflichtigen, d.h. alle unselbstständig Erwerbstätigen und Pensionistinnen/Pensionisten. In der Einkommensteuerstatistik finden sich hingegen jene Personen, die auch oder ausschließlich Einkommen aus einer der anderen sechs Einkommensarten des Einkommensteuergesetzes (EStG)¹⁴⁶ beziehen. Eine Person die sowohl selbst- als auch unselbstständig tätig war, ist somit in beiden Statistiken enthalten. Im Rahmen der Integrierten Lohn- und Einkommensteuerstatistik konsolidiert die Statistik Austria die beiden Statistiken um Doppelzählungen zu vermeiden. Eine wesentliche Einschränkung der Vergleichbarkeit der Informationen aus der Lohnsteuerstatistik und der Einkommensteuerstatistik kann aber auch dadurch nicht behoben werden: Die Einkommen der Lohnsteuerstatistik sind prinzipiell vor Abzug der Werbungskosten (also vor Arbeitnehmer/innen/veranlagung) angegeben, während in der Einkommensteuerstatistik die Einkünfte in der Regel nach Abzug der Betriebsausgaben und Werbungskosten erfasst sind.¹⁴⁷

Endbesteuerte Kapitalerträge reißen eine Lücke in das Konzept einer möglichst vollständigen administrativen Einkommensstatistik auf individueller Ebene. Wie zuvor erwähnt sind mit Einführung der Kapitalertragsteuer nach 1992 die Einkünfte aus Zinsen und

Dividenden nicht mehr im Zuge der Einkommensteuererklärung erfasst, sondern deren Steuerlast wird direkt von den Banken und Versicherungen an die Finanzbehörden übermittelt. In den Steuerstatistiken verbleibt nur das aggregierte Aufkommen und das hat sich dynamisch entwickelt: Die Einnahmen des Staates aus der Besteuerung von Dividenden im Bereich der natürlichen Personen haben sich zwischen 1995 und 2015 von 222 Mio. EUR auf 1,9 Mrd. EUR nahezu verneunfacht (Statistik Austria 2016c).

Steuerrechtliche Änderungen führen nicht selten zu Strukturbrüchen in den Zeitreihen der Einkommensentwicklung, die die Interpretation über deren Verläufe erschweren. Zwei Beispiele aus jüngerer Vergangenheit seien angeführt: Am Beginn des Jahres 2001 trat eine Neuregelung der betrieblichen Pensionsvorsorge in Kraft. Aus diesem Grund wurden in dem Zeitraum davor besonders im obersten Einkommenssegment einmalig außerordentlich hohe Vorsorge-Auszahlungen beobachtet. Weiters wurden bis Mitte 2012 Einkünfte aus dem Verkauf von Gesellschaftsanteilen mit der Hälfte des auf das gesamte Einkommen entfallenden Durchschnittsteuersatzes belegt und waren im Rahmen der sonstigen Einkünfte auch in den Einkommensteuererklärungen und -statistiken enthalten. Dies wurde von der Regelung abgelöst, diese speziellen Einkünfte mit dem Kapitalertragsteuersatz von 25% zu besteuern – solche Anteilsverkäufe sind seither auch nicht mehr statistisch erfasst. Das hat insofern auch Auswirkungen auf die Analyse der Gesamteinkommensentwicklung, da die Höhe dieser Einkommen nicht vernachlässigbar ist. Im Jahr 2011, dem letzten Jahr mit vollständiger Erfassung, summierten sich diese Einkünfte im obersten Dezil auf 535 Mio. EUR,

¹⁴⁶ Siehe Seite 239.

¹⁴⁷ Neben dem potentiell vorhandenen Gestaltungsspielraum bei der Einkommenssteuererklärung sollte noch festgehalten werden, dass alle Bestrebungen des Einzelnen zur Steuervermeidung und -hinterziehung tendenziell in der Einkommensteuerstatistik einen direkteren Einfluss auf die Untererfassung der Einkünfte haben.

13. ENTWICKLUNG UND VERTEILUNG DER EINKOMMEN

wobei knapp 90% dieser Summe dem obersten Pro mille der Einkommensbezieher/innen zu Gute kam (Statistik Austria 2016b).

Neuartige Einkommensbestandteile wie zum Beispiel der Rückkauf der Aktienpakete von Managerinnen/Managern durch das eigene Unternehmen, sind weder in den individuellen Einkommensstatistiken noch in den volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen erfasst (OECD 2016). Auch Wertzuwächse oder -verluste von Vermögensbeständen werden in den administrativen Statistiken nicht abgebildet.

Aufgrund dieser Einschränkungen ist es schlichtweg unmöglich eine vollständige und aussagekräftige Statistik der Verteilung der gesamten Bruttoeinkommen vorzulegen. Wir konzentrieren uns daher auf die Gruppe der unselbstständig Beschäftigten und deren Lohneinkommen, die von Statistik Austria und dem Hauptverband der Sozialversicherungsträger aufgezeichnet werden und belastbare Vergleiche sowohl zwischen einzelnen Bevölkerungsgruppen als auch über die Zeit erlauben. Auf Basis der Erfahrung aus anderen Ländern (siehe bspw. Alvaredo 2013, Piketty und Zucman 2014) kann man darauf schließen, dass die anderen zuvor genannten Einkommenskomponenten stark mit der Einkommensposition korreliert sind und speziell für die Personen an der Spitze der Einkommensverteilung von Bedeutung sind. Von dieser Untererfassung am oberen Rand sind somit auch unsere Untersuchungen zur Entwicklung der Einkommensverteilung betroffen. Die statistisch gemessene Realität bleibt hinter der tatsächlichen Wirklichkeit zurück. Die präsentierten Indikatoren und Entwicklungen sind so auch als konservative Schätzer und untere Grenze zu interpretieren.

13.4.1 Verteilung der Lohneinkommen

Im Jahr 2014 wurden in der Lohnsteuerstatistik insgesamt 127 Mrd. EUR Bruttoeinkommen¹⁴⁸ von 4,1 Mio. Beschäftigten (exklusive Lehrlinge) erfasst. Davon waren 53% männlich, folglich 47% weiblich. 67% arbeiten Vollzeit, 31% Teilzeit, bei den übrigen 2% ist die Beschäftigungsart unbekannt. 71% waren das gesamte Jahr durchgehend in einem Beschäftigungsverhältnis, knapp 9% weniger als drei Monate. Vor allem in Bezug auf Verteilungsfragen ist die Kenntnis über die Zusammensetzung der Grundgesamtheit ganz entscheidend für die Interpretation der einschlägigen Maßzahlen. Ungleichheit ist nicht gleichbedeutend mit Ungerechtigkeit. Es gibt verschiedenste Gründe, die uns erklären können warum Erwerbstätige unterschiedliche Löhne beziehen. Dies sind beispielsweise die erworbene Qualifikation, die Arbeitserfahrung, die mit der Tätigkeit verbundene Verantwortung, das Risiko bei der Berufsausübung, die individuelle Substituierbarkeit, die Branche bzw. wirtschaftliche Situation der Arbeitgeberin/des Arbeitgebers aber auch die (Jahres)Arbeitszeit. Es sollte wenig verwundern, dass Jakob, der nur einige Monate oder zehn Stunden in der Woche arbeitet, am Ende des Jahres einen geringeren Bezug aufweist als Maria, die ganzjährig und Vollzeit erwerbstätig ist. Das Einkommen dieser beiden ist also nur bedingt direkt miteinander vergleichbar, dennoch ist es ein richtiges Abbild der Realität und gibt uns einen Hinweis über die Lebensrealitäten der Menschen.

Analysiert werden die Bruttomonatseinkommen der 4,1 Mio. unselbstständig Erwerbstätigen des Jahres 2014.

¹⁴⁸ Wie zuvor besteht hier das Bruttoeinkommen aus dem erhaltenen Bruttobezug vor Abzug der Sozialversicherungsbeiträge und Steuer, verstehen sich jedoch exklusive der Sozialversicherungsbeiträge der Dienstgeber/innen sowie Lohnnebenkosten.

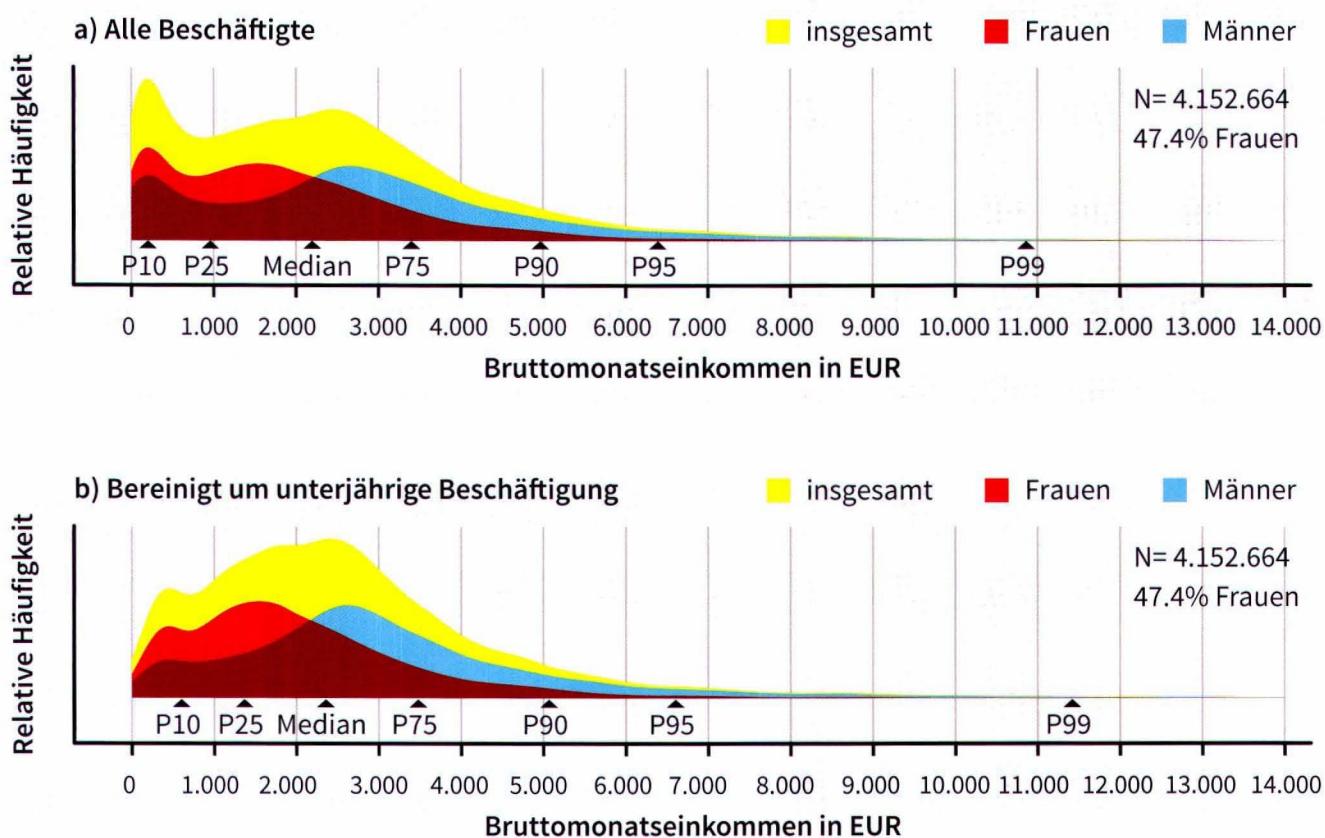
13.4.1.1 Einkommen nach Beschäftigungsintensität

Anhand von Abbildung 6 soll die Bedeutung der Wahl des Einkommenskonzepts und der betrachteten Bevölkerungsgruppe veranschaulicht werden. Sie zeigt uns die Häufigkeitsverteilung der auf das Monat herunter gerechneten Bruttobezüge inklusive 13. und 14. Gehalt¹⁴⁹ für drei unterschiedliche Betrachtungsweisen der Einkommensverteilung. Im ersten Teil der Grafik (Abbildung 6a) sind alle Unselbstständigen abgetragen, unerheblich welche Vertragsart und -dauer sie aufweisen. Auf den ersten Blick stechen zwei Eigenschaften ins Auge: Zum einen ist das die allgemein rechtsschiefe Verteilung. Es gibt viele Menschen mit geringem oder mittlerem Einkommen, ab 3.000 EUR Monatseinkommen nehmen die Häufigkeiten stark ab

und ab ca. 8.000 EUR finden wir langsam auslaufend wenige Hocheinkommensbezieher/innen. Zweitens ist eine besonders stark ausgeprägte Häufung am unteren Ende des Einkommensspektrums sichtbar. Dabei handelt es sich um geringfügig Beschäftigte, (Ferial) Praktikantinnen/Praktikanten und Saisonarbeitende, die nur wenige Monate gearbeitet haben. Dies ist ein gängiges Muster, welches in groben Zügen die Einkommensverteilung in den meisten entwickelten Volkswirtschaften beschreibt.

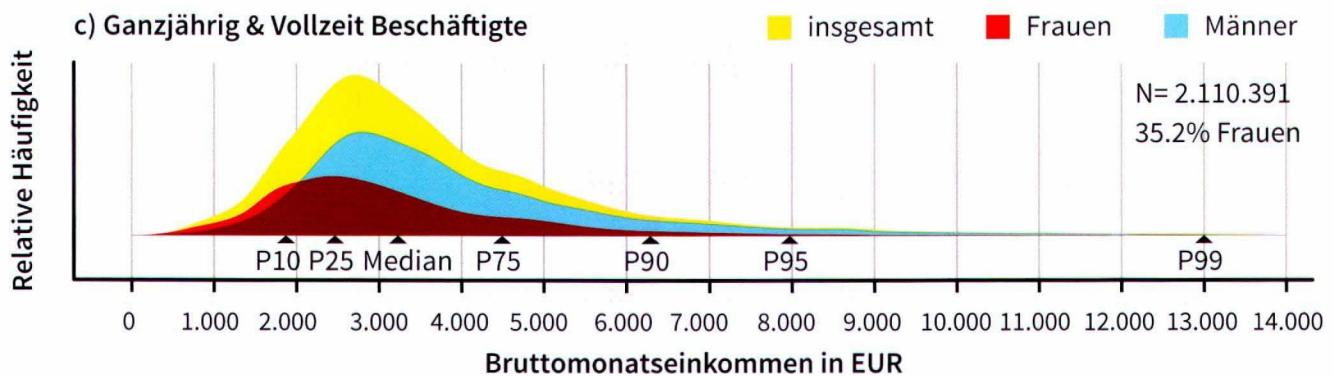
Es gibt deutliche Unterschiede zwischen der Einkommensverteilung von Frauen und Männern. Unterjährige Beschäftigung und Teilzeit sind dabei wichtige Erklärungsfaktoren.

Abbildung 6: Verteilung der Bruttomonatseinkommen 2014



¹⁴⁹ Gesamter Bruttobezug inkl. Sonderzahlungen geteilt durch die Anzahl der Wochen in Beschäftigung multipliziert mit der durchschnittlichen Anzahl von Wochen pro Monat.

13. ENTWICKLUNG UND VERTEILUNG DER EINKOMMEN



Quelle: Lohnsteuerstatistik (Daten), INEQ (Berechnung & Illustration)

Anmerkung: Die Grafik vergleicht die Häufigkeitsverteilung zwischen a) allen Beschäftigten, b) allen Beschäftigten bereinigt um unterjährige Beschäftigungsdauer und c) der Untergruppe der ganzjährig Vollzeitbeschäftigen für alle (Gelb) und getrennt für Frauen (Rot) und Männern (Blau). Je mehr Einkommen sich in einem bestimmten Bereich häufen, desto höher ist der Wert der Dichtefunktion. Im rechten Teil der Abbildung sind zusätzlich die jeweilige Anzahl an Personen (N) und der Anteil von Frauen angeführt.

Was ändert sich an diesem Bild, wenn wir um die unterjährige Beschäftigung bereinigen? Konkret wird dazu mithilfe der in Wochen angegebenen Informationen zur Bezugsdauer ein adaptierter Monatslohn berechnet¹⁵⁰, also ein fiktiver durchschnittlicher Monatslohn, der sich ergeben hätte, wenn alle Personen das ganze Jahr beschäftigt gewesen wären. Die Häufigkeitsverteilung in Abbildung 6b schiebt sich dadurch sichtbar nach rechts, in den Bereich von 2.000 EUR bis 3.000 EUR pro Monat. Alle Quantile¹⁵¹ wandern ein Stück weit nach oben, beispielsweise der Median von 2.195 EUR auf 2.355 EUR. Noch sichtbarer ist dies in der unteren Hälfte der Einkommensverteilung: Das 10. Perzentil springt in dieser Betrachtung von 200 EUR auf 600 EUR, das 25. Perzentil von 959 EUR auf 1.367 EUR. Auch der Gini-Koeffizient, an sich ein eher wenig reagibles Maß, reduziert sich deutlich von 0,448 auf 0,399. Wir sehen also, dass unterjährige Beschäftigungsverhältnisse einen Teil der in der Lohnsteuerstatistik gemessenen Ungleichheit erklären können.

Es ist weitgehend bekannt, dass Frauen in den meisten Bereichen des Erwerbslebens ein niedrigeres Einkommen als ihre männlichen Kollegen beziehen. Dies wird auch in Abbildung 6b klar ersichtlich, wenn die Häufigkeiten von Frauen und Männern über das Spektrum der Bruttobezüge miteinander verglichen werden. Der untere Teil der Einkommensbeziehenden setzt sich zu fast zwei Dritteln aus Frauen zusammen. Die Flächen der weiblichen Unselbstständigen sind hier deutlich höher als jene der Männer. Knapp unter dem Median, bei einem Monatsbezug von ca. 2.000 EUR herrscht annähernde Parität der beiden Geschlechter. Bei höheren Einkünften nimmt die Anzahl der angetroffenen Frauen jedoch rapide ab und sie sind in Folge bis in die obersten Einkommensbereiche hinein deutlich unterrepräsentiert. 75% der Männerinkommen liegen über dem Medianinkommen der Frauen (1.810 EUR). Dies gilt mit einer kleinen aber entscheidenden Abaktion ebenso auch umgekehrt: drei Viertel der Frauen verdienen weniger als der Median der Männer (2.830 EUR).

¹⁵⁰ Siehe Seite 250.

¹⁵¹ Hier sind mit Quantilen verschiedene Positionen in der Verteilung gemeint. Abbildung 6 verwendet exemplarisch das 10. Perzentil (untere 10%, P10), 25. Perzentil (P25), sowie die Perzentile 50 (Median), 75, 90, 95 und 99.

Die ausschließliche Betrachtung der Einkommensverteilung aller Beschäftigten insgesamt würde somit eine wesentliche Dimension der Ungleichheit verschleiern: Den strukturellen Einkommensunterschied zwischen Frauen und Männern.

Eine wesentliche Determinante dieser Ungleichverteilung der Bruttoeinkommen zwischen den Geschlechtern ist das signifikant unterschiedliche Ausmaß von bezahlter Arbeitszeit. Über 75% aller Teilzeitbeschäftigte sind Frauen - dass sich daraus direkt niedrigere Löhne und ein starkes Ungleichgewicht in der Einkommensverteilung ergeben, liegt auf der Hand. Eine für diese Frage hilfreiche Bereinigung der Einkünfte um die Anzahl der in Beschäftigung geleisteten Arbeitsstunden ist mit den Daten der Lohnsteuerstatistik nicht möglich. Eine etwaige Teilzeitbeschäftigung wird zwar in den Daten ausgewiesen, aber nicht genau definiert. Somit ist eine Unterscheidung zwischen einer Anstellung von zehn Wochenstunden und einer 30 Stundenwoche nicht möglich. Ein Ansatz, um den Effekt der Teilzeitbeschäftigung auf die Einkommensverteilung zu quantifizieren, ist die Beschränkung der betrachteten Bevölkerung auf die ganzjährig Vollzeitbeschäftigte.

In der Häufigkeitsverteilung von Abbildung 6c bricht durch die Einschränkung auf ganzjährig Vollzeitbeschäftigte das Einkommenssegment unter 1.500 EUR nahezu vollständig weg. Die Quantilspunkte verschieben sich durchschnittlich um 1.000 EUR nach oben. So liegt das 10. Perzentil in dieser Bevölkerungsgruppe bei 1.870 EUR, der Median bei 3.230 EUR und das 90. Perzentil bei 6.290 EUR. Die Einkommen sind in dieser Gruppe deutlich gleicher verteilt, der Gini beträgt 0,289. Doch selbst in dieser relativ homogenen Gruppe muss man das Einkommen des 90. Perzentils mehr als verdoppeln um zur unteren Grenze des obersten 1% zu gelangen (13.000 EUR). Ist dies nun die richtige Be-

trachtung der Einkommensungleichheit der Unselbstständigen? In der Regel nein, es kommt sehr stark auf den Blickwinkel und die Fragestellung an. Für die Untersuchung der Entwicklungen im Bereich der stabilen und nicht prekären Beschäftigungsverhältnisse ist sie ohne Frage sehr gut geeignet. Es sollte aber nicht aus den Augen verloren werden, dass es sich nur um einen Ausschnitt der Realität handelt. Es ist eine Untergruppe, die nur die Hälfte aller Beschäftigten (50,8%) umfasst. Deutlich wird dies auch in dem starken Rückgang der Fläche der Frauen in der Häufigkeitsverteilung, ihr Anteil geht hier von 47% auf 35% zurück.

Die Gruppe der stabilen Beschäftigungsverhältnisse (ganzjährig Vollzeit) umfasst nur die Hälfte der insgesamt 4 Mio. Beschäftigten.

13.4.1.2 Einkommen nach sozialrechtlicher Stellung

- Verteilung unter allen Arbeitenden relativ homogen, jedoch starke Unterschiede zwischen Frauen und Männern.
- Angestellte beziehen im Durchschnitt die höchsten Einkommen, zeigen aber auch die größte Streuung.
- Im öffentlichen Dienst finden sich die geringsten geschlechtsspezifischen Unterschiede.

Abbildung 7 vergleicht die Monatseinkommen der ganzjährig Vollzeitbeschäftigte nach den in der Lohnsteuerstatistik ausgewiesenen sozialrechtlichen Stellungen und Geschlecht. Mehr als 1,6 Mio. Menschen (40%) gehören der Gruppe der Arbeiter/innen an, 2 Mio. (47%) zu den Angestellten und 532.000 (13%) zu den öffentlich Bediensteten. In der letztgenannten Gruppe sind die Vertragsbediensteten und Beamtinnen/Beamten zusammengefasst.

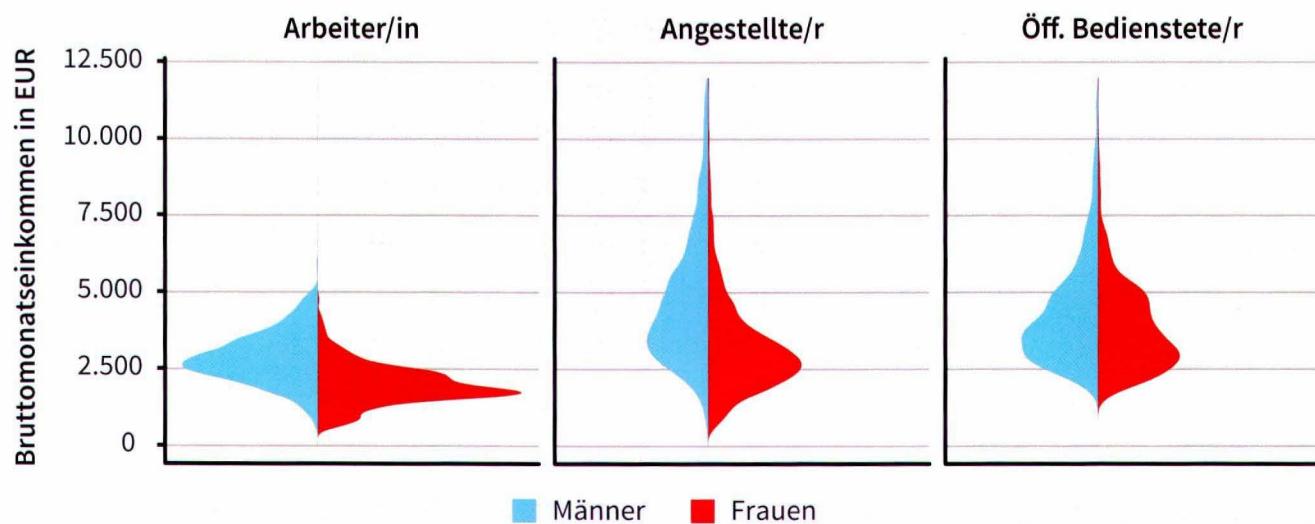
13. ENTWICKLUNG UND VERTEILUNG DER EINKOMMEN

Die Einkommen von Arbeiterinnen/Arbeitern liegen in der Regel unter den durchschnittlichen Bezügen der Gesamtpopulation. Auffallend ist hierbei, dass in dieser Gruppe nur vereinzelt monatliche Einkommen über 5.000 EUR erzielt werden. Weiters sticht der markante Unterschied der Häufigkeitsverteilung nach Geschlecht unter den Arbeiter/innen ins Auge. So liegen bei Frauen die Einkommen mit der größten Häufigkeiten trotz vergleichbarem Beschäftigungsumfang circa 1.000 EUR unter jenem der Männer.

Die Einkommen der Angestellten zeigen die größte Streuung. In der Grafik ist das durch die langgezogene Kurve erkennbar. Auch in dieser Gruppe fallen die Einkommen der Frauen hinter jene der Männer zu-

rück, jedoch nicht ganz so ausgeprägt wie unter den Arbeiterinnen/Arbeitern. Die Einkommen der Beamten/innen/Beamten und Vertragsbediensteten (4.190 EUR) liegen durchschnittlich über dem Vergleichswert aller unselbstständig Beschäftigten (3.850 EUR), jedoch unter jenem der Angestellten (4.520 EUR). Die Verteilung von Frauen und Männern im öffentlichen Dienst ist nahezu symmetrisch, nur im obersten Segment ab 7.000 EUR sind die Männer deutlich überrepräsentiert. Trotz dem ausgeprägten Auseinanderklaffen zwischen den Geschlechtern, sind die Einkommen unter den Arbeiterinnen/Arbeitern mit einem Gini von 0,183 am egalitärsten verteilt. Für die Angestellten ergibt sich ein Wert von 0,312, unter den öffentlich Bediensteten ist er 0,219.

Abbildung 7: Verteilung der Bruttomonatseinkommen der ganzjährig Vollbeschäftigte 2014 nach sozialrechtlicher Stellung



Quelle: Lohnsteuerstatistik (Daten), INEQ (Berechnung & Illustration)

Anmerkung: Die Abbildung stellt die relative Häufigkeit der Einkommen von Frauen und Männern nach sozialrechtlicher Stellung gegenüber. Je mehr Personen ein Einkommen in dem jeweiligen Bereich beziehen desto höher ist die Dichte an diesem Punkt.

Bis hierher können wir folgende Erkenntnisse aus der Analyse der Lohnsteuerstatistik 2014 festhalten. Die nicht unerhebliche Ungleichheit auf Ebene der Bruttojahreseinkommen kann zum Teil durch unterschiedli-

che Erwerbsintensitäten erklärt werden. Doch auch im relativ homogenen Sample der ganzjährig Vollzeitbeschäftigten verbleiben signifikante Unterschiede nach Geschlecht und sozialrechtlicher Stellung.

13.4.1.3 Entwicklung der Einkommensungleichheit

Für die Darstellung der Entwicklung der Einkommensungleichheit im letzten Jahrzehnt kehren wir nun wieder zu der ursprünglichen Betrachtungsweise mit allen Unselbstständigen zurück. Tabelle 2 zeigt wie sich eine Reihe von Verteilungsmaßen zwischen 2005 und 2014 entwickelt hat. Allgemein lässt sich die bedeutendste Veränderung im Zeitraum 2005 bis 2008 verorten, in dieser Periode zeigen alle Indikatoren eine Zunahme der Einkommenskonzentration an. So steigt der Gini in den Jahren vor der Weltwirtschaftskrise um 10% von 0,40 auf 0,44. Ein alternatives aber weniger bekanntes Verteilungsmaß ist der Theil-Index. Wie der Gini deutet auch ein höherer Wert des Theil eine höhere Ungleichheit an. Er reagiert aber sensibler auf Änderungen an den Rändern der Verteilung und steigt bis 2008 sogar um 20% von 0,29 auf 0,35. Der Einkommensanteil der

unteren 20% reduziert sich um 2 Prozentpunkte, die wiederum in den obersten 20% aufgeschlagen werden. Am drastischsten wird die Entwicklung vom Verhältnis des 80. und 20. Perzentils angezeigt, es steigt vom 3,6-fachen auf das fünffache an. Seit dem Jahr 2009 zeigen die Indizes nur noch einen moderaten Anstieg, die Einkommensungleichheit blieb mehr oder weniger konstant.

- Vor 2008 deutliche Zunahme der Einkommenskonzentration, seither relativ konstant.
- Anteil der Frauen sinkt vom 47% unter allen Beschäftigten auf 8% im obersten Promille.
- Das Oberste Tausendstel konnte Anteil an den Gesamteinkommen in letzten 10 Jahren um ca. 30% erhöhen.

Tabelle 2: Entwicklung der Einkommensverteilung (2005-2014)

| | 2005 | 2006 | 2007 | 2008 | 2009 | 2010 | 2011 | 2012 | 2013 | 2014 |
|-------------------------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|
| Allgemein | | | | | | | | | | |
| Gini | 0,40 | 0,40 | 0,43 | 0,44 | 0,44 | 0,44 | 0,45 | 0,45 | 0,45 | 0,45 |
| Theil ¹ | 0,29 | 0,30 | 0,36 | 0,35 | 0,36 | 0,35 | 0,37 | 0,36 | 0,37 | 0,37 |
| Punkt-Ratios | | | | | | | | | | |
| MW/Median ² | 1,16 | 1,16 | 1,16 | 1,17 | 1,16 | 1,16 | 1,17 | 1,17 | 1,17 | 1,16 |
| P80/20 | 3,63 | 3,68 | 4,72 | 4,94 | 5,31 | 5,12 | 5,52 | 5,70 | 5,76 | 5,67 |
| P99/50 | 4,52 | 4,39 | 4,79 | 4,80 | 4,90 | 4,87 | 4,96 | 4,89 | 4,94 | 4,95 |
| Anteile | | | | | | | | | | |
| 1. Quintil ³ | 3,5% | 3,45% | 2,42% | 2,26% | 2,12% | 2,20% | 2,04% | 2,01% | 1,95% | 1,97% |
| 2. Quintil | 11,49% | 11,34% | 10,22% | 10,10% | 9,77% | 9,86% | 9,66% | 9,54% | 9,53% | 9,54% |
| 3. Quintil | 17,28% | 17,25% | 17,16% | 17,15% | 17,13% | 17,13% | 16,98% | 17,03% | 17,04% | 17,13% |
| 4. Quintil | 23,75% | 23,97% | 24,11% | 24,16% | 24,33% | 24,39% | 24,42% | 24,61% | 24,54% | 24,58% |
| 5. Quintil | 43,96% | 43,99% | 46,10% | 46,32% | 46,65% | 46,41% | 46,89% | 46,81% | 46,95% | 46,78% |

Quelle: Lohnsteuerstatistik (Daten), INEQ (Berechnung & Illustration)

¹ Der Theil-Index ist ein alternatives Maß zum Gini-Index, das sensibler auf Änderungen an den Rändern der Verteilung reagiert. Wie der Gini deutet auch ein höherer Wert des Theil eine höhere Ungleichheit an.

² MW/Median – das Mittelwert/Median-Verhältnis ist ein simples Maß zur Messung von Ungleichheit, indem es die Durchschnittseinkommen ins Verhältnis zum Einkommen am 50. Perzentil (Median) setzt. Ein höherer Wert bedeutet, dass mehr Einkommen in der oberen Hälfte der Verteilung angesiedelt ist (der Durchschnitt steigt stärker als der Median) und somit, dass die Verteilung ungleicher ist.

³ Quintile teilen die Verteilung in fünf gleiche große Teile zu je 20% Bevölkerungsanteil. Man spricht dann vom „ersten Quintil“ (unterste 20%) bis hin zum „obersten Quintil“ (5. Quintil, die obersten 20%).

13. ENTWICKLUNG UND VERTEILUNG DER EINKOMMEN

Für die Entwicklung am obersten Rand der Verteilung wären Berechnungen auf Basis der 1% Stichproben der Lohnsteuerstatistik nur bedingt aussagekräftig, die Fallzahlen in der Stichprobe sind für die Analyse der obersten Einkommensbereiche zu klein. Eine Sonderauswertung des obersten Dezils von Registerdaten der Statistik Austria ermöglicht uns, hier belastbarere Zahlen diskutieren zu können (Statistik Austria 2016b). Im Jahr 2014 betrug der Einkommensanteil des obersten Dezils (Top 10%) 30,2% des gesamten Bruttoeinkommens. Doch auch innerhalb dieser Gruppe ist eine signifikante Konzentration an der Spitze zu bemerken. Der Anteil der Top 5% liegt bei 19,3%, jener des Top 1% bei 6,7% und der des obersten Tausendstels bei 1,7%. Im Durchschnitt sind die Einkommen im Top 1% somit ca. sieben-mal so groß wie unter der Gesamtbevölkerung, für das Top 0,1% liegt dieser Wert beim 17-fachen.

Die Zahlen beinhalten auch Evidenz für eine „gläserne Decke“, deren Überwindung Frauen auch im Jahr 2014

noch alles andere als leicht gemacht wird. Zur Erinnerung, der Anteil der Frauen an allen Unselbstständigen liegt bei knapp unter 50%, in der Untergruppe der ganzjährig Vollzeitbeschäftigen fällt er auf 35%. An der Spitze der Einkommensverteilung dünnst sich der Anteil an Frauen weiter aus. Im obersten Dezil liegt ihr Anteil bei knapp über 25%, im Top 1% bei 12% und im obersten Promille bei nur noch knapp über 8%.

Tabelle 3 zeigt die Veränderung der Einkommensanteile der obersten Einkommensgruppen für den Zeitraum 1996 bis 2014. Die Anteile der Top 10% und Top 5% sind bis vor 2004 nahezu konstant, steigen danach bis 2008 leicht an. Der Anteil des obersten Prozents entwickelt sich dynamischer und erhöhte sich in Relation zum Niveau des Jahres 1996 um mehr als 10%. Das oberste Promille, die Top 0,1%, konnten ihren Einkommensanteil im selben Zeitraum um ca. 30% vergrößern. Seit 2009 zeigen die Einkommensanteile einen leicht rückläufigen Trend und liegen nun in etwa beim Niveau des Jahres 2004.

Tabelle 3: Anteil der Top-Einkommen am Gesamteinkommen in Österreich (1996-2014)

| Jahr | Top 10% | Top 5% | Top 1% | Top 0,1% |
|--------------------------------------|--------------|--------------|--------------|---------------|
| 1996 | 29,50% | 18,72% | 6,27% | 1,31% |
| 1998 | 29,69% | 18,89% | 6,38% | 1,38% |
| 2000 | 30,02% | 19,17% | 6,58% | 1,51% |
| 2002 | 29,90% | 19,06% | 6,50% | 1,46% |
| 2004 | 30,37% | 19,42% | 6,77% | 1,65% |
| 2006 | 30,46% | 19,50% | 6,87% | 1,73% |
| 2008 | 30,62% | 19,67% | 7,00% | 1,79% |
| 2010 | 30,41% | 19,44% | 6,81% | 1,67% |
| 2012 | 30,57% | 19,58% | 6,89% | 1,72% |
| 2014 | 30,20% | 19,30% | 6,75% | 1,67% |
| Veränderung von 1996 bis 2014 | +2,4% | +3,1% | +7,8% | +27,6% |

Quelle: Statistik Austria (Daten), INEQ (Berechnung & Illustration)

Anmerkung: Bruttolohneinkommen ohne SV Beiträge

13.4.2 Entwicklung der Reallöhne

Vielleicht noch wichtiger für die individuelle Lebensrealität als die relative Position innerhalb der Einkommensverteilung ist die Veränderung der Konsummöglichkeiten, also die Lohnentwicklung bereinigt um die Veränderung des Preisniveaus¹⁵². Gemessen wird dies gemeinhin durch die von Statistik Austria berechnete Veränderung des Verbraucherpreisindex (VPI). Wenn sich allerdings nicht alle Preise im Gleichschritt verändern, hängt es von der Zusammensetzung des Güterbündels ab, inwiefern die/der Einzelne in der Gesamtbetrachtung von den Preisveränderungen betroffen ist (Fessler und Fritzer 2013; Statistik Austria 2016a). Wenn in Folge die Einkünfte mit der durchschnittlichen Inflation bereinigt werden, sollte berücksichtigt werden, dass die tatsächliche Situation wahrscheinlich noch ein Stück weit extremer ist als sie hier dargestellt wird. Im letzten Jahrzehnt waren es vor allem die Preise von Lebensmittel, Energie und Mieten, die überproportional gestiegen sind. Das sind jene Ausgabenkategorien, die tendenziell für untere Einkommensbeziehende eine größere Rolle spielen (vgl. dazu auch den Beitrag von Nadja Lamei u.a. „Lebensbedingungen, Armut und Einkommen in Österreich“). Die durchschnittliche Inflationsrate unterschätzt für diesen Teil des Einkommensspektrums mit großer Wahrscheinlichkeit die Veränderung des Preisniveaus. Die Reallohnentwicklung wird daher am unteren Ende zu positiv dargestellt, am oberen Ende hätten die niedrigeren Inflationsraten sogar noch stärkere Zuwächse der Konsummöglichkeiten zur Folge.

- Bis zur Jahrtausendwende stiegen Reallöhne über die Verteilung hinweg mit gleicher Rate an.
- Seit dem Jahr 2000 Stagnation der mittleren Einkommen, real haben niedrige Einkommen verloren, Einkommen über dem Median jedoch zugelegt.
- Unter den Männern tritt diese Spreizung im Vergleich zu den Frauen erst einige Jahre verzögert auf.

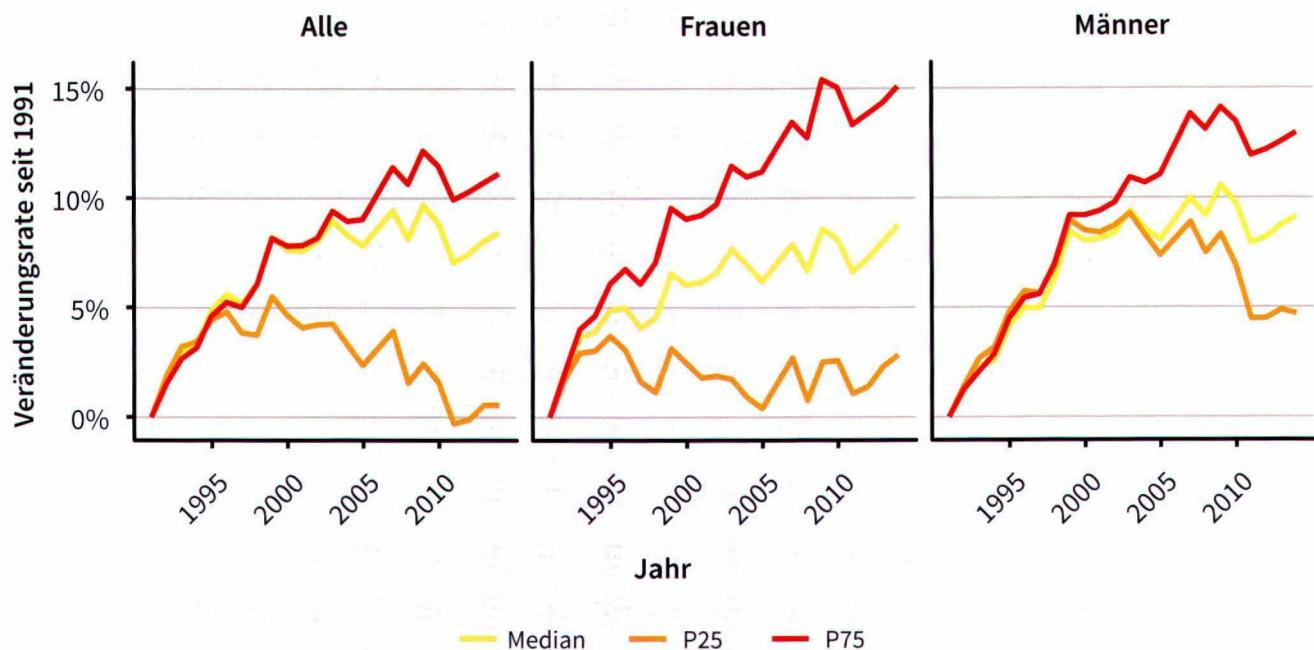
Auf Basis von Daten aus den Statistischen Handbüchern des Hauptverbands der Sozialversicherungsträger (HVS 1991–2014) ist es möglich, die Entwicklung der Reallöhne an unterschiedlichen Stellen der Einkommensverteilung seit dem Jahr 1991 nachzuzeichnen.¹⁵³ Eine wesentliche Einschränkung ist jedoch, dass es im Rahmen dieser Statistik nicht möglich ist, die durchschnittlich geleistete Arbeitszeit konstant zu halten. Abbildung 8 zeigt die prozentuelle Veränderung seit 1991 sowohl für alle Arbeiter/innen und Angestellten, als auch getrennt für Frauen und Männer. Bei den Männern lässt sich bis zum Jahr 1999 ein stetiger Anstieg der Reallöhne beobachten, im Vergleich zum Jahr 1991 ergibt sich ein sattes Plus von 9% über das gesamte Einkommensspektrum. Bis 2003 stagniert die Lohnentwicklung, danach spreizt sie sich auf. Am Median sind die realen Einkommen weiter unverändert, am 75. Perzentil legen sie jedoch um weitere 5 Prozentpunkte zu. Im unteren Teil der Einkommensverteilung geht es hingegen abwärts, ganz Besonders gilt dies für die Jahre 2009 und 2010. Seither stagnieren sie auf dem Niveau von +5% im Vergleich zum Jahr 1991.

¹⁵² Im Allgemeinen versteht man darunter die Abweichungen der Preise eines bestimmten Güterbündels, die nicht durch Veränderungen der Qualität der Güter ausgelöst wurde.

¹⁵³ In den Statistiken des Hauptverbands werden die Einkommen zwar nur bis maximal zur Höchstbeitragsgrundlage (HBGL) erfasst, unsere Analyse des 25., 50. und 75. Perzentils aller Beschäftigten ist davon allerdings nicht beeinträchtigt. In der Untergruppe der männlichen Angestellten über 40 Jahren liegt hingegen auch das 75. Perzentil über der HBGL, eine detailliertere Darstellung nach sozialrechtlicher Stellung wäre somit nicht ohne Weiteres möglich.

13. ENTWICKLUNG UND VERTEILUNG DER EINKOMMEN

Abbildung 8: Entwicklung der Reallöhne (1991-2014)



Quelle: Hauptverband (Daten), INEQ (Berechnung & Illustration)

Bei den Frauen tritt die Spreizung entlang der Einkommensverteilung schon früher ein. Während die realen Löhne am 25. Perzentil ab dem Jahr 1995 mit leichter Variation stagnieren, zeigen der Median und noch stärker das 75. Perzentil einen steigenden Trend. Obwohl die Reallöhne am 75. Perzentil der Frauen über die letzten beiden Jahrzehnte ein wenig stärker stiegen als am 75. Perzentil der Männer, sind die nominalen Einkommensunterschiede an diesem Punkt der Verteilung auch im Jahr 2014 immer noch beträchtlich. Betrachtet man Arbeiter/innen und Angestellte zusammen, ergibt sich eine monatliche Differenz von 1.152 EUR (Männer: 3.900 EUR vs. Frauen: 2.748 EUR), unter den Angestellten alleine sogar ein Wert von 1.974 EUR (Männer: 5.094 EUR vs. Frauen: 3.120 EUR).

In Summe bedeutet dies für die Gesamtbetrachtung beider Geschlechter seit dem Jahr 2000 eine Stagnation der Reallöhne in der Mitte der Einkommensverteilung und einen leichten Anstieg am 75. Perzentil. In der

unteren Hälfte der Einkommen sehen wir einen dynamischen Anstieg bis zum Jahr 1996, danach eine Phase der Stagnation und seit dem Jahrtausendwechsel einen stetigen Rückgang der realen Konsummöglichkeiten. Der starke Anstieg der Teilzeitbeschäftigung und befristeten Beschäftigungsverhältnisse von 13% im Jahr 1994 auf 28% im Jahr 2014 dürfte ein wichtiger Erklärungsfaktor für diese Entwicklung sein, das genaue Ausmaß des Effekts lässt sich auf Basis der Hauptverbandsdaten jedoch nicht quantifizieren.

13.4.2.1 Entwicklung der Reallöhne nach Altersgruppen

Tabelle 4 greift speziell die Gruppe der jungen Erwachsenen zwischen 20 und 30 Jahren heraus und vergleicht die Entwicklung der Reallöhne an verschiedenen Stellen der Einkommensverteilung in den Jahren 1991, 2000 und 2014. In der Mitte der Verteilung hat sich real zwischen 1991 und 2014 nur wenig verändert, der Saldo ist leicht positiv. Am Median der 20-24 Jähri-

gen geht es den Menschen daher heute – gemessen an ihren Konsummöglichkeiten – eine kleine Spur besser als den 20-24-jährigen vor einer Generation. Bei den 25-29-jährigen liegen diese Werte ein wenig höher, real sind ihre Monatslöhne um 4% höher als bei Gleichaltrigen vor einer Generation. Abseits vom Median wird eine deutliche Spreizung sichtbar. Die Personen am 25. Perzentil haben deutlich verloren (20 bis 24 Jährige: -8%, 25-29 Jährige: -3%), jenen am 75. Perzentil geht es heute besser (+5% bzw. +4%) als vor einer Generation. Auf ein ganzes Jahr hochgerechnet kann man die Entwicklung wie folgt zusammenfassen: Die 20-24-jährigen am 25. Perzentil haben im Vergleich nahezu ein

ganzes Monatseinkommen verloren, jene am 75. Perzentil fast 2/3 eines Monatseinkommens dazugewonnen. Die 25-29-jährigen am 25. Perzentil haben knapp ein Drittel eines Monatseinkommens verloren, jene am 75. Perzentil ca. die Hälfte eines Monatseinkommens dazubekommen.

- Auch in der Gruppe der jungen Erwachsenen zeigen sich unterschiedliche Entwicklungen.
- Während die Reallöhne der unteren Hälfte gesunken sind, haben jene oberhalb des Medians zugelegt.

Tabelle 4: Entwicklung der Reallöhne nach Altersgruppen (1991, 2000 & 2014)

| | | Jahr | Geschlecht | Absolute Differenz pro Monat (in EUR) im Vergleich zu 2014 | | | Relative Differenz im Vergleich zu 2014 | | | Absolute Differenz pro Jahr im Vergleich zu Monatslohn 2014 | | |
|---------------|------|--------|------------|--|--------|-------|---|--------|-------|---|--------|------|
| | | | | P25 | Median | P75 | P25 | Median | P75 | P25 | Median | P75 |
| 20 - 24 Jahre | 1991 | Alle | Alle | -117,6 | 27,8 | 127,9 | -8,1% | 1,4% | 5,1% | -90% | 17% | 65% |
| | 2000 | Alle | Alle | -207,5 | -94,9 | -15,4 | -14,3% | -4,8% | -0,6% | -150% | -55% | -7% |
| | 1991 | Frauen | Frauen | -133,1 | 34,1 | 110,8 | -10,4% | 1,9% | 5,0% | -113% | 24% | 63% |
| | 2000 | Frauen | Frauen | -223,7 | -77,2 | -25,4 | -17,5% | -4,4% | -1,1% | -178% | -50% | -14% |
| | 1991 | Männer | Männer | -119,3 | 97,8 | 143,7 | -7,1% | 4,4% | 5,3% | -79% | 55% | 67% |
| | 2000 | Männer | Männer | -220,7 | -32,3 | 10,0 | -13,1% | -1,4% | 0,4% | -139% | -17% | 4% |
| 25 - 29 Jahre | 1991 | Alle | Alle | -43,3 | 99,7 | 131,7 | -2,6% | 4,2% | 4,4% | -30% | 53% | 55% |
| | 2000 | Alle | Alle | -141,4 | -60,0 | -30,3 | -8,4% | -2,6% | -1,0% | -93% | -30% | -12% |
| | 1991 | Frauen | Frauen | 38,0 | 174,3 | 247,1 | 2,7% | 8,4% | 9,1% | 33% | 110% | 120% |
| | 2000 | Frauen | Frauen | -58,4 | 21,9 | 19,9 | -4,1% | 1,1% | 0,7% | -47% | 13% | 9% |
| | 1991 | Männer | Männer | -59,7 | 80,6 | 108,8 | -3,1% | 3,1% | 3,4% | -36% | 39% | 43% |
| | 2000 | Männer | Männer | -220,3 | -98,1 | -70,0 | -11,3% | -3,8% | -2,2% | -122% | -44% | -26% |

Quelle: Statistische Handbücher – Hauptverband der Sozialversicherungsträger (Daten), INEQ (Berechnung & Illustration)

Diese Entwicklungen werden wesentlich von der Dynamik im Zeitraum 1991 – 2000 geprägt. Nimmt man die Jahrtausendwende als Ausgangspunkt, so mussten

die Einkommen am Median und auch darunter teils kräftige Kaufkraftverluste hinnehmen, während die Reallöhne am 75. Perzentil stagnierten.

13.5 Zusammenfassung und Schlussfolgerungen

Dieser Beitrag hat sich zum Ziel gesetzt, Einkommensungleichheit als Phänomen mit vielschichtigen Facetten sichtbar und begreifbar zu machen. Dabei spielen sowohl die zeitliche Perspektive als auch die grundsätzliche Struktur von Einkommen und deren Verteilung eine zentrale Rolle. Die Bearbeitung dieses Vorhabens erfolgte dabei in drei Schritten, die aufeinander aufbauen und ein zunehmend detaillierteres und vollständigeres Bild von Einkommensungleichheit liefern sollen: Als Fundament der Analyse wurde die funktionelle Einkommensverteilung betrachtet, die auf die Ungleichheit zwischen den zwei zentralen Produktionsfaktoren „Arbeit“ und „Kapital“ fokussiert ist.

Sowohl für Österreich, aber auch für die anderen Länder der EU-15 zeigt sich dabei ein kontinuierlicher Rückgang der bereinigten Lohnquote seit Ende der 1970er Jahre. Ursachen dieser Entwicklung waren vor allem technologische Veränderungen hin zu kapitalintensiveren Produktionsmethoden sowie die negativen Auswirkungen der Globalisierung auf die Verhandlungsposition der Arbeitnehmer/innen. Einher ging diese Entwicklung aber auch mit hohen Erträgen in der Finanzbranche. Insgesamt hat in diesen drei Jahrzehnten die Bedeutung des privaten Nettovermögens (in Relation zum Bruttoinlandsprodukt) stark zugenommen – und dies bei gleichzeitig hoher Konzentration dieses Nettovermögens. Dadurch wurde die Verhandlungsposition des Faktors Kapital sowohl gegenüber den Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmern, aber auch gegenüber den nationalen sowie internationalen Organisationen im wirtschaftlichen Bereich bedeutend gestärkt.

In der Periode nach der Finanzkrise 2008–2014 konnte für zwölf Länder der EU-15 ein Anstieg der Lohnquote

festgestellt werden. Auch für Österreich zeigt sich, dass die bereinigte Lohnquote in der Periode 2008–15 um 4,0 PP auf 68,3% (Durchschnitt der Periode 2013–15) gestiegen ist. Aber dennoch lag sie 2015 noch immer 9 PP unter dem Wert der Jahre 1975–77. Diese Nachkrisen-Periode war gekennzeichnet durch ein relativ schwaches Wirtschaftswachstum, anhaltend hohe und steigende Arbeitslosigkeit, geringe Produktivitätszuwächse und bescheidenen unternehmerischen Erträgen, insbesondere im Produktionssektor.

Gegeben den Entwicklungen in dieser gesamtwirtschaftlichen Betrachtung, stellt sich die zentrale Frage, welche Auswirkungen diese Verschiebungen der Lohnquote auf die Verteilung von Einkommen auf Haushalte und Personen, also die personelle Verteilung, haben. Wie gezeigt wurde, bedarf die Beantwortung der Frage, ob eine Änderung in der funktionellen Verteilung Auswirkung auf die ökonomischen Verhältnisse zwischen Haushalten und Personen hat, einem detaillierteren Verständnis für die Einkommensverteilung. Dieses zu ermöglichen ist die Aufgabe von Kapitel 13.3, das untersuchte, wie Arbeits- und Kapitaleinkommen zwischen Haushalten verteilt sind.

Für die österreichischen Haushalte wurde dabei gezeigt, dass es einen wesentlichen Unterschied ausmacht, ob Lohneinkommen, Einkommen von Selbstständigen oder Kapitaleinkommen betrachtet werden. Hier musste in der Analyse speziell zwischen zwei Gruppen unterschieden werden, deren Verteilung sich deutlich voneinander unterscheidet. Zum einen sind dies Lohn- und Pensionseinkommen, die für Österreich umfangreich erforscht wurden. Es besteht zwar eine merkbare Ungleichheit, im internationalen Vergleich ist die Verteilung aber immer noch relativ egalitär. Auf der anderen Seite sind es Gewinn- (Betriebs-) und Kapitaleinkommen, die deutlich von diesem Bild abweichen. Sie sind extrem am obersten Rand der Ver-

teilung konzentriert, sodass de facto nur das oberste 1% signifikant von höheren Kapitaleinkommen profitieren kann.

Zudem variiert die sozioökonomische Struktur von Haushalten merklich über die Verteilung hinweg: Arbeitslosigkeit und (aktive) Erwerbsbeteiligung sind zentrale Faktoren für die eigene Position in der Verteilung, aber speziell auch Bildung führt dazu, dass Haushalte tendenziell in der oberen Hälfte der Verteilung aufzufinden sind. In Summe konnte so also gezeigt werden, dass Veränderungen in der funktionellen Verteilung höchst relevant für diese personelle Verteilung sind: Die Faktoren „Arbeit“ und „Kapital“, sowie die daraus resultierenden Einkommen sind stark unterschiedlich verteilt, sodass eine gesamtwirtschaftliche Verschiebung vom einen zum anderen Faktor in der Regel Auswirkungen auf die Ungleichheit zwischen Haushalten unterschiedlicher Einkommenshöhen und sozialer Zusammensetzung hat.

Noch einen tiefergehenden Schritt in die Analyse der Einkommen wagt Kapitel 13.4, in dem einzelne Einkommenskomponenten auf Personenebene und über die Zeit hinweg betrachtet werden. Dabei wurde gezeigt, dass die beobachtbare Ungleichheit eine Vielzahl von Bestimmungsgründen hat. Einerseits ist die Erwerbsbevölkerung sehr heterogen, speziell hinsichtlich der geleisteten Arbeitszeiten als auch der Erwerbsdauer: Sowohl unterjährig Beschäftigte als auch der große Anteil an Teilzeitbeschäftigten führen zu einer deutlichen Spreizung der Erwerbseinkommen. Doch auch für die relativ einheitliche Gruppe der ganzjährig Vollzeitbeschäftigten konnte immer noch eine bemerkenswerte Ungleichverteilung von Lohneinkommen festgestellt werden. Eine besonders zentrale Rolle nehmen in dieser Analyse Frauen ein, die nicht nur öfter von Teilzeitbeschäftigung betroffen sind, sondern auch nach sozialer Stellung deutliche Unterschiede zu

den Männern aufweisen. Speziell Arbeiterinnen finden sich deutlich häufiger in schlechter bezahlten Jobs als ihre männlichen Kollegen, selbiges gilt in geringerem Ausmaß auch für Angestellte. Lediglich im öffentlichen Dienst sind die Unterschiede zwischen den Geschlechtern einigermaßen vernachlässigbar.

Die personelle Betrachtung lässt zudem eine Analyse zu, die im Falle der Haushalte aufgrund mangelnder Daten (noch) nicht möglich ist: Die Beobachtung der Ungleichheit über die Zeit hinweg. Hier konnte gezeigt werden, dass die Verteilung der Lohneinkommen speziell von 2005-2008 deutlich ungleicher geworden ist, danach jedoch eher konstant blieb. Im selben Zeitraum haben sich speziell die Einkommensanteile der Top-Einkommen erhöht, eine Tendenz die mit steigendem Einkommen immer dramatischere Werte annimmt: Der Einkommensanteil des Top 0,1% stieg im Laufe des letzten Jahrzehnts um circa 30% an. Dies ist insofern bemerkenswert, als dass die Frauenanteile in diesen Einkommensgruppen stark abfallen, sodass diese Einkommenszugewinne nicht nur die Verteilung zwischen arm und reich beeinflussen, sondern speziell auch zwischen Männern und Frauen.

Diese Ergebnisse bringen somit deutlich zum Ausdruck, dass die Verteilung der Einkommen eine sehr komplexe Materie ist. Insbesondere wurde offensichtlich, dass die Entwicklung der Arbeitseinkommen alleine keine ausreichende Einschätzung der Wohlstandsentwicklung von Individuen und Haushalten ermöglicht. Nur durch die Miteinbeziehung der Kapitaleinkommen werden entsprechend valide Aussagen über die gesamte Einkommensverteilung und damit verbunden auch über Wohlstandseffekte möglich. Bei allen Analysen wird dabei deutlich, dass die Datenverfügbarkeit im Bereich von Kapitaleinkommen unzureichend ist. Insbesondere die Unmöglichkeit der personellen Zuordnung von endbesteuerten Kapitaleinkommen erschwert die Analyse.

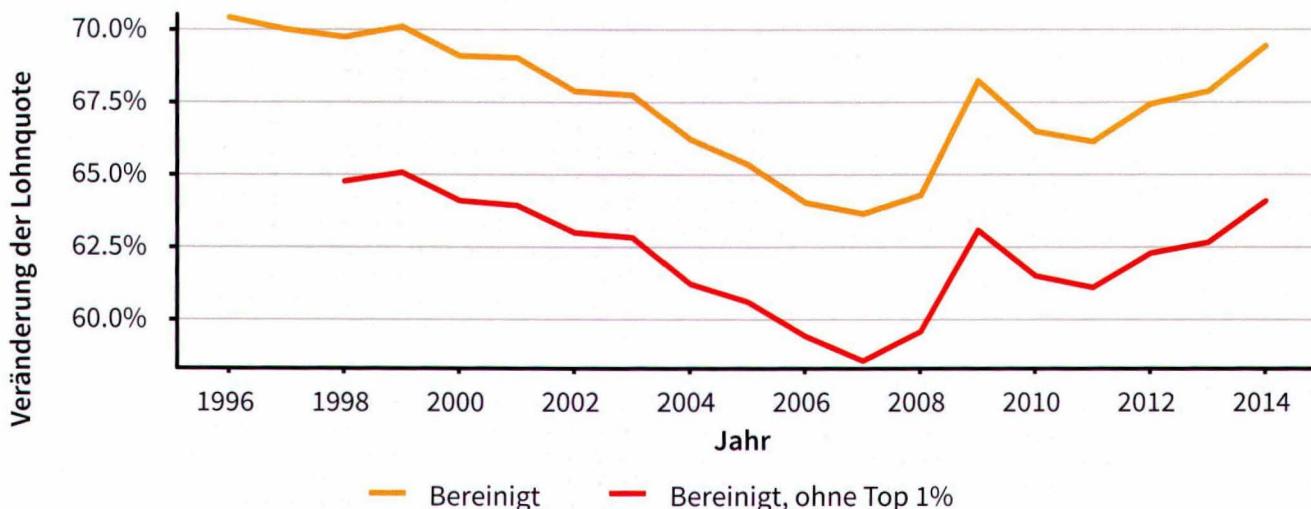
13. ENTWICKLUNG UND VERTEILUNG DER EINKOMMEN

Darüber hinaus sind jedoch auch Einschränkungen bei der Erfassung von Vermögensbeständen und den daraus erzielten Kapitaleinkommen – insbesondere im Top-Vermögensbereich – von großer Bedeutung.¹⁵⁴ Obwohl sich in dieser Hinsicht in den vergangenen Jahren – sowohl international als auch in Österreich – Verbesserungen gezeigt haben, wird deutlich, dass bei der Datenverfügbarkeit „Macht- und Interessensfaktoren“ mitwirken, welche jedoch sowohl für die wissenschaftliche Analyse als auch bei der Erarbeitung von effizienten wirtschaftspolitischen Maßnahmen äußerst hinderlich sind (vgl. dazu Nowotny 1979).

Hierbei spielt eine wichtige Rolle, dass die Einkommen der Top-1% zu einem großen Teil Einkommen von Spitzenmanagerinnen/-managern und leitenden Angestellten sind, aber auch Medien- und Sportstars. Da ein

Großteil dieser Personen einen Aufgabenbereich übernimmt, der unmittelbar der Verwaltung von Vermögensbesitz zuordenbar ist, müssten diese Einkommen eigentlich eher die Kategorie Gewinneinkommen als jener der Arbeitseinkommen zugeordnet werden. Aus diesem Grunde hat auch die OECD (2012) „bereinigte Lohnquoten“ berechnet, die die Einkommen der Top-1% exkludieren. Wir wollen daher abschließend eine derart „bereinigte Lohnquote“ auch für Österreich für die Periode 1996-2014 berechnen und verwenden dafür die Lohnsteuerstatistik. Wie aus Abbildung 9 ersichtlich wird, reduziert sich die so errechnete Lohnquote über den gesamten Zeitraum um ganze 5 PP. Der hohe Wert dieser Art von „bereinigter Lohnquote“ resultiert ausschließlich aus der enorm hohen Einkommenskonzentration am oberen Rand: 2014 erzielte das oberste 1% einen Einkommensanteil von 6,75%.

Abbildung 9: Bereinigte Lohnquoten für Österreich ohne Top 1% (1996-2014)



Quelle: Eurostat & Statistik Austria (Daten), INEQ (Berechnung & Illustration)

Anmerkung: Bereinigt um die Veränderung des Anteils der unselbstständig Beschäftigten an den Erwerbstätigen gegenüber dem Basisjahr 2010 (vgl. dazu Pkt. (1) in Kap.13.2.1).

¹⁵⁴ So weisen die Daten der Vermögenserhebung der OeNB ihren Top-Vermögenshaushalt mit 17 Mio. EUR aus. Vergleicht man dazu die TREND-Liste (<http://www.trendtop500.at/die-reichsten-oesterreicher/>) der 100 reichsten Österreicher und Österreicherinnen, wird dort der Haushalt auf Rang 100 mit einem Vermögen von 100 bis 300 Mio. EUR ausgewiesen. Die Top-0,0001% der Haushalte fehlen somit in der Erhebung der OeNB vollständig. Deren Vermögen alleine macht jedoch rund 10% des österreichischen Gesamtvermögens aus.

Welche wirtschaftspolitischen Empfehlungen lassen sich nun aus dieser Analyse ableiten? Zunächst muss der Appell an die politischen Entscheidungsträger/innen ergehen, dass es für Österreich höchst an der Zeit ist, Daten über die Arbeits- und Kapitaleinkommen administrativ einheitlich und jährlich für alle Individuen sowie auf Haushaltsebene gemeinsam zu erfassen. Rein technisch wäre dies kein Problem. Erst wenn der Forschung langfristige, standardisierte Zeitreihen zur Verfügung stehen, können detailliertere Untersuchungen über die Entwicklung der gesamten Einkommen und deren makroökonomischen Konsequenzen ange stellt werden.

Zumeist werden als Ursachen steigender Einkommensungleichheit sowie fallender Lohnquoten sowohl der technologische Wandel als auch die Globalisierung genannt. Um technologisch bedingte Einkommensungleichheit zu reduzieren, wird üblicherweise empfohlen das Qualifikationsniveau der gering qualifizierten Beschäftigten zu verbessern. Diese Forderung ist sicherlich angebracht, kann die Grundsatzproblematik der ungleichen Einkommensverteilung aber nicht lösen. Diese wird vor allem durch die extremen Einkommenszuwächse an der Spitze der Einkommenspyramide verursacht, eine Entwicklung der durch Qualifikation alleine sicherlich nicht entgegengewirkt werden kann. Um der hohen Kapitalkonzentration oder der exorbitanten Entlohnung von Spitzenmanagerinnen/ managern entgegenzuwirken, bedarf es somit wohl noch anderer Maßnahmen als einer Verbesserung der Bildung.

Wenn über Bildungspolitik und Ungleichheit gesprochen wird, dann sollte vor allem die große Bedeutung der vorschulischen Bildung hervorgehoben werden. In keiner Lebensphase werden die Wege zur Ungleichheit so drastisch gelegt bzw. verschärft wie im Vorschulalter; und in keiner Lebensphase kann der

Staat so stark, so effizient und so kostengünstig zum Ausgleich der (familiär bedingten) Ungleichheiten beitragen wie in dieser Phase (Altzinger et al. 2013; Heckman 2012).

Darüber hinaus gilt es insbesondere steuerliche Fragen neu zu regeln. Wenn – wie gezeigt wurde – ein Großteil der Ungleichheiten „kapital-bedingt“ sind, müssen steuerliche Maßnahmen insbesondere dort ansetzen. Dies bedeutet in erster Linie eine Steuer bei der Vermögensübertragung. Die Daten der OeNB lassen erwarten, dass der Vermögenstransfer über Erbschaften in den nächsten zwei Jahrzehnten von jährlich 12 Mrd. EUR (2015) auf über 20 Mrd. EUR (2035) ansteigen wird (Humer 2014). Es ist einfach vorherzusagen, dass diese bevorstehenden enormen Vermögenstransfers von zentraler Bedeutung für die zukünftige Erzielung und Verteilung von Kapitaleinkommen sein werden (vgl. dazu auch den Beitrag von Pirmin Fessler und Martin Schürz „Zur Mitte in Österreich“). Die Wiedereinführung einer Erbschaftsteuer ist daher dringlicher denn je.

Doch auch die direkten Steuern auf Einkommen bedürfen einer grundlegenden Reform. In Österreich herrscht eine ausgeprägte Schieflage zwischen Steuern auf Arbeit und Kapital. Dies drückt sich nicht zuletzt in der unterschiedlichen Besteuerung durch die Einkommensteuer, mit ihrem progressiven Tarif, sowie der Kapitalertragsteuer, mit ihrer niedrigeren Flat Tax Rate aus. Speziell unter dem Gesichtspunkt, dass ein Großteil der Bevölkerung fast ausschließlich auf Erwerbseinkommen angewiesen ist und nur eine kleine Elite signifikante Kapitaleinkommen erwirtschaften kann, muss die anonyme Einhebung der Kapitalertragsteuer überdacht werden und deren Niveau korrigiert werden. Dies könnte die Grundlage für eine Entlastung der Arbeitseinkommen bieten und somit den Konsum einer breiten Mehrheit der Bevölkerung stärken.

Last but not least muss aufgrund der weitreichenden technologischen Änderungen auch über die zentrale Frage „Who owns the robot?“ gesprochen werden. Diese Frage wurde von der US-amerikanischen Ökonomin Laura Tyson aufgeworfen (McKinsey Global Institute 2014) und bezieht sich auf die Thematik, dass die Kapitalintensität bei der Erstellung von Gütern und Dienstleistungen permanent zunimmt und somit auch die Rolle des Faktors Kapital an Bedeutung gewinnt. Zugleich wird jedoch eine Vielzahl an technischen Innovationen unter sehr aktiver Beteiligung und Unterstützung durch den öffentlichen Sektor im Bereich der Grundlagenforschung erst ermöglicht (Mazzucato 2013). Insofern erscheint es konsequent und logisch zu sein, dass dem öffentlichen Sektor auch ein stärkeres Mitwirkungsrecht bei der Gestaltung des technischen Fortschrittes eingeräumt wird (Atkinson 2015).

Wie Atkinson (2015) in seinem Buch „Inequality – What can be done?“ deutlich macht, kommt es nicht nur darauf an über Ungleichheit zu sprechen, die zentrale Frage ist welche politischen Ansatzpunkte es gegen ihren weiteren Anstieg und das damit verbundene politische Risiko gibt. Generell gilt für die Realisierung aller Vorschläge immer, dass dies eine Frage der Macht- und Kräfteverhältnisse ist.

13.6 Literatur

Altzinger, W., C. Berka, S. Humer und M. Moser (2012): „Die langfristige Entwicklung der Einkommenskonzentration in Österreich 1957-2009. Teil 2: Methodik und Ergebnisse“. In: Wirtschaft und Gesellschaft 38 (1), S. 77-102.

Altzinger, W., N. Lamei, B. Rumplmaier, und A. Schneebauer (2013): Intergenerationelle soziale Mobilität in Österreich. Statistische Nachrichten, 68 (1). pp. 48-62.

Alvaredo, F., A. B. Atkinson, T. Piketty und E. Saez (2013): „The Top 1 Percent in International and Historical Perspective“. In: Journal of Economic Perspectives 27 (3), S. 3-20.

Arpaia, A., E. Pérez und K. Pichelmann (2009): Understanding labour income share dynamics in Europe. European Economy Economic Papers 379. Brussels: European Commission.

Atkinson, A. B. (2009): „Factor shares: The principal problem of political economy?“ In: Oxford Review of Economic Policy 25 (1), S. 3-16.

Atkinson, A. B. (2013): „Ensuring social inclusion in changing labour and capital markets“. In: Economic papers 481), S. 1-64.

Atkinson, A. B. (2015): Inequality - What can be done? Harvard University Press.

Bach, S. (2012): Vermögensabgaben – ein Beitrag zur Sanierung der Staatsfinanzen in Europa, In: DIW Wochenbericht Nr. 28.2012, S. 3-11.

Bassanini, A. und T. Manfredi (2012): Capital’s grabbing hand? A cross-country/cross-industry analysis of the decline of the labour share. OECD Social, Employment and Migration Working Paper. Paris: OECD.

Bilek-Steindl, S. u.a. (2016): „Leichte Verbesserung der heimischen Konjunktur - Die österreichische Wirtschaft im Jahr 2015“. In: WIFO-Monatsberichte 89 (4), S. 227-300.

Breuss, F. (2007): Globalization, EU Enlargement and Income Distribution. WIFO Working Papers, No. 296.

- Chaloupek, G. (1977): „Die Verteilung der persönlichen Einkommen in Österreich.“ In: Wirtschaft und Gesellschaft 3), S. 9–22.
- Cingano, F. (2014): Trends in income inequality and its impact on economic growth. OECD Social, Employment and Migration Working Papers 163. OECD.
- Cowell, F. (2011): Measuring inequality. Oxford University Press.
- Dworkin, R. (1981): What is Equality? Part 2: Equality of Resources, in: Philosophy and Public Affairs.
- Fessler, P. und F. Fritzer (2013): „The Distribution of Inflation among Austrian Households“. In: Monetary Policy & the Economy, S. 12–28.
- Fessler, P., P. Mooslechner und M. Schürz (2012): Household Finance and Consumption Survey des Eurosystems 2010, Erste Ergebnisse für Österreich, In: Geldpolitik und Wirtschaft, 3, S. 26-67.
- Fitoussi, J.-P., A. Sen und J. Stiglitz (2010): Report by the Commission on the Measurement of Economic Performance and Social Progress.
- Freeman, R. B. (2015): Who owns the robots rules the world, IZA World of Labor, url: <http://wol.iza.org/articles/who-owns-the-robots-rules-the-world>.
- Friesenbichler, K., W. Hödl und K. Hödl (2015): „Cash-Flow-Quote gesunken – Die Ertragskraft der österreichischen Sachgütererzeugung 2014“. In: WIFO-Monatsberichte 88 (9), S. 719–729.
- Förster, M., A. Llena-Nozal und V. Nafilyan (2014): Trends in Top Incomes and their Taxation in OECD Countries. OECD Social, Employment and Migration Working Paper 159. OECD.
- Giovannoni, O. (2014): What do we know about the labor share and the profit share? Part III: Measures and structural factors. Economics Working Paper Archive 805. Levy Economics Institute. url: https://ideas.repec.org/p/lev/wrkpap/wp_805.html.
- Glyn, A. (2011): „Functional distribution and inequality“. In: Oxford Handbook of Economic Inequality. Hrsg. von W. Salverda, B. Nolan und T. M. Smeeding. Oxford: Oxford University Press.
- Guellec, D. und C. Paunov (2016): The Impacts of Innovation and ICT on Market Structures and on the Distribution of Income. OECD.
- Guger, A. und M. Marterbauer (2005): „Langfristige Tendenzen der Einkommensverteilung in Österreich“. In: WIFO Monatsberichte.
- Guger, A., C. Mayrhuber, und M. Scheiblecker (2014): Möglichkeiten zur Ermittlung und Systematisierung der Nicht-Lohn-Erwerbseinkommen und ihrer Verteilung in Österreich. WIFO Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung.
- Gusenleitner, R., Winter-Ebmer, R. und Zweimüller, J. (1998): „The distribution of earnings in Austria 1972–1991“, Allgemeines Statistisches Archiv 82, S. 275–290.

13. ENTWICKLUNG UND VERTEILUNG DER EINKOMMEN

- Heckman, J. (2012): Invest in early childhood development: Reduce deficits, strengthen the economy. Short summary. Heckman Equation project. url: <http://heckmanequation.org/content/resource/invest-early-childhood-development-reduce-deficits-strengthen-economy> (besucht am 10. Juni 2016).
- Humer, S. (2014): Aufkommen von Erbschaftssteuern. Modellrechnung exemplarischer Tarife. Wirtschaft und Gesellschaft 40 (1): 151-160.
- Humer, S., M. Moser, M. Schnetzer, M. Ertl und A. Kilic (2014): Sozioökonomische Charakteristika der Vermögensverteilung in Österreich. Materialien zu Wirtschaft und Gesellschaft 136. AK Wien.
- HVSV (1991-2015): Statistisches Handbuch. Hauptverband der Sozialversicherungsträger.
- Karabarbounis, L. und B. Neiman (2014): „The global decline of the labor share“. In: The Quarterly Journal of Economics 129 (1), S. 61-103.
- Keeley, B. (2015): Income Inequality - The Gap between Rich and Poor. OECD Publishing.
- Mazzucato, M. (2013): The Entrepreneurial State: Debunking Public vs. Private Sector Myths. Anthem Press.
- McKinsey Global Institute (2014): Automation, jobs, and the future of work. Interview with Laura Tyson and others. url: <http://www.mckinsey.com/global-themes/employment-and-growth/automation-jobs-and-the-future-of-work>.
- Nowotny, E. (1979): „Zur „Macht-losigkeit“ der Wirtschaftswissenschaft. Über einige Ursachen und Wirkungen“. In: Beiträge zur Diskussion und Kritik der neoklassischen Ökonomie. Hrsg. von E. M. u. E. N. Laski K. Berlin: Springer, S. 29-45.
- OECD (2008): Growing Unequal? Income distribution and poverty in OECD countries. Paris: OECD Publishing.
- OECD (2011): Divided We Stand: Why Inequality Keeps Rising. Paris: OECD Publishing.
- OECD (2012a): „Labour Losing to Capital: What Explains the Declining Labour Share?“ In: OECD Employment Outlook 2012. OECD Publishing.
- OECD (2012b): „Reducing income inequality while boosting economic growth: Can it be done?“ In: Economic Policy Reforms 2012: Going for Growth. OECD Publishing.
- OECD (2015): In It Together: Why Less Inequality Benefits All. Paris: OECD Publishing.
- OECD (2016): Economic Policy Reforms 2016: Going for Growth Interim Report. OECD Publishing.
- Ostry, J., A. Berg und C. Tsangarides (2014): Redistribution, Inequality, and Growth. Staff Discussion Notes 14/2. IMF. url: <https://www.imf.org/external/pubs/cat/longres.aspx?sk=41291>.
- Piketty, T. (2014): Capital in the Twenty-First Century. Cambridge, Massachusetts: Harvard University Press.
- Piketty, T. und G. Zucman (2014): „Capital is Back: Wealth-Income Ratios in Rich Countries 1700-2010“. In: The Quarterly Journal of Economics 129 (3), S. 1255-1310.

- Rawls, J. (1971): A Theory of Justice. Harvard University Press, Cambridge.
- Rechnungshof (2014): Einkommensbericht 2014. url: <http://www.rechnungshof.gv.at/berichte/ansicht/detail/einkommensbericht-20141.html>.
- Rechnungshof (2015): Einkommensbericht 2015. url: <http://www.rechnungshof.gv.at/berichte/ansicht/detail/einkommensbericht-20151.html>.
- Reich, R. (2016): Land ohne Hoffnung? Die USA und der Teufelskreis aus Geld und Macht. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, 9/2016, S. 51-62.
- Ricardo, D. (1817): On the Principles of Political Economy and Taxation. London: Library of Economics and Liberty. url: <http://www.econlib.org/library/Ricardo/ricP1.html>.
- Rocha-Akis, S. u.a. (2016): Umverteilung durch den Staat in Österreich. Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung.
- Roine, J. und D. Waldenström (2015): „Long Run Trends in the Distribution of Income and Wealth“. In: Handbook of Income Distribution. Hrsg. von A. Atkinson und F. Bourguignon. Bd. 2. Amsterdam: Elsevier.
- Rothschild, K. (2005): „New Worlds–New Approaches: A Note on Future Research Strategies“. In: Kyklos 58 (3), S. 439–447.
- Rothschild, K. (2009): Die große Chance für Reformen haben wir schon versäumt. Interview vom 16. Oktober. KORSO. url: <http://kORSO.at/content/view/4006/100/>.
- Saez, E. (2016): „Striking it Richer: The Evolution of Top Incomes in the United States (Updated with 2015 preliminary estimates)“. url: <http://eml.berkeley.edu/~saez/saez-UStopincomes-2015.pdf>.
- Sandmo, A. (2015): „The Principal Problem in Political Economy: Income Distribution in the History of Economic Thought“. In: Handbook of Income Distribution. Hrsg. von A. Atkinson und F. Bourguignon. Bd. 2a. Elsevier, S. 3–65.
- Statistik Austria (2016a): Persönlicher Inflationsrechner. url: http://www.statistik.at/persoenlicher_inflationsrechner/.
- Statistik Austria (2016b): „Unveröffentlichte Sonderauswertung der Integrierten Lohn- und Einkommensteuerstatistik“.
- Statistik Austria (2016c): Steuern und Sozialbeiträge in Österreich - Einnahmen des Staates und der EU. url: http://www.statistik.at/wcm/idc/idcplg?IdcService=GET_NATIVE_FILE&RevisionSelectionMethod=LatestReleased&dDocName=030947.
- Statistik Austria (2016d): Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen 1995–2015, Hauptergebnisse. url: http://www.statistik.at/web_de/services/publikationen/20/index.html?includePage=detailedView§ionName=Volkswirtschaftliche+Gesamtrechnungen&pubId=507.
- Steindl, J. (1958): „Die Stichtung der persönlichen Einkommen in Österreich“, WIFO Monatsbericht.
- Sen, A. (2009). The Idea of Justice. Harvard University Press, Cambridge.

13. ENTWICKLUNG UND VERTEILUNG DER EINKOMMEN

Stiglitz, J. (2012): *The Price of Inequality: How Today's Divided Society Endangers Our Future*, W. W. Norton & Company, New York.

Suppanz, H. und M. Wagner (1981): *Einkommensverteilung in Österreich, Ein einführender Überblick*, München.

Vermeulen, P. (2016); *Estimating the top tail of the wealth distribution*, European Central Bank, Working Paper Series, no.1907, May 2016.

Walterskirchen, E. (1979): *Die Entwicklung der Lohnunterschiede in Österreich*, in: *WIFO-Monatsbericht 1/1979*, S.9-22.

Pirmin Fessler

Martin Schürz¹⁵⁵

Österreichische Nationalbank

KAPITELVERZEICHNIS

| | |
|--|------------|
| 14. Zur Mitte in Österreich | 270 |
| 14.1 Einleitung | 270 |
| 14.2 Die Mitte in Österreich | 271 |
| 14.2.1 Definitionen der Mitte | 271 |
| 14.2.2 Einkommen, Konsum und Vermögen | 279 |
| 14.3 Charakterisierung einer gefährdeten Mitte | 282 |
| 14.4 Diskussion und Schlussfolgerungen | 287 |
| Literatur | 288 |
| Anhang | 290 |

¹⁵⁵ Österreichische Nationalbank, Abteilung für volkswirtschaftliche Analysen, pirmin.fessler@oenb.at, martin.schuerz@oenb.at. Die von den Autoren in der Studie zum Ausdruck gebrachte Meinung gibt nicht notwendigerweise die Meinung der Österreichischen Nationalbank oder des Eurosystems wieder. Wir danken Markus Marterbauer für seine Kritik.

14. ZUR MITTE IN ÖSTERREICH

Die Mitte der Gesellschaft ist eine zentrale Größe im gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Diskurs. Was unter Mitte der Gesellschaft verstanden wird, ist aber oft nicht dasselbe. Einerseits sieht sich eine große Mehrheit der Menschen in der Mitte verortet. Andererseits wird darunter höchst Unterschiedliches, etwa die Mittelschicht, die Mittelklasse, der Mittelstand, eine Wertegemeinschaft, ein bestimmtes Milieu oder ein bestimmtes Konsumverhalten verstanden.

Ausgehend von gängigen Definitionen in der sozialwissenschaftlichen Literatur, vertiefen wir das Verständnis von der Mitte in Österreich. Wir zeigen, dass die Mitte nach üblichen Definitionen sehr heterogen zusammengesetzt ist und Menschen mit unterschiedlichen Berufen, Qualifikationen, Einkommen und Vermögen umfasst. Eine besonders wichtige Unterscheidung innerhalb der Mitte besteht zwischen einer über Vermögen abgesicherten Mitte und einer Gruppe, die auf eine Absicherung durch den Wohlfahrtsstaat angewiesen ist. Die eine Gruppe wird durch Erbschaften begünstigt, die andere Gruppe kann durch eigene Sparleistungen kaum Vermögen aufbauen.

14.1 Einleitung

Die Diskussion über soziale Ungleichheit hat in den letzten Jahren an Schwung gewonnen. In der gesellschaftlichen Zeitdiagnostik spielt der Begriff der Mitte eine große Rolle. Debatten entzünden sich an der Frage, wie es der Mitte geht, ob sie wächst oder schrumpft und welche Ängste sie plagen (siehe Grabka 2016, PEW Research Center 2015). Damit einher geht eine Sorge um die soziale Stabilität der Gesellschaft. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) sieht die „Mitte als sensibles Zentrum der Gesellschaft“.

Die vormals drastischen Unterschiede der Lebensrealitäten der eigentumslosen Arbeiter/innen und der Besitzenden im 19. Jahrhundert näherten sich im 20. Jahrhundert immer mehr an und es entstand eine breite „Mittelschicht“ in den europäischen Wohlfahrtsstaaten. Ein sicheres Beschäftigungsverhältnis, ein Eigenheim - insbesondere am Land - in der Stadt eine leistbare Mietwohnung, ein Urlaub im Jahr, ein Auto und ein Fernseher und hin und wieder der Besuch von Gaststätten waren Kennzeichen dieser Mitte. Einbettet war dieser individuelle materielle Wohlstand in einem sozialstaatlichen Absicherungsrahmen hinsichtlich Gesundheit, Bildung und Alter. Gleichzeitig ging der Aufstieg der westlichen Mittelschicht einher mit einem Anstieg der Ungleichheit zwischen den Ländern. Ende des 20. Jahrhunderts waren 80% der Einkommensungleichheit zwischen Haushalten durch deren Wohnsitz in einem bestimmten Land statistisch erklärbar (Milanovic 2011).

Wer über Reichtum spricht bezieht sich gewöhnlich auf Vermögen, wer über Armut spricht hingegen meist auf Einkommen. Doch wie soll die Mitte beschrieben werden? Meist wird das Einkommen herangezogen, doch oft wird auch das Eigenheim als Kennzeichen der Mitte genommen.

In Kapitel 14.2 untersuchen wir die Mitte in Österreich. Wir verwenden zur Charakterisierung gängige Definitionen aus der Wissenschaft und zeigen potentielle Nachteile dieser methodischen Zugänge. In Kapitel 14.3 präsentieren wir ausgehend von den Empfehlungen der Stiglitz/Sen/Fitoussi Kommission (Stiglitz et al. 2009) einen dreidimensionalen Ansatz, um die Mitte in Österreich über Einkommen, Konsum und Vermögen zu charakterisieren. Dabei teilen wir die Mitte nach Einkommen und Konsum in eine vermögendere und eine weniger vermögende Mitte auf. In Kapitel 14.4 diskutieren wir die Ergebnisse und

ziehen Schlussfolgerungen für die Diskussion um die Mitte.

14.2 Die Mitte in Österreich

Die Rede von der Mitte ist normativ aufgeladen. Mit dem Bild zur Mitte in der Gesellschaft werden positive Assoziationen geweckt und es wird eine Abgrenzung zu Unten und zu Oben vorgenommen. Doch Mitte ist mehr als eine soziale Ortsangabe. Ihr Platz zwischen Unten und Oben ist ein besonderer. Der Mitte wird eine tragende und stabilisierende Rolle zugeschrieben. In ihr werden der soziale Ausgleich, die gesellschaftliche Integration und die Teilhabechancen verwirklicht und auch das Versprechen von Aufstiegsmöglichkeiten und sozialer Sicherheit und Statusgewinn wird durch die Mitte verkörpert. Vogel konstatiert: „Die Mittelschicht ist als soziale und wirtschaftliche Existenzform nicht zuletzt ein Produkt moderner Wohlfahrtsstaatlichkeit“ (Vogel 2011, S. 508). Gegeben der gängigen Definitionen der Ökonomie ist die mittlere Lage heute wichtiger als jene an den Rändern. Oben und Unten sind zahlenmäßig weniger Menschen vertreten als in der Mitte.

14.2.1 Definitionen der Mitte

In der sozialwissenschaftlichen Literatur lassen sich zwei Konzepte der Mitte unterscheiden: ein einkommensfokussiertes Konzept in der Ökonomie und ein breites soziologisches Konzept zur sozialen Schichtung.

Die in der ökonomischen Diskussion üblichen Definitionen der Mitte orientieren sich eng am Einkommen. Vorrangig aus Messbarkeitsgründen ist in der Ökonomie demnach ein eingeschränktes Verständnis von Mittelschicht anzutreffen. Es werden Einkommensgruppen festgelegt und es wird deren Veränderung über die Zeit beschrieben. Durch die Bestimmung der unteren und oberen Einkommensgrenzen werden un-

ausgesprochen auch Verständnisse von Armut und Reichtum vermittelt.

In der Soziologie hingegen wird ein breites Konzept befürwortet, welches neben dem Einkommen die berufliche Stellung und die Qualifikation einbezieht. Auch die Kultur der Mitte spielt eine Rolle. So speist sich historisch die Kultur der Mittelschicht aus bürgerlichen Werten der Familie, Pflicht und Ordnung. Auch Leistungsorientierung und Sparsamkeit werden der Mitte zugeordnet. Doch weder gibt es klare Berufe der Mitte noch ein eindeutiges Oben und Unten bei den Berufen. Innerhalb der Mitte finden sich schichtinterne Unterschiede aber auch schichtübergreifende Gemeinsamkeiten. Typische Denkweisen zur Abgrenzung der Mitte von Oben und Unten sind nicht vorhanden. Studien, die sich neuerdings wieder am Begriff der Klasse orientieren, nehmen sich noch Anspruchsvolleres vor (siehe The Great British Class Survey <http://www.bbc.co.uk/science/0/21970879>). Andererseits gibt es auch rezente Beispiele die lediglich die Bildungsabschlüsse zur Charakterisierung der Mitte heranziehen (Putnam 2015, Murray 2012).

Auch in Österreich wird die Diskussion zur Mitte von den üblichen Definitionen geprägt. Diese orientieren sich meist am Median des Nettoäquivalenzhaushaltseinkommens. Der Fokus auf das mit der OECD-Skala äquivalenzskalierte Einkommen stellt einen indirekten Bezug zum potentiellen Konsum her. Nach der OECD-Skala (OECD-modified scale, die in diesem Bericht auch als EU-Skala bezeichnet wird) geht der/die Hauptbezieher/in des Einkommens mit dem Faktor 1,0 in die Gewichtung ein, alle anderen Mitglieder des Haushaltes im Alter von 14 und mehr Jahren mit 0,5 und alle anderen mit 0,3. Zugrunde liegen zwei Annahmen. Erstens, dass Skaleneffekte bestehen, also dass pro Person weniger Einkommen benötigt wird, um denselben Lebensstandard zu haben, wenn es mehr

Personen im Haushalt gibt. Zweitens, dass Kinder unter 14 Jahren weniger benötigen als Erwachsene.

Tabelle 1 gibt einen Überblick zu ausgewählten Definitionen der Mitte, wie sie in der Ökonomie üblich sind.

Tabelle 1: Ausgewählte ökonomische Definitionen der „Mitte“

| Quelle | Institut | Variable | Bezeichnung | Definition |
|------------------------------|---|-----------|--------------------|--|
| Goebel et al. 2010 | Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung | Einkommen | Mittelschicht | 70-150% des Median Netto-äquivalenzeinkommens; Bedarfsgewichtet nach OECD-Skala |
| Grabka et al. 2016 | Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung | Einkommen | Mittelschicht | 67-200% des Median Bruttoeinkommens; Bedarfsgewichtet mit der Quadratwurzel der Haushaltsgröße |
| Ravallion 2010 | Weltbank | Einkommen | middle class | 75-125% des Median Netto-äquivalenzeinkommens |
| Atkinson und Brandolini 2011 | Oxford, Banca d'Italia | Einkommen | middle class | 75-125% des Median Netto-äquivalenzeinkommens |
| OECD 2014 | OECD | Einkommen | middle class | P20-P80 der Verteilung der Netto-äquivalenzeinkommen |
| Piketty 2013 | Paris School of Economics | Vermögen | middle class | P50-P90 der Verteilung der Nettovermögen |
| Sozialbericht 2016 | Statistik Austria | Einkommen | mittlere Einkommen | 60-180% des Median Netto-äquivalenzeinkommens ; Bedarfsgewichtet nach OECD-Skala |

Quelle: Eigene Darstellung. OeNB.

Auch in diesem Sozialbericht werden im Kapitel „Verteilung der Haushaltseinkommen und Lebensbedingungen in Österreich“, die „mittleren Einkommen“ von 60% bis 180% des Median des Nettoäquivalenzeinkommens definiert. Dies erschwert aber einen internationalen Vergleich, da in anderen Ländern meist auf symmetrische Definitionen zurückgegriffen wird, die entweder direkt an Perzentilen¹⁵⁶ orientiert sind und so die Mitte über die Zeit per Definition stabil halten, oder symmetrisch am Median ausgerichtet sind.

Vorab ist klar, dass jede Abgrenzung der Mitte auf sozialstatistischer Willkür beruht und Zweifel nach sich ziehen kann. In Folge einer Festlegung auf 75-175% oder 70-150% des Nettoäquivalenzeinkommens beginnt etwa die Oberschicht bereits bei relativ niedrigen Einkommen. Ein Lehrerehepaar mittleren Alters würde dann zur Oberschicht zählen. Im Verständnis der Bevölkerung sind Lehrer aber oft eine typische Berufsgruppe der Mittelschicht.

¹⁵⁶ Perzentile sind die Grenzwerte einer nach der Größe sortierten Verteilung in 100 gleich große Teile. Das 50. Perzentil ist der Median, der die Verteilung in zwei gleich große Segmente teilt und an dem 50% der Fälle unterhalb und 50% der Fälle oberhalb liegen.

Ein indirekter Zugang bei der Frage der Schichtzugehörigkeit kann bei den Interviewerinnen/Interviewern einer Erhebung ansetzen. Interviewer/innen können gefragt werden, zu welcher Schicht sie ihre Interviewpartner/in zählen. Die Interviewer/innen im HFCS 2014 etwa nehmen Einschätzungen zur Schichtzugehörigkeit der von ihnen befragten Haushalte vor. Der Vorteil dieser Fragevariante besteht darin, dass die Interviewer/innen ihre Einschätzung auf Basis ihrer Interaktion mit den Befragten treffen können, also nicht nur die Informationen aus dem Interview einfließen sondern auch der Eindruck von Lage und Wohnung, das Aussehen, die Mimik und die Körpersprache, aber auch das sprachliche Ausdrucksvermögen der/des Befragten. Ergebnis unserer Befragung ist, dass die Interviewer/innen sehr nahe an eine klassische 20%-60%-20% Einschätzung für die Größenordnungen von Unterschicht-Mittelschicht-Oberschicht kommen, wie sie etwa die OECD nach Nettoäquivalenzeinkommensquintilen verwendet.

Tabelle 2 zeigt das Ergebnis dieser Interviewer/inneinschätzung zur Schichtzugehörigkeit der Befragten und stellt sie der einkommensbasierten OECD-Definition der Mitte gegenüber. Rund 44% der von den Interviewerinnen/Interviewern als Unterschicht eingeschätzten Haushalte finden sich im untersten Einkommensquintil wieder, etwas über 50% sind aber tatsächlich im mittleren Einkommensbereich zu finden und rund 4% die als Unterschicht eingeschätzt werden, sind sogar im obersten Einkommensquintil. Die als Mittelschicht eingeschätzten rund 60% der Haushalte finden sich zu beinahe 70% auch in den drei mittleren Einkommensquintilen (= Mitte nach OECD-Definition). Mit rund 15% bzw. 16% finden sich ähnliche Größenordnung im unteren bzw. oberen Einkommensbereich wieder. Die von den Interviewerinnen/Interviewern als Oberschicht eingeschätzten Haushalte sind zu rund der Hälfte im oberen Einkommensquintil und zu rund der Hälfte in der Mitte zu finden.

Tabelle 2: Einschätzung der Interviewer/innen und einkommensbasierte OECD-Definition der Mitte

| | Anteile in % der Haushalte | Äquivalenzeinkommensgruppen | | |
|----------------------|----------------------------|-----------------------------|---------|----------|
| | | P1-P20 | P21-P80 | P81-P100 |
| Unterschicht | 23,1 | 44,3 | 51,3 | 4,4 |
| Mittelschicht | 59,4 | 15,2 | 68,5 | 16,2 |
| Oberschicht | 17,5 | 4,4 | 48,2 | 47,4 |

Quelle: HFCS Austria 2014. OeNB.

International durchgesetzt haben sich folgende zwei Ansätze zur Definition der Mitte:

1) Die Mitte wird über 75-125% des Nettoäquivalenzeinkommens festlegt (siehe Ravallion 2010 und Atkinson und Brandolini 2011). Die Begründung für die Wahl der unteren Grenze von 75% des Median lautet, dass ein Abstand zur Armutsschwelle, die bei 60% des

Median liegt, notwendig ist. Warum dies aber 15 Prozentpunkte und nicht 10 oder 20 sind, bleibt offen. Meist wird jedenfalls auf die quantitative Veränderung der Größe der Mitte fokussiert. Schrumpft oder wächst die Mitte oder bleibt sie stabil, ist dann die Forschungsfrage.

14. ZUR MITTE IN ÖSTERREICH

2) Der zweite international übliche Ansatz ist jener, der die Mitte vom 20. Perzentil bis zum 80. Perzentil der Nettoäquivalenzeinkommen definiert (OECD 2014). Durch die so fixierte Größe steht der Anteil der Mitte an den gesamten Einkommen im Mittelpunkt. Nach beiden Definitionen ist in Österreich die Mitte seit den 80er Jahren bis 2004 deutlich geschrumpft bzw. die Mitte hat deutlich an Einkommensanteil verloren (siehe Atkinson und Brandolini 2011).

In den USA (siehe PEW Research Center 2015) und auch in Deutschland (Grabka et al. 2016) wurden in den letzten Jahren auch Definitionen die auf die Bruttoäquivalenzeinkommen fokussieren, verwendet.

Üblicherweise wird aber bei Definitionen der Mitte auf das Nettoäquivalenzeinkommen Bezug genommen, denn damit sind potentielle Konsummöglichkeiten der Haushalte umfasst. Eine Definition der Mitte allein über den Konsum ist in der ökonomischen Literatur unüblich. Die für Entwicklungsländer üblichen Definitionen von Armut über bestimmte Absolutbeträge pro Tag in USD kommen einer Konsumorientierung aber sehr nahe.

Neben Einkommen und Konsummöglichkeiten existieren auch Definitionen, die auf das Vermögen abzielen. So fokussiert Piketty (2013) auf die vermögende Mittelschicht, jene 40% der Haushalte in der Nettovermögensverteilung die in einer Vermögensbetrachtung direkt über dem Median liegen (P50-P90). Diese Gruppe kann ihr Vermögen zur Absicherung verwenden und ihre Kinder finanziell unterstützen. Piketty argumentiert, dass der Vermögensaufbau kennzeichnend war für die in der 2. Hälfte des 20. Jahrhunderts entstandene Mittelschicht. Gab es zuvor nur sehr

reiche Haushalte und Haushalte mit kaum Vermögen, kam es durch die Weltwirtschaftskrise und die Zerstörungen von Vermögen im zweiten Weltkrieg zu einer relativen materiellen Nivellierung. Nachfolgend wurde durch eine starke Gewerkschaftsbewegung, eine progressive Besteuerung von Einkommen, einen bedeutamen staatlichen Sektor und Vollbeschäftigung das Entstehen einer Mittelschicht ermöglicht.

Eine Gemeinsamkeit aller vorhandenen Definitionen zur Mitte besteht darin, dass sie auf bestimmte Lebensbedingungen abzielen. Eine realitätsnahe und gesellschaftlich relevante Definition von Mitte müsste zusätzliche auch Habitus, Mentalität und Status beachten, da der Mitte oft ein bestimmter Lebensstil zugeschrieben wird.

Die Commission on the Measurement of Economic Performance and Social Progress (CMEPSP) (Stiglitz et al. 2009) hat in ihrem Report¹⁵⁷ dargelegt, dass bei Fragen nach den Lebensbedingungen ein multidimensionaler Zugang wichtig ist. Diese Multidimensionalität bedingt eine Vielzahl von Kombinationen zwischen Einkommen, Vermögen und Ausgaben für die privaten Haushalte der Mitte.

Ein hohes Einkommen kann mit hohem Vermögen und hohem Konsum zusammengehen. Ein Beispiel wäre ein/e Selbstständige/r mittleren Alters. Aber auch ein niedriges Einkommen in Verbindung mit einem hohen Vermögen und einem niedrigen Konsum ist denkbar. Beispiel wäre ein/e Student/in, der eine Immobilienbergschaft antritt. Ihr/Sein geringes Einkommen und niedriges Konsumniveau ist temporär für die Lebensphase der Ausbildung. Meist wird das Einkommen

¹⁵⁷ Die Commission on the Measurement of Economic Performance and Social Progress (CMEPSP) war eine Kommission von Expertinnen/Experten, die im Auftrag der französischen Regierung untersuchte, mit welchen Mitteln sich Wohlstand und sozialer Fortschritt messen lassen, ohne sich einseitig auf Einkommensgrößen wie das Bruttosozialprodukt zu stützen.

über den Lebenszyklus schwanken und in der Mitte sollten eher Menschen mittleren Alters vertreten sein. Doch auch hochverschuldete Haushalte mit mittlerem Einkommen und niedrigem Konsum sind denkbar. Diese Vielzahl an Möglichkeiten in der Wirklichkeit zeigt von vornherein die Schwächen abstrakter eindimensionaler Zugänge zur Bestimmung der Mitte.

Zentrale Empfehlung der CMEPSP von Stiglitz, Sen und Fitoussi, die mittlerweile in die Arbeit fast aller nationalen Statistikinstitute und vieler staatlicher und privater Organisationen einfließt, ist daher, Einkommen, Konsum und Vermögen auf Haushaltsebene zu betrachten. Zudem sollen die Verteilungen dieser drei Größen berücksichtigt werden, und insofern möglich, auch ihre gemeinsame Verteilung auf Haushaltsebene analysiert werden. Ein solches konzeptuelles Anliegen von Multidimensionalität der Mitte ist praktisch schwer umzusetzen, weil kaum entsprechende Datensätze zur Verfügung stehen. EU-SILC ist etwa auf Einkommen und Konsum konzentriert und in der Konsumerhebung fehlen Angaben zum Vermögen.

2006, zwei Jahre vor Ausbruch der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise, initiierte die Europäische Zentralbank (EZB) mit dem Household Finance and Consumption Network (HFCN) einen Zusammenschluss von Statistikerinnen/Statistikern, Notenbankexperten/-expertinnen und ausgewählten Ökonominnen/Ökonomen. Zentrale Aufgabe des HFCN war es, harmonisierte Daten zu den Haushaltsbilanzen der privaten Haushalte im Euroraum zu erheben. Bis zu diesem Zeitpunkt waren keine Mikrodaten auf Haushaltsebene zu Vermögen und Verschuldung im Euroraum verfügbar.

Wenngleich EU-SILC für Einkommen und die Konsumerhebung für Konsum deutlich detailliertere Daten beinhalten erlaubt der HFCS (www.hfcs.at) es erstmals, alle in Tabelle 1 dargestellten und besprochenen Definitionen gemeinsam anzuwenden.

Wenn wir in dieser Studie von Einkommen sprechen meinen wir das mit der OECD-Skala¹⁵⁸ gewichtete Nettoäquivalenzeinkommen. Als Konsumvariable verwenden wir die typischen monatlichen Ausgaben für Güter und Dienstleistungen, exklusive Mieten und Kreditrückzahlungen und exklusive langlebiger Konsumgüter. Auch den Konsum gewichten wir mit der OECD-Skala zum Äquivalenzkonsum. Wir verwenden diese Konsumdefinition weil sie am ehesten von denen im HFCS verfügbaren Variablen die Lebensverhältnisse der in den Haushalten lebenden Personen widerspiegelt. Das Nettovermögen setzt sich zusammen aus Sach- und Finanzvermögen weniger Verschuldung. Beim Sachvermögen sind für die Mitte insbesondere Immobilien und Autos von Bedeutung. Beim Finanzvermögen hauptsächlich Giro- und Sparkonten sowie Bausparverträge und Lebensversicherungen (siehe Anhang für detaillierte Definitionen).

Wird die Vielfalt der wissenschaftlichen Möglichkeiten von Definitionen zur Mitte in Österreich angewandt, zeigt sich, dass nur 19,2% der Haushalte auf Basis der HFCS Daten in allen Definitionen der Mitte vertreten sind. Tabelle A1 im Anhang zeigt diese Überlappungen, wobei 1 eine Zugehörigkeit zur Mitte und 0 keine Zugehörigkeit nach der jeweiligen Definition bedeutet. Zeile 2 zeigt jene 19,2% der Haushalte an, die nach allen Definitionen zur Mitte gehören. Das bedeutet, dass je nachdem welche Definition der Mitte verwendet wird,

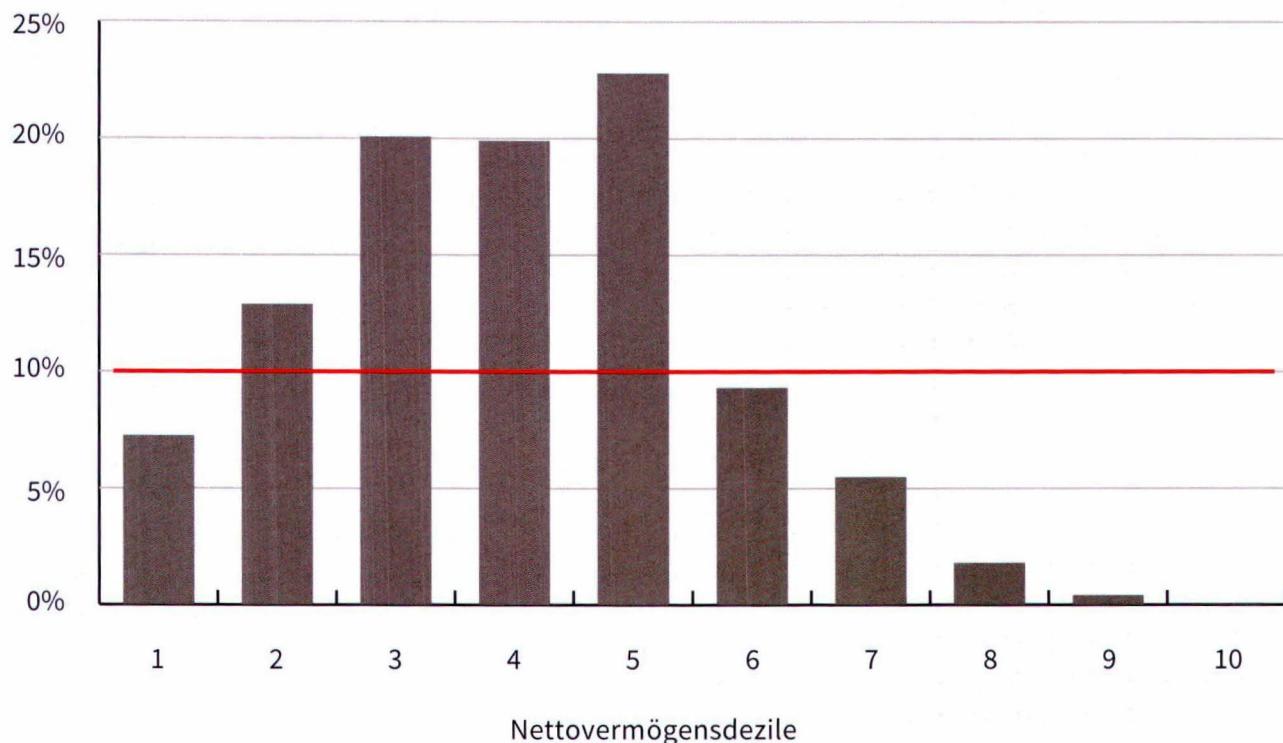
¹⁵⁸ Ein illustratives Beispiel: Hat ein 3-Personen-Haushalt mit 2 Erwachsenen und einem Kind ein Nettoeinkommen von 1800 EUR ist das Nettoäquivalenzeinkommen $1800/(1+0,5+0,3)=1000$ EUR, das Einkommensniveau dieser Familie entspricht dem eines Einpersonenhaushalts mit 1000 EUR Nettoeinkommen ($1000/1=1000$).

über ganz unterschiedliche Haushalte geredet wird. Wir können schlussfolgern, dass die große Mehrheit (91%) in einer bestimmten Abgrenzung zur Mitte gezählt werden kann, da nur 8,7% der Haushalte nach keiner der üblichen Definitionen zur Mitte gehören (siehe Tabelle A1 im Anhang, Zeile 3) Demnach gäbe es nur wenige Haushalte, die Unten oder Oben in der gesellschaftlichen Hierarchie stehen. Dies entspricht auch medialen Debatten, wo nur besonders prekarisierte oder elitäre gesellschaftlichen Gruppen nicht zur Mitte gezählt werden. Eine Mitte, zu der fast alle zählen, verliert aber viel an Aussagekraft, weil ihr die Trennschärfe fehlt.

Zudem wird die Mitte in sozialwissenschaftlichen Analysen oft isoliert betrachtet. Damit einhergehend werden die Begriffe Oberschicht und Unterschicht in Debatten weitgehend vermieden. Oberschicht ist in der öffentlichen Wahrnehmung zu sehr mit Privilegien konnotiert und Unterschicht wird mit Diskriminierungen verbunden. Die isolierte Betrachtung der Forschungseinheit Mitte vermeidet implizite Wertungen aber nicht, sondern versteckt diese nur besser. Wer etwa die Werte der Mitte begrüßt, kritisiert implizit die Haltung der Unter- und/oder Oberschicht.

Eine statistische Klassifikation von Unten, Mitte und Oben der Gesellschaft ist nur ein methodischer Zugang zur Frage nach der gesellschaftlichen Mitte. Eine Alternative ist zur sozialen Ortsbestimmung in der Gesellschaft Menschen direkt zu befragen. Wie nehmen sie selbst ihre Stellung in der Gesellschaft wahr? Eine Frage im HFCS zielt auf die Wahrnehmung der eigenen Position in der Vermögensverteilung, woraus sich Rückschlüsse über Vorstellungen zur Mitte in Bezug auf das Vermögen ableiten lassen: „Wenn Sie das gesamte Nettovermögen Ihres Haushalts in Betracht ziehen, was denken Sie, in welchem Bereich der Verteilung Sie sich befinden? Bitte ordnen Sie sich einer der Kategorien von 1 bis 10 zu, wobei sich die 1 auf die niedrigsten 10% und 10 auf die höchsten 10% der Haushaltsvermögen in Österreich beziehen.“ Einerseits zeigt sich ein geringes Wissen über die Verteilung der Vermögen in Österreich. Es ist für Menschen offenkundig schwierig, sich mit dem eigenen Vermögen richtig in der Vermögensverteilung einzuordnen. Und andererseits sinkt die Wahrscheinlichkeit einer richtigen Positionierung von Unten nach Oben in der Verteilung beträchtlich. Im 7. Dezil treffen nur mehr 3,2% Personen eine richtige Zuordnung. Und im obersten Dezil schätzt dann niemand mehr, die eigene Vermögensposition richtig ein und alle drängen Richtung Vermögensmitte (siehe Grafik 1 sowie Fessler, Lindner und Schürz 2016).

Grafik 1: Selbsteinschätzung in Nettovermögensdezile, in % der Haushalte



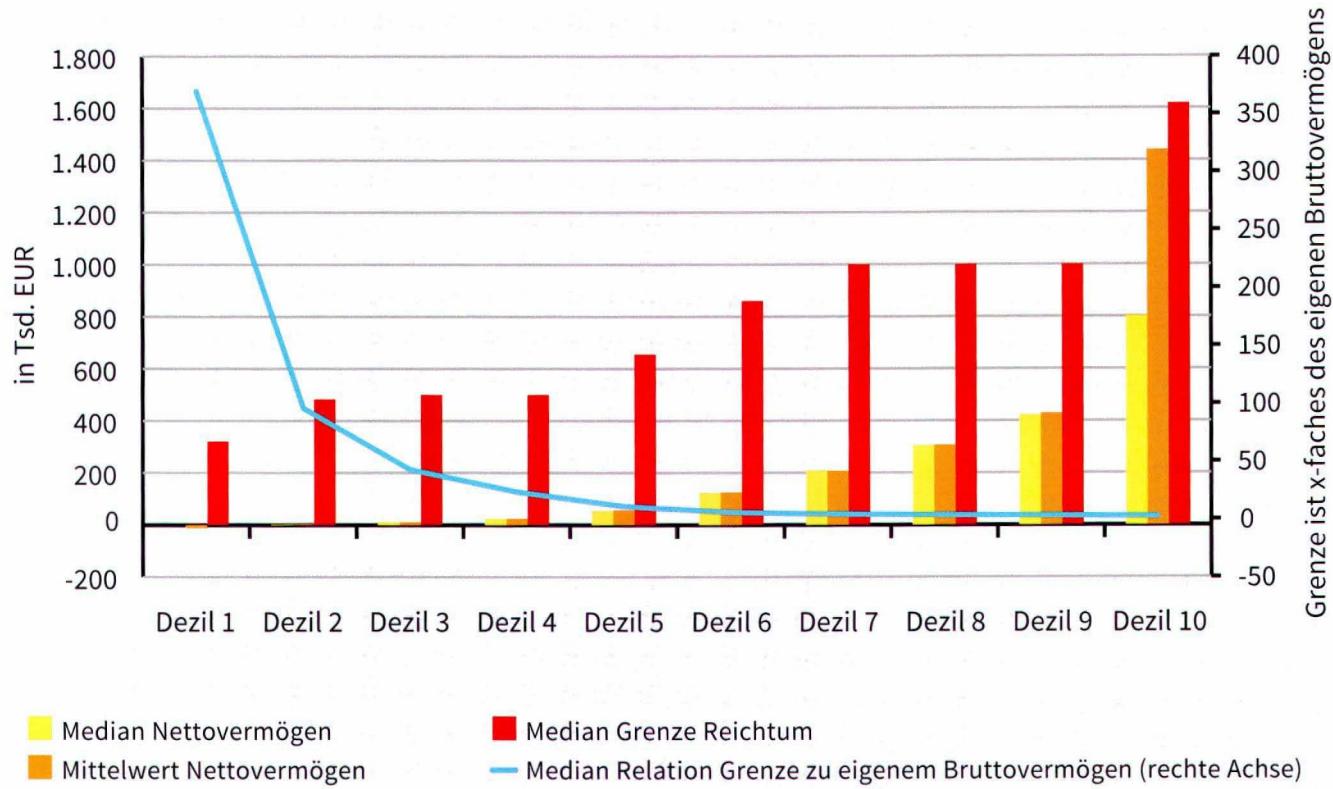
Quelle: HFCS Austria 2014, OeNB.

In den Selbstwahrnehmungen der Bevölkerung verorten sich demnach viele fälschlich in der Mitte. Die wahrgenommene Vermögensungleichheit in Österreich liegt folglich weit unter der gemessenen Ungleichheit. Und dies obwohl die im HFCS gemessene Vermögensungleichheit die tatsächliche Ungleichheit bereits beträchtlich unterschätzt (Vermeulen 2016). Wird aber die ungleiche Wirklichkeit gleicher wahrgekommen als sie tatsächlich ist, so verfälscht dies auch die Präferenzen der Bevölkerung in der Wirtschaftspolitik und insbesondere in der Fiskalpolitik bei Fragen der Vermögensbesteuerung.

Neben einer relativen Positionierung des Haushaltvermögens in der Vermögensverteilung kann auch nach den Größenordnungen in EUR gefragt werden. In der 2. Welle des HFCS findet sich die Frage: „Ab welchem Haushaltvermögen würden Sie persönlich einen Haushalt als reich bezeichnen?“. Bis zu dieser Grenze sehen die Menschen folglich nur arme Haushalte oder der Mitte zugehörige Haushalte. Die subjektive Reichtumsschwelle steigt mit dem Vermögen kontinuierlich an (siehe Grafik 2). Wird Reichtum im ersten Dezil noch mit einem Wert von rund 320.000 EUR festgelegt, so sind es im obersten Dezil rund 1,6 Mio. EUR.

14. ZUR MITTE IN ÖSTERREICH

Grafik 2: Ab wann beginnt Reichtum?



Quelle: HFCS Austria 2014. OeNB.

Je vermögender jemand ist, desto höher setzt sie/er die subjektive Grenze von Reichtum an. Als reich sehen sich sogar im Top-Dezil nur ganz wenige vermögende Haushalte. Reichtum vermuten Reiche bei jenen, welche noch ein wenig mehr an Ressourcen als sie selbst haben. Aus Sicht der Vermögenden ist die Mitte folglich viel breiter als aus Sicht der Ärmeren. Aus Sicht des untersten Dezils würden fast 1 Mio. Haushalte zu den Reichen (1/4 der gesamten 3,9 Mio. Haushalte) zählen, aus der Perspektive des obersten Dezils sind es hingegen nur rund 55.000 Haushalte (siehe Tabelle 3). Laut der im HFCS beobachteten Verteilung halten die Vermögendsten 1% in Österreich rund ein Viertel des ge-

samten Nettovermögens. Dabei handelt es sich jedoch um eine starke Unterschätzung, da es in Vermögenserhebungen aus verschiedenen Gründen zu einem starken Mittelschichtsbias kommt¹⁵⁹ (siehe Fessler, Lindner und Schürz 2016). Aktuelle Schätzungen gehen tatsächlich von bis zu 34% Anteil des tatsächlich vermögendsten 1% aus (Vermeulen 2016).

Folglich laufen die Wahrnehmungen in der Bevölkerung zur Mitte weit auseinander. Und diese Wahrnehmungen sind nicht zufällig verteilt über die Allgemeinheit. Auch ist es nicht fehlendes Wissen, welches Bilder zur Mitte prägt, sondern die Höhe des eigenen

¹⁵⁹ Das liegt einerseits daran, dass vor allem sehr vermögende Haushalte nur schwer über freiwillige Erhebungen zu erreichen sind bzw. die Teilnahme verweigern. Andererseits ist es darin begründet, dass tendenziell Vermögende eher dazu neigen Vermögen zu „vergessen“ oder nicht anzugeben. Auch besonders arme Haushalte sind schwerer zu erreichen bzw. überschätzen ihre Vermögenswerte.

Vermögens bestimmt die Wahrnehmung der Mitte. Und auch wer erbt, sieht Reichtum erst bei substantiell höheren Werten beginnen. Folglich wird eine zahlenmäßig größere Mitte wahrgenommen und die Gruppe von Reichen macht dann gerade mal nur 3,3% aus. Aus den Angaben der Haushalte im obersten Nettovermögensdezil zu Reichtum ergibt sich sogar eine Gruppe von nur 1,4% Reicher.

Für öffentliche wirtschaftspolitische Debatten zur Ungleichheit, die von medialen Interventionen von vergleichsweise einkommens- und vermögensstarken Personen geprägt sind, bedeutet dies, dass die

privaten Vermögenshintergründe von Politikerinnen/Politikern und Journalistinnen/Journalisten, von Relevanz sind, weil diese subjektiv die Mitte weit nach oben reichen lassen. Journalistinnen/Journalisten beschreiben Immobilien im Wert von mehreren hunderttausend Euros als Eigenheime der Mitte, obwohl es de facto die Immobilien der Oberschicht sind. Und in der Wirtschaftspolitik werden bei etwaigen Vorschlägen zu einer Erbschafts- oder Vermögenssteuer sehr hohe Freibeträge gewählt mit dem Argument, man wolle nicht die Mitte treffen. In Wirklichkeit wären nur Personen aus den obersten Perzentilen der Vermögensverteilung betroffen.

Tabelle 3: Ab welchem Haushaltsvermögen würden Sie persönlich einen Haushalt als reich bezeichnen?

| | Median in Tsd. EUR | als reich wahrgenommene Haushalte in % | Anzahl in Tsd. |
|--------------------------------------|-----------------------|---|----------------|
| Insgesamt | 800 | 5,0 | 192,5 |
| Erben | 1.000 | 3,3 | 129,3 |
| Nicht Erben | 500 | 10,8 | 416,9 |
| Eigentümer des Hauptwohnsitz | 1.000 | 3,3 | 129,3 |
| Mieter | 500 | 10,8 | 416,9 |
| Unterstes Nettovermögensdezil | 321 | 23,6 | 911,8 |
| Oberstes Nettovermögensdezil | 1.618 | 1,4 | 55,4 |

Quelle: HFCS Austria 2014. OeNB.

14.2.2 Einkommen, Konsum und Vermögen

Die Vielfalt in der Mitte lässt sich bereits allein anhand der drei Variablen Einkommen, Konsum und Vermögen erkennen. Werden analog zur OECD-Definition¹⁶⁰ jeweils die mittleren 60% als Mitte definiert zählen nur 27% in allen drei Dimensionen zur Mitte und über ein Viertel (9,7% + 8,6% + 7,0%) zählen nach jeweils nur einem Kriterium zur Mitte (siehe Tabelle A2 im Anhang):

so sind 9,7% nur dem Konsum nach nach den mittleren 60% in Österreich zugehörig. Weitere 8,6% zählen dem Vermögen nach zur Mitte, aber nicht nach Konsum und Einkommen. Und 7% sind zwar in Bezug auf ihr Einkommen in der Mitte aber nicht ihrem Vermögen und Konsum nach. Die Schlussfolgerung lautet: je nachdem welche Variable betrachtet wird, Einkommen, Konsum oder Vermögen, wird die Mitte anders aussehen.

¹⁶⁰ Für Einkommen und Konsum verwenden wir dabei die OECD-Äquivalenzskalierung. Für Vermögen gibt es keine etablierte Vorgangsweise. Aus diesem Grund definieren wir die Mitte zuerst anhand von Einkommen und Konsum und analysieren dann entlang des Vermögens bezugnehmend auf Unterschiede in der Haushaltsstruktur.

14. ZUR MITTE IN ÖSTERREICH

Ausgehend von Einkommen und Konsum sollen nun die Unterschiede bei der Vermögensausstattung betrachtet werden.

Der grün unterlegte Bereich bildet in Tabelle 4 die Mitte. Dabei handelt es sich nun um die Gruppe jener Haushalte die sowohl in Bezug auf ihr Einkommen als auch in Bezug auf ihren Konsum jeweils zu den mittleren 60% gehören.

Dieser Bereich umfasst annähernd 40% der Haushalte. Der mittlere dieser Haushalte hat ein Nettovermögen von 71,5 Tsd. EUR. Rund 10% haben weniger als 2.500 EUR und 10% haben mehr als 451,9 Tsd. EUR. D.h. sogar eine Einengung auf diese Gruppe in der Mitte, die sowohl in Hinblick auf Einkommen als auch in Hinblick auf Konsum zu den mittleren 60% zählt, zeigt noch beträchtliche Unterschiede in der Vermögensposition. Die Haushalte der Mitte sind demnach keineswegs eine homogene Gruppe wenn es um ihre Vermögensausstattung geht. Blau markiert sind jene rund 31% der Haushalte die bezüglich Einkommen und/oder Kon-

sum zu den unteren 20% gehören, es demnach nicht in die Mitte schaffen, sondern einkommens- und/oder konsummäßig darunter liegen.

Die dritte, rot markierte Gruppe, in der rund 29 % der Haushalte liegen, umfasst jene Haushalte, die in Bezug auf Einkommen und Konsum mindestens zur Mitte jedoch in mindestens einer der beiden oder beiden Größen zu den oberen 20% gehören.

Während die Mitte bei einer Definition nach Einkommen und Konsum rund 40% der Haushalte in Österreich ausmacht, bleiben je etwa 30% im unteren bzw. oberen Bereich. In den Randbereichen, also den Kombinationen mit sehr niedrigem Einkommen und sehr hohem Konsum (0,7%) und sehr hohem Einkommen aber niedrigem Konsum (1,0%) finden sich nur sehr wenige Haushalte. Das zeigt, dass der Konsum im Allgemeinen hauptsächlich aus laufendem Einkommen bestritten wird, und daher der Zusammenhang Einkommen und Konsum relativ stark ist.

Tabelle 4: Mitte nach Einkommen und Konsum

| Nettoäquivalenzeinkommen | | Anteil der Haushalte in dieser Gruppe in % | Äquivalenzkonsum | | |
|--------------------------|--|--|------------------|--------------|-----------|
| | | | Untere 20% | Mittlere 60% | Obere 20% |
| Untere 20% | 10 % haben weniger als ... an Nettovermögen | 8,7 | 10,6 | 0,7 | |
| | der mittlere Haushalt hat ... an Nettovermögen | -1,0 | -0,9 | -0,2 | |
| | 10 % haben mehr als ... Nettovermögen | 5,1 | 9,7 | 7,8 | |
| Mittlere 60% | Anteil der Haushalte in dieser Gruppe in % | 267,5 | 302,1 | 263,8 | |
| | 10 % haben weniger als ... an Nettovermögen | 10,4 | 39,7 | 10,9 | |
| | der mittlere Haushalt hat ... an Nettovermögen | 2,6 | 2,5 | 5,2 | |
| Obere 20% | 10 % haben mehr als ... Nettovermögen | 127,4 | 71,5 | 94,9 | |
| | Anteil der Haushalte in dieser Gruppe in % | 463,7 | 451,9 | 494,3 | |
| | 10 % haben weniger als ... an Nettovermögen | 1,0 | 9,6 | 8,3 | |
| | der mittlere Haushalt hat ... an Nettovermögen | 35,2 | 20,0 | 18,3 | |
| | 10 % haben mehr als ... Nettovermögen | 398,2 | 283,0 | 303,1 | |
| | | 1.075,5 | 752,4 | 1.043,2 | |

Quelle: HFCS Austria 2014. OeNB.

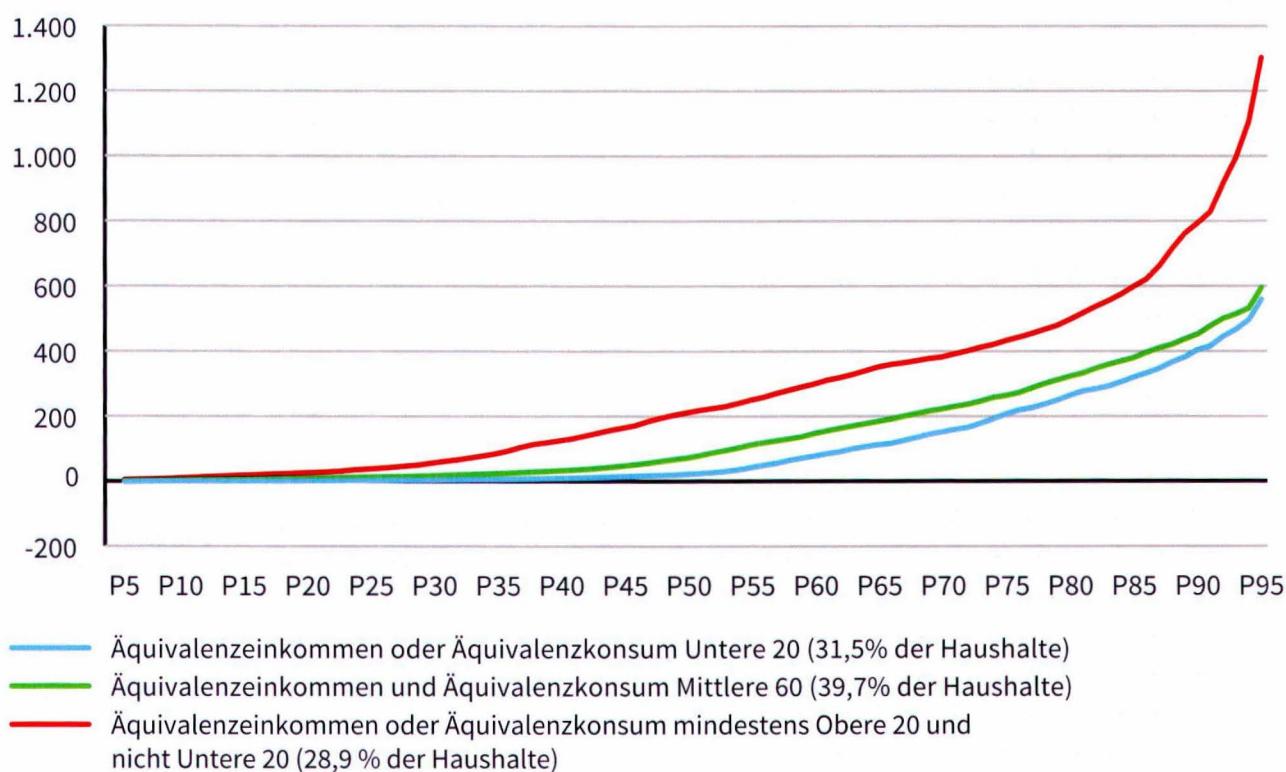
Anmerkungen: Nettovermögenswerte sind in Tsd. EUR angegeben

Grafik 3 zeigt jeweils die gesamte Nettovermögensverteilung der drei Gruppen. Zwei Sachverhalte sind dabei besonders interessant:

Einerseits zeigt sich, dass in jeder der drei nach Einkommen und Konsum definierten Gruppen jeweils eine beträchtliche Anzahl an Haushalten relativ wenig Vermögen und eine andere Gruppe von Haushalten relativ viel Vermögen hat. Selbst in der in Bezug auf Einkommen und Konsum oberen Gruppe (rot) haben noch rund 10% aller Haushalte weniger als 10.000 EUR an Nettovermögen. In der unteren Gruppe (blau) sind

das rund 42% und in der mittleren (grün) rund 21%. Umgekehrt haben immerhin noch 10% der unteren Gruppe (blau) mehr als 400.000 EUR Nettovermögen und gehören damit auch in Bezug auf die gesamte Verteilung bereits zum vermögensreichsten Quintil. Doch nur die obere Gruppe kann sich in Bezug auf Vermögen deutlich von der unteren Gruppe absetzen, die mittlere Gruppe hingegen bleibt über die gesamte Verteilung hinweg vergleichsweise nah an der unteren. Mit anderen Worten: Unten und Mitte sind einander in Bezug auf Vermögen näher als Mitte und Oben.

Grafik 3: Verteilung der Nettovermögen, in Tsd. EUR



Quelle: HFCS Austria 2014. OeNB.

14.3 Charakterisierung einer gefährdeten Mitte

Im Folgenden wollen wir uns nun nur auf die mittlere Gruppe konzentrieren. Ihr Vermögensmedian liegt mit rund 72.000 EUR recht nahe am Median der gesamten Vermögensverteilung von 86.000 EUR, während jener der unteren Gruppe mit rund 20.000 EUR und jener der oberen Gruppe mit rund 210.000 EUR deutlich davon abweichen. Auch der Knick, ab welchem die Vermögensverteilung der Mitte steiler ansteigt befindet sich nahe dem Median (siehe Grafik 3). Wir können demnach eine vermögendere Mitte von einer weniger vermögenden Mitte unterscheiden.

Wir unterteilen die in Tabelle 4 identifizierte Einkommens- und Konsummitte, deren Vermögen wir in Grafik 3 jenen der Einkommens- und Konsum-Ärmeren bzw. Einkommens- und Konsum-Reicheran gegenübergestellt haben, im nächsten Schritt in Tabelle 5 in eine Gruppe deren Nettovermögen über dem Median der Gesamtverteilung (rund 86.000 EUR) liegt und eine Gruppe, für die das Nettovermögen darunter liegt. Nach Thomas Pikettys Definition (siehe Tabelle 1) würde jene Gruppe die darunter liegt, aufgrund fehlenden Vermögens nicht zur Mitte gehören, nach den klassischen einkommensbasierten Definitionen hingegen schon. Thomas Piketty begründet seine Definition von Mitte damit, dass Menschen ein gewisses Vermögen zur Absicherung (etwa für Notfälle, Alter und Krankheit) benötigen, um der Mitte zuzugehören. Wir argumentieren, dass dies für die USA, auf die sich seine Analyse vorrangig bezieht und für Länder mit vergleichsweise wenig ausgebautem Wohlfahrtsstaat

zutreffen mag. In Ländern mit einem gut ausgebautem Wohlfahrtsstaat, in denen der Großteil der Absicherung vom Staat organisiert wird und nicht über private Vermögensakkumulation, halten wir private Vermögensbestände als Zugehörigkeitsmerkmal der Mitte für weniger bedeutsam.

In Tabelle 5 ist zu erkennen, dass es für diese beiden ähnlich großen Gruppen der Mitte kaum Unterschiede beim Einkommen und beim Konsum gibt. Beide gehören aufgrund unserer Definition zu den mittleren 60% in Bezug auf Konsum und Einkommen. Dieser Befund ist bemerkenswert, da eine stärkere positive Korrelation zwischen Einkommen, Konsum und Vermögen erwartet hätte werden können. So könnte gemutmaßt werden, dass jene Haushalte mit höheren Einkommen, auch einen höheren Konsum und höhere Vermögen aufweisen, oder das bei gleichem Einkommen jene mit einem niedrigeren Konsum ein höheres Vermögen haben, weil sie mehr sparen. Davon ist bei dieser Aufteilung aber nichts zu sehen.

Das durchschnittliche monatliche Nettoäquivalenzeinkommen beträgt in beiden Gruppen rund 1.500 EUR. Doch die Unterschiede beim Vermögen sind beträchtlich: der Median und auch der Durchschnitt des Nettovermögens ist mehr als 20-mal so hoch bei der oberen Gruppe der Mitte wie bei der unteren Gruppe der Mitte. Die Unterschiede im Vermögen gehen nicht mit unterschiedlichen Einkommen einher. Auch ihr Konsum ist ähnlich hoch. Worin sind diese großen Unterschiede in der Mitte dann begründet?

Tabelle 5: Einkommens- und Konsummitte nach Vermögen aufgegliedert, in Tsd. EUR

| Anteile in % | Mitte: Einkommen und Konsum zwischen P20 und P80 (39,7% der Haushalte, rund 1,5 Mio. Haushalte) | |
|--|--|--|
| | Nettovermögen < Median der Gesamtpopulation | Nettovermögen > Median der Gesamtpopulation |
| Anteile in % | 51,9 | 48,1 |
| Nettovermögen | | |
| P10 | 0,1 | 123,1 |
| Median | 13,2 | 273,1 |
| Mittelwert | 18,4 | 374,9 |
| P90 | 54,5 | 607,9 |
| Monatliches Äquivalenzbruttoeinkommen | | |
| P10 | 1,4 | 1,4 |
| Median | 2,0 | 2,1 |
| Mittelwert | 2,1 | 2,3 |
| P90 | 3,0 | 3,3 |
| Monatliches Äquivalenznettoeinkommen | | |
| P10 | 1,2 | 1,2 |
| Median | 1,4 | 1,5 |
| Mittelwert | 1,5 | 1,5 |
| P90 | 1,9 | 1,9 |
| Monatlicher Äquivalenzkonsum | | |
| P10 | 0,5 | 0,5 |
| Median | 0,6 | 0,6 |
| Mittelwert | 0,6 | 0,6 |
| P90 | 0,8 | 0,8 |

Quelle: HFCS Austria 2014. OeNB.

Tabelle 6 enthält Hinweise zur Beantwortung dieser Frage. Einerseits sind Unterschiede in der Haushaltsgöße maßgeblich. In der vermögensschwächeren Gruppe der Mitte sind deutlich mehr Einpersonenhaushalte vertreten. Die Haushaltsgöße ist in der vermögensreicher Gruppe höher (1,8 versus 2,5 durchschnittliche Haushaltsgöße). Doch dies erklärt die massiven Vermögensunterschiede von 1:20 bei weitem nicht.

Es finden sich in der vermögensärmeren Gruppe auch mehr jüngere Personen (das durchschnittliche Alter liegt bei rund 49 Jahren versus rund 56 Jahren), die noch nicht so viel Zeit hatten ein Vermögen aufzubauen. Aber auch diese 7 Jahre an Unterschied bieten keine hinreichende Erklärung für die Differenzen beim Vermögen. Es wird kaum jemand aus der vermögensärmeren Gruppe der Mitte gelingen, nahezu 360.000 EUR (Unterschied im durchschnittlichen Vermögen zwischen beiden Grup-

pen) in nur 7 Jahren aus dem Einkommen anzusparen. Für solche Sparleistungen reichen die Einkommen der Mitte nicht, egal ob es sich um die vermögensärmere oder die vermögensreichere Mitte handelt.

Drittens, auch die Berufe und Qualifikationen zwischen den beiden Gruppen sind unterschiedlich. Es gibt mehr Arbeiter/innen, Angestellte und Arbeitslose in der Gruppe der Vermögensschwächeren und mehr Beamten/Beamte in der vermögenderen Gruppe. Das deutet darauf hin, dass Beschäftigungssicherheit und langfristige Einkommenssicherheit eine wichtige Rolle für die Vermögensbildung spielen. Doch auch mehr Landwirtinnen/Landwirte finden sich in der vermögenderen Gruppe. Die spezifische Rolle des Gebrauchsvermögens in der Landwirtschaft muss beachtet werden. Für den Vermögensaufbau bietet dies aber keine Erklärung, hier sind Erbschaftshäufigkeiten und Erbschaftshöhen zu beachten.

Unter den aktuellen Rahmenbedingungen von niedrigerem Wirtschaftswachstum, hoher Arbeitslosenquote, insbesondere hoher Jugendarbeitslosigkeit und geringerer Verzinsung von relativ sicher veranlagtem Vermögen kann der Vermögensaufbau jüngerer Menschen nicht in gleicher Weise wie bei der vorhergehenden Generation erfolgen. Da die jüngeren Menschen heute erst später ins Berufsleben starten, prekärere Jobs haben, einen häufigeren Jobwechsel erfahren und eine höhere Einkommensunsicherheit hinnehmen müssen, wird die Unsicherheit in vielen sozialen Dimensionen immer größer und die Frage nach dem privaten Vermögen wichtiger. Wenn die Politik Menschen entsprechend ihrer Fähigkeit zur Selbstsicherung unterscheiden will, kommt sie an der Bezugnahme auf Vermögen nicht vorbei.

Denn die entscheidende Kluft in der Mitte wird durch den Immobilienbesitz markiert. Die vermögensstärkere Gruppe lebt im Eigentum, die andere Gruppe der Mitte in Miete. Das überrascht zwar nicht, da das Eigentum am Hauptwohnsitz einen Vermögensbestandteil darstellt. Doch das Merkmal Miete versus Eigentum besitzt eine hohe Trennschärfe, da es zeigt, dass ein Teil der Mitte unter bestimmten gesellschaftlichen Entwicklungen gefährdet ist. Für die Mieter/innen kann soziale Sicherheit und Statussicherheit aus dem Beschäftigungsverhältnis, der Qualifikation oder dem Wohlfahrtssaat resultieren. Gerade dort drohen Abstiegsrisiken (Nachtwey 2016). Arbeitsplatzverlust, Schwächung von sozialen Sicherheitsmechanismen, erhöhte Konkurrenz im Bildungssektor markieren Einfallstore steigender Unsicherheit. Einschnitte im Lebenslauf wie Scheidung, Krankheit, Arbeitslosigkeit, etc. sind mit den privaten Vermögensreserven schwer aufzufangen. Und gerade solche Krisen finden sich auch deutlich häufiger in der gefährdeten Mitte.

Geht es darum die Mitte vor einem Abrutschen in die Prekarisierung zu bewahren und die Mitte als zentralen Bestandteil unserer Gesellschaft in ihrer Breite möglichst abzusichern, müssen die Haushalte, die im Hauptwohnsitz in Miete leben, wohlfahrtsstaatlich abgesichert werden. Ihr Konsumniveau können sie nur solange halten, solange sie vom Wohlfahrtsstaat hinreichend geschützt werden und nicht gezwungen werden, Vermögen für Alter, Bildung, Krankheit und Arbeitslosigkeit anzusparen. Dieser Gruppe ist Wohneigentum nicht durch Erbe direkt oder indirekt zugefallen und auf Basis ihres Einkommens ist ihnen ein schuldenfinanzierter Immobilieneigentum verwehrt. Da ein Markt für Subprime Kredite¹⁶¹ allein aus Überlegungen der Finanzstabilität nicht gangbar ist

¹⁶¹ Als Subprime Kredite werden Hypothekarkredite an private Haushalte bezeichnet, die eine besonders niedrige Bonität und ein hohes Ausfallsrisiko haben, weil sich die Haushalte diese Kredite aufgrund ihres Einkommens oder Vermögens nicht leisten können bzw. nur unter besonders günstigen zukünftigen Entwicklungen leisten könnten.

und das bereits angesparte Vermögen im familiären Kontext von den Älteren an die Jüngeren vererbt wird,

wird der familiäre Hintergrund für die Lebenschancen immer wichtiger.

Tabelle 6: Sozioökonomische Charakteristika der Mitte

**Mitte Einkommen und Konsum zwischen P20 und P80
(39,7% der Haushalte, rund 1,5 Mio. Haushalte)**

| Anteile in % | Nettovermögen < Median der Gesamtpopulation | Nettovermögen > Median der Gesamtpopulation |
|---|--|--|
| | 51,9 | 48,1 |
| Eigentumsverhältnis am Hauptwohnsitz | | |
| (Teil-)Eigentum | 7,3 | 89,6 |
| Miete | 83,4 | 8,5 |
| Unentgeltlich | 9,3 | 2,0 |
| Haushaltsgröße | | |
| 1 Person | 50,9 | 20,6 |
| 2 Personen | 29,3 | 43,0 |
| 3 Personen | 10,0 | 14,1 |
| 4 Personen | 6,7 | 15,0 |
| 5 und mehr Personen | 3,1 | 7,3 |
| Alter der Referenzperson | | |
| 16 bis 29 Jahre | 19,6 | 5,1 |
| 30 bis 39 Jahre | 18,3 | 10,7 |
| 40 bis 49 Jahre | 15,4 | 19,8 |
| 50 bis 64 Jahre | 22,3 | 33,1 |
| 65 bis 74 Jahre | 14,1 | 19,8 |
| 75 Jahre und älter | 10,3 | 11,4 |
| Geschlecht der Referenzperson | | |
| Frau | 58,0 | 51,6 |
| Beruf der Referenzperson | | |
| Selbstständig | 2,1 | 4,7 |
| (Fach)Arbeiter/in | 22,9 | 8,6 |
| Angestellte/r | 32,8 | 29,2 |
| Beamte/r | 1,9 | 4,1 |
| Landwirt/in | 0,0 | 2,5 |
| Pension | 34,2 | 43,3 |
| Arbeitslos | 2,3 | 1,5 |
| Sonstige | 3,9 | 6,1 |

Fortsetzung Tabelle 6 siehe nächste Seite

Fortsetzung von Tabelle 6:

| Mitte Einkommen und Konsum zwischen P20 und P80 (39,7% der Haushalte, rund 1,5 Mio. Haushalte) | | |
|---|--|--|
| | Nettovermögen < Median der Gesamtpopulation | Nettovermögen > Median der Gesamtpopulation |
| Anteile in % | 51,9 | 48,1 |
| Bildung der Referenzperson | | |
| Maximal Pflichtschule | 17,6 | 11,9 |
| Lehre, Berufschule | 47,9 | 38,7 |
| Mittelschule, Matura | 26,8 | 34,3 |
| Universität, Fachhochschule | 7,7 | 15,0 |

Quelle: HFCS Austria 2014. OeNB.

Tabelle 7 zeigt, dass nahezu ein Drittel der vermögenden Mitte den Hauptwohnsitz, in dem sie leben, geerbt haben. Mehr als die Hälfte von ihnen hat überhaupt schon geerbt. Bei der weniger vermögenden Mitte hingegen sind es nur 2%, die ihr Eigenheim geerbt haben, und lediglich 20% mit bereits angefallenen Erbschäften und mit deutlich niedrigeren Erbsummen insgesamt. Auch der Unterschied beim Anteil der Haushalte in denen bereits etwas geerbt wurde lässt sich nicht aus dem Altersunterschied der Referenzpersonen (49 versus 56 Jahre im Durchschnitt) erklären. Erbschäften kommt eine entscheidende Rolle zu (siehe Piketty 2013, Fessler und Schürz 2015). Das bedeutet, dass die

schablonenartige Figur des „kleinen Häuselbauers“, der im wirtschaftspolitischen Diskurs oft eine wichtige Rolle spielt, in der Wirklichkeit selten anzutreffen ist (siehe auch Fessler und Schürz 2010). Selbst erarbeitete Eigenheime sind maximal bei einem Viertel der Mitte zu finden. Denn mehr als die Hälfte lebt in Miete. Von der anderen Hälfte wurde zu fast einem Drittel das Eigenheim direkt geerbt und zu mehr als der Hälfte wurde schon geerbt, was einem direkten oder indirekten Beitrag zum Eigenheim gleichkommt. Das Erben spaltet die Mitte und verschärft die Chancenungleichheit in der Gesellschaft.

Tabelle 7: Erbe und Vermögen der Mitte

| Mitte | | |
|---------------------|--|--|
| | Nettovermögen < Median der Gesamtpopulation | Nettovermögen > Median der Gesamtpopulation |
| Anteile in % | 51,9 | 48,1 |
| Erben | | |
| Insgesamt | 20,9 | 54,7 |
| Hauptwohnsitz | 1,6 | 28,1 |

Quelle: HFCS Austria 2014. OeNB.

14.4 Diskussion und Schlussfolgerungen

Die Bezeichnung „Die Mitte“ hat den Vorteil von unscharfen Begriffen: Es kann ziemlich viel darunter verstanden werden. Dies ist aber auch der Nachteil von vagen Begriffen. Die Mitte in Österreich ist jedenfalls keine homogene Schicht, sondern sie besteht aus einem relativ vermögenden und einem relativ vermögensarmen Segment. Wichtiger als die Vermessung der Einkommensmitte ist ihre Erweiterung um die Vermögenskomponente. Wird Vermögen in die Analyse der Mitte einbezogen, zeigt sich dass der Wohlfahrtsstaat es erlaubt, dass in der Mitte relativ unabhängig vom Vermögen konsumiert werden kann. Einkommen ist relevanter für die Mitte als privates Vermögen, so lange letzteres angesichts einer öffentlichen Pensionsversicherung, Kranken- und Arbeitslosenversicherung, und eines umfassenden und teils subventionierten Mietmarktes nicht benötigt wird.

Mario Draghi erkannte diese Problematik bereits 2007 (Luxembourg Wealth Study Conference in Rome, July 2007):

„In a society where employment tends to be permanent and where the welfare state generously supplies education, health and housing benefits, covers against the risk of unemployment and protects old-age income levels, the regularity of actual and expected income flows ensures living standards are maintained and holdings of wealth are less important. When these conditions cease to hold, on account of greater job insecurity or reduced social expenditure, wealth takes on a new significance for household prosperity.“

Ein geschwächter Staat bietet in einem ökonomisch schwachen Umfeld aber immer weniger an Sicherheit für die Bevölkerung. Für die vermögensärmere Mitte bedeutet dies steigende Unsicherheit. Diese Sorge

der Mitte vor einem Abrutschen nach unten verstärkt Tendenzen einer gesellschaftlichen Polarisierung. Wenn aus Zukunftssorge aber weniger konsumiert wird, wird sich das negativ auf das Wirtschaftswachstum auswirken. Es wird auch gesellschaftlich problematisch sein, wenn aus Sorge um hinreichende zukünftige Absicherung etwa auf aktuell notwendige Bildungsausgaben für die Kinder verzichtet wird. Dann ist ein Abrutschen in der nächsten Generation noch wahrscheinlicher.

Die entscheidende Trennlinie bei den materiellen Ressourcen in der Mitte markiert die Erbschaft. Die Abschaffung der Erbschaftssteuer in Österreich 2008 hat ein entscheidendes Privileg der Vermögenden noch verstärkt. Wer erbt, hat Vermögensreserven für Krisenzeiten. Die anderen Menschen benötigen für ihren Lebensstandard neben dem Arbeitseinkommen dringend den Wohlfahrtsstaat. Dieser muss nicht nur für die Armen sondern auch für große Teile der Mitte gestärkt werden.

Die gefährdete Mitte ist dadurch charakterisiert, dass ihnen Wohneigentum nicht direkt oder indirekt vererbt wurde. Auf Basis ihres relativ niedrigen Einkommens und der fehlenden Eigenmittel ist ihnen ein schuldenfinanziertes Immobilieneigentum verwehrt. Da ein Markt für Subprime Kredite, allein aus Überlegungen der Finanzstabilität, unerwünscht ist und bereits angespartes Vermögen im familiären Kontext von den Älteren an die Jüngeren vereerbt wird, wird der familiäre Hintergrund für die Lebenschancen immer wichtiger. Dies verstärkt die gesellschaftlichen Ungleichheitsendenzen.

Literatur

Banerjee, Abhijit V. und Esther Duflo. 2008. What is middle class about the middle classes around the world? *Journal of Economic Perspectives*. Vol. 22(2).

Fessler, Pirmin und Martin Schürz. 2015. Private wealth across European countries: The Role of Income, Inheritance and the Welfare State. In: ECB WP 1847.

Fessler, Pirmin, Peter Lindner und Esther Segalla. 2014. Net wealth across the euro area – why household structure matters and how to control for it. ECB Working Paper No 1663.

Fessler, Pirmin und Martin Schürz. 2010. Informationen zum „kleinen Häuselbauer“, Wirtschaft und Gesellschaft - WuG, Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien, Abteilung Wirtschaftswissenschaft und Statistik, Vol. 36(2): 181-198.

Fessler, Pirmin, Peter Lindner und Martin Schürz. 2016. Household Finance and Consumption Survey 2014: first results for Austria (second wave). In: Monetary Policy & the Economy Q2/16.

Goebel, Jan, Martin Gornig und Hartmut Häußermann. 2010. Polarisierung der Einkommen: Die Mittelschicht verliert. *Wochenbericht des DIW Berlin* Nr. 24/2010.

Grabka, Markus M. und Joachim R. Frick. 2008 Schrumpfende Mittelschicht – Anzeichen einer dauerhaften Polarisierung der verfügbaren Einkommen? *DIW Wochenbericht* 10/2008.

Grabka, Markus M., Jan Goebel, Carsten Schröder und Jürgen Schupp. 2016. Mittlere Einkommen in Deutschland und den USA. *Wochenbericht des DIW Berlin* Nr. 18/2016.

Lengfeld, Holger und Jessica Ordemann. 2016. Die Angst der Mittelschicht vor dem sozialen Abstieg revisited: eine Längsschnittanalyse 1984-2014. SOEP Papers 862.

Marterbauer, Markus. 2007. Wem gehört der Wohlstand? Zsolnay.

Mau, Steffen. 2014. Die Mittelschicht – das unbekannte Wesen. In: Aus Politik und Zeitgeschichte (APUZ), Beilage zur Wochenzeitschrift „Das Parlament“, Vol. 64(49): 3-10.

Milanovic, Branko. 2011. The Haves and the Have-Nots: A Brief Idiosyncratic History of Global Inequality. Basic Books. 2012.

Murray, Charles. 2012. Coming Apart: The State of White America, 1960-2010. New York, NY: Crown Forum Publishing.

Nachtwey, Oliver. 2016. Die Abstiegsgesellschaft. Über das Aufbegehren in der regressiven Moderne. Edition Suhrkamp. Frankfurt am Main.

Noll, Heinz-Herbert und Stefan Weick. 2011. Schichtzugehörigkeit nicht nur von Einkommen bestimmt in: GESIS Informationsdienst Soziale Indikatoren 45.

OECD. 2014. All on board. Making Inclusive Growth happen.

- Pew Research Center. 2015. The American Middle Class Is Losing Ground: No longer the majority and falling behind financially. Washington, D.C., Dezember, www.pewsocialtrends.org/files/2015/12/2015-12-09_middle-class_FINAL-report.pdf.
- Piketty, Thomas. 2013. Capital in the Twenty-First Century. Harvard University Press.
- Piketty, Thomas. 2014. Capital in the Twenty-First Century: a multidimensional approach to the history of capital and social classes. In: The British Journal of Sociology, Vol. 65(4): 736-747.
- Putnam, Robert D. 2015. Our Kids: The American Dream in Crisis. New York, NY: Simon & Schuster.
- Ravallion, Martin. 2010. The Developing World's Bulging (but Vulnerable) Middle Class. World Development, Vol. 38(4).
- Schürz, Martin. 2016 Die Rückkehr der sozialen Frage. In: Zeitschrift für Individualpsychologie Vol. 41(3): 197-206.
- Stiglitz, Joseph E., Amartya Sen und Jean-Paul Fitoussi.. 2009. Report by the Commission on the Measurement of Economic Performance and Social Progress.
- The Great British Class Survey 2013.
<http://www.bbc.co.uk/science/0/21970879>
- Therborn, Göran. 2012. Class in the 21st century. New Left Review 78.
- Vogel, Berthold. 2011. Mittelschicht im Wohlstandskonflikt. In: Wirtschaftsdienst, 91. Jahrgang, 2011. Heft 8, 507-525.
- Vermeulen, Philip. 2016. Estimating the top tail of the wealth distribution. ECB Working Paper 1907.
- Savage, Mike. 2015. An interview with Thomas Piketty. London School of Economics International Inequalities Institute Working Paper 1.

Anhang

Definitionen:

Konsum

Der HFCS beinhaltet nur wenige Fragen zum Konsum. Das liegt daran, dass der Fragebogen aufgrund der Erhebung der Haushaltsbilanz sehr umfangreich ist. Wir verwenden den äquivalenzgewichteten Konsum von Konsumgütern und Dienstleistungen um unsere Mitte in Bezug auf Konsum zu definieren. Diese Größe sollte am ehesten etwas über die Lebensverhältnisse aussagen. Miete und Kreditrückzahlungen werden dabei nicht berücksichtigt und auch größere Anschaffungen nicht. Aufgrund der Definition spielt nur der Rang der Konsumhöhe in der Verteilung, nicht aber die genaue Höhe des Konsums selbst eine Rolle.

Frage im HFCS-Fragebogen zu Konsum:

- Wie viel (geben Sie / gibt Ihr Haushalt) typischerweise pro Monat ungefähr für alle Konsumgüter und Dienstleistungen aus?

Hierzu zählen Ausgaben für Speisen und Getränke für zu Hause und außer Haus, Betriebskosten, Gebühren, Freizeitgestaltung, wie Kino oder Konzerte, Kleidung etc.

Bitte lassen Sie Miete, Steuern, finanzielle Zahlungen (z.B. Kreditrückzahlungen, Versicherungsprämien, Pensionseinzahlungen, etc.) und Einmalzahlungen (z.B. Wertsachen, Autos, größere Haushaltsgeräte, Möbel, etc.) unberücksichtigt.

Einkommen

Der HFCS erfasst das Bruttoeinkommen im Detail.

Grundlage für das in diesem Artikel verwendete Äquivalenzeinkommen ist aber die Frage nach dem gesamten monatlichen Nettoeinkommen des Haushalts. Diese Einkommensinformation ist wahrschein-

lich mit stärkeren Messungenauigkeiten behaftet, als das detailliert erhobene Bruttoeinkommen im HFCS. Für unsere Definition der Mitte ist aber ein Nettoeinkommenskonzept besser geeignet. Zudem spielen bei der Definition nach Perzentilen die Werte selbst keine Rolle sondern lediglich ihr Rang in der Verteilung, was Messungenauigkeiten weniger bedeutsam macht.

Frage im HFCS-Fragebogen zu Einkommen:

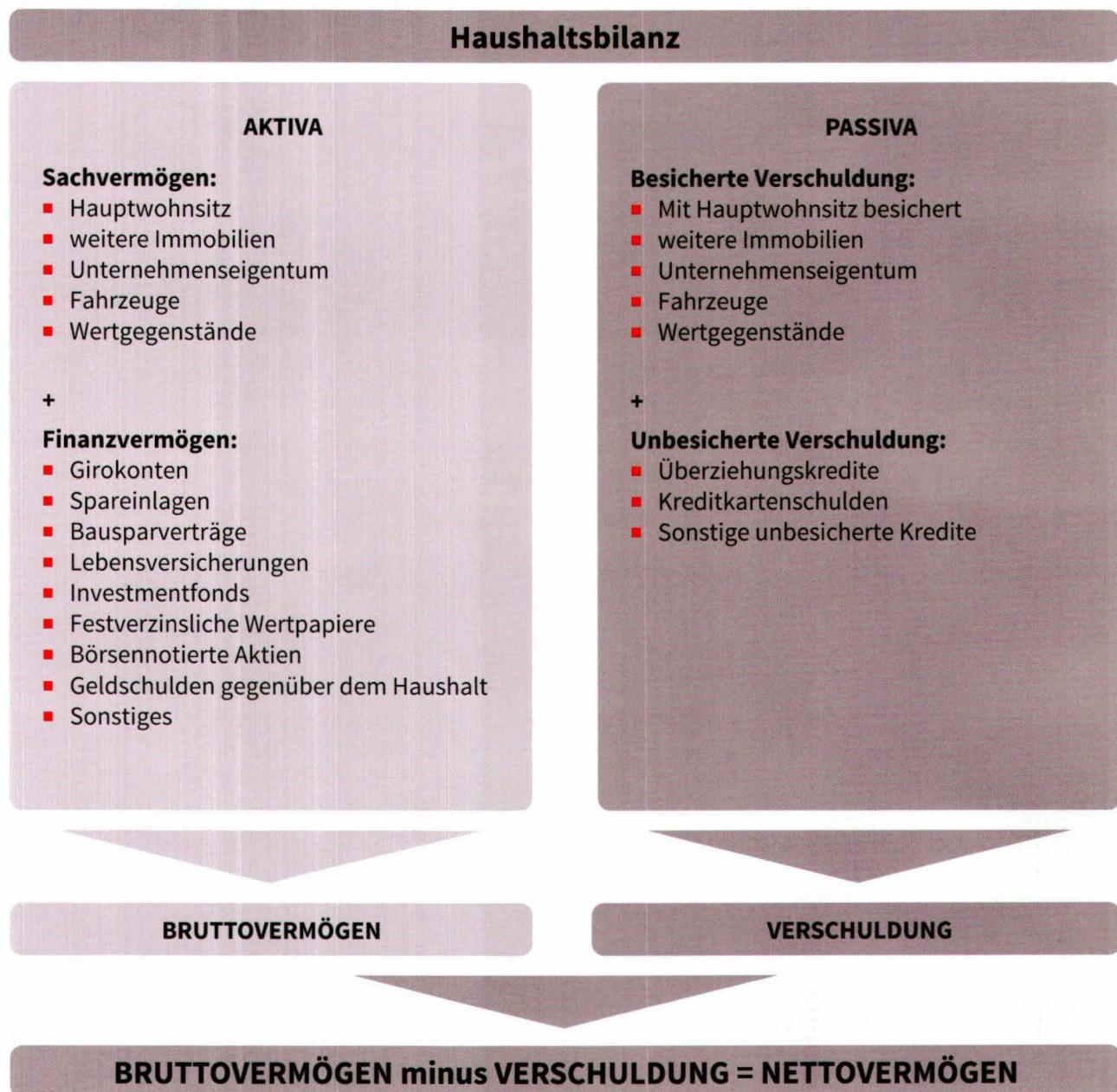
- Wie hoch schätzen Sie, ist Ihr monatlich verfügbares Nettoeinkommen / das monatlich verfügbare Nettoeinkommen Ihres Haushalts insgesamt?

Ich meine dabei die Summe, die sich aus Lohn, Gehalt, Einkommen aus selbständiger Tätigkeit, Rente oder Pensionen ergibt. Rechnen Sie bitte auch die Einkünfte aus öffentlichen Beihilfen, Einkommen aus Vermietung, Verpachtung, Wohngeld, Kindergeld und sonstige Einkünfte hinzu und ziehen Sie dann Steuern und Sozialversicherungsbeiträge ab.

Vermögen

Das Vermögen der Haushalte ist der Kern der Erhebung im HFCS. Es wird über eine Vielzahl von einzelnen Fragen erhoben. Grafik A1 zeigt einen Überblick über die Zusammensetzung des Vermögens. Eine (konsumbasierte) Äquivalenzskalierung wird beim Vermögen nicht verwendet. Vermögen erfüllt eine Vielzahl von Funktionen. Bei der Interpretation muss berücksichtigt werden, dass es sich um Vermögen auf Haushalts- und nicht Personenebene handelt (siehe Fessler, Lindner und Segalla 2014 zu diesem Thema).

Grafik A1: Vermögensbilanz der privaten Haushalte nach HFCS



Quelle: Eigene Darstellung. OeNB..

Tabelle A1: Zugehörigkeit zur Mittelschicht nach verschiedenen Definitionen

| PEW2015 / Grabka 2016 | Goebel 2010 | Ravallion 2010 / Atkinson und Brandolini 2011 | OECD 2014 | Piketty 2013 | Sozialbericht 2016 (Statistik Austria) | Anteil in % aller Haushalte |
|--------------------------|----------------|--|--------------|-----------------|---|--------------------------------|
| 1 | 1 | 1 | 1 | 0 | 1 | 24,0 |
| 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 19,2 |
| 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 8,7 |
| 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 1 | 6,4 |
| 1 | 1 | 0 | 1 | 0 | 1 | 5,2 |
| 1 | 1 | 0 | 1 | 1 | 1 | 4,5 |
| 0 | 1 | 1 | 1 | 0 | 1 | 4,2 |
| 1 | 0 | 0 | 0 | 0 | 1 | 4,1 |
| 1 | 0 | 0 | 0 | 1 | 1 | 4,0 |
| 0 | 0 | 0 | 0 | 1 | 0 | 3,2 |
| 1 | 1 | 0 | 0 | 1 | 1 | 2,7 |
| 1 | 1 | 0 | 0 | 0 | 1 | 2,5 |
| 0 | 0 | 0 | 0 | 1 | 1 | 2,1 |
| 1 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 2,0 |
| 0 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1,8 |
| 0 | 1 | 0 | 1 | 0 | 1 | 1,5 |
| 0 | 1 | 0 | 0 | 0 | 1 | 1,4 |
| 1 | 0 | 0 | 0 | 1 | 0 | 1,4 |
| 0 | 1 | 0 | 1 | 1 | 1 | 0,6 |
| 0 | 1 | 0 | 0 | 1 | 1 | 0,6 |

Quelle: HFCS Austria 2014. OeNB.

Anmerkung: 0 bedeutet eine Definition trifft nicht zu, 1 bedeutet eine Definition trifft zu.

Tabelle A2: Zugehörigkeit zur Mitte bei Einkommen, Konsum und Vermögen

| Mittlere 60% | | | |
|--------------------------|------------------|---------------|--------------------------------|
| Nettoäquivalenzeinkommen | Äquivalenzkonsum | Nettovermögen | Anteil in % aller Haushalte |
| 1 | 1 | 1 | 26,6 |
| 1 | 0 | 1 | 14,3 |
| 1 | 1 | 0 | 13,2 |
| 0 | 1 | 1 | 10,5 |
| 0 | 0 | 0 | 10,1 |
| 0 | 1 | 0 | 9,7 |
| 0 | 0 | 1 | 8,6 |
| 1 | 0 | 0 | 7,0 |

Quelle: HFCS Austria 2014. OeNB.

Anmerkung: 0 bedeutet eine Definition trifft nicht zu, 1 bedeutet eine Definition trifft zu.

Silvia Rocha-Akis

Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO)

KAPITELVERZEICHNIS

| | |
|---|------------|
| 15. Monetäre Einkommensumverteilung durch den Staat 2010 und 2015 | 294 |
| 15.1 Einleitung | 294 |
| 15.2 Ausgangsbasis für den Umverteilungsprozess: Die Bruttomarkteinkommen | 295 |
| 15.3 Monetäre Sozialleistungen | 299 |
| 15.4 Sozialabgaben und Einkommensteuer | 303 |
| 15.5 Monetäre Einkommensumverteilung | 306 |
| 15.6 Steuerreform 2015/16 | 310 |
| 15.7 Zusammenfassung und Schlussfolgerungen | 313 |
| 15.8 Literaturhinweise | 314 |
| Anhang – Methode und Datengrundlage | 316 |

15. MONETÄRE EINKOMMENS- UMVERTEILUNG DURCH DEN STAAT 2010 UND 2015

15.1 Einleitung

In Österreich ist die Verteilung der Markteinkommen zwischen 2000 und 2010 deutlich ungleicher geworden¹⁶². Wie in den jüngsten WIFO-Umverteilungsstudien¹⁶³ ausführlich dargelegt, ist auch die Ungleichheit nach Umverteilung durch Steuern, Sozialabgaben und öffentliche Geld- und Sachleistungen – die in der ersten Hälfte des Jahrzehnts stabil geblieben war – zwischen 2005 und 2010 erheblich gestiegen. In der vorliegenden Studie wird ausgehend von den Markteinkommen die Umverteilungswirkung des Steuer- und Transfersystems im Jahr 2015 auf der Grundlage der Daten des EU-SILC und des WIFO-Mikrosimulationsmodells untersucht und mit den Ergebnissen für das Jahr 2010 verglichen. Der Beitrag soll in erster Linie folgende Fragen beantworten: (1) Wie hat sich die Markteinkommensverteilung zwischen 2010 und 2015 entwickelt? (2) Wie verteilen sich die öffentlichen monetären Sozialleistungen auf die privaten Haushalte? (3) Ist das Abgabensystem progressiver geworden? (4) Hat sich die Umverteilungswirkung des Abgaben- und Transfersystems in den Krisenjahren 2010-2015 verstärkt oder abgeschwächt? (5) Inwiefern sind von der Steuerreform 2015/16 Änderungen im Umverteilungsprozess zu erwarten?

Die Ausgangsbasis der Untersuchung bilden die Bruttomarkteinkommen der privaten Haushalte in Österreich. Diese setzen sich aus den Erwerbs- und Vermögenseinkommen zusammen und schließen wie in den oben genannten Studien auch die imputierten Mieten, also den Mietwert des selbstgenutzten Eigentums, ein. Um die Wirkungen des Abgaben- und Transfersystems auf die Einkommensverteilung zu analysieren, wird zunächst die Verteilung der Markteinkommen, dann jene der Gesamteinkommen (Markteinkommen einschließlich monetäre öffentliche Sozialleistungen) und schließlich jene der verfügbaren Einkommen (Gesamteinkommen abzüglich Sozialabgaben und Einkommensteuer) nach Einkommensquantilen (Dezile und Terzile) des Haushaltsbruttogesamteinkommens¹⁶⁴ dargestellt (Abbildung 1).

Wie in den oben genannten Umverteilungsstudien handelt es sich auch in diesem Beitrag um die Analyse der vertikalen Umverteilungswirkung innerhalb eines Jahres, also die Veränderung der Einkommenssituation der privaten Haushalte zwischen den Einkommenschichten durch monetäre Sozialleistungen auf der einen und durch Steuern und Abgaben auf der anderen Seite¹⁶⁵. Indem die Anteile des jeweiligen Einkommens (Markt-, Gesamteinkommen und verfügbares Einkommen), die auf die Haushalte in den einzelnen Einkommensquantilen entfallen, verglichen werden, können Aussagen über die Umverteilungsströme gemacht und die Verteilungs- und Umverteilungswirkungen untersucht werden.

¹⁶² Vgl. Guger - Rocha-Akis (2016).

¹⁶³ Vgl. Guger et al. (2009) und Rocha-Akis et al. (2016).

¹⁶⁴ Eine Beschreibung der verwendeten Datenbasis und des methodischen Vorgehens ist im Anhang zu finden.

¹⁶⁵ Davon zu unterscheiden sind Analysen der horizontalen Umverteilung, die den Einfluss von Steuern und/oder Transfers auf die relative Einkommensposition von Haushalten mit unterschiedlichen Merkmalen (etwa mit und ohne Kinder) aber gleichem Einkommen untersucht.

Abbildung 1: Vom Markteinkommen zum verfügbaren Haushaltseinkommen



Q: WIFO.

15.2 Ausgangsbasis für den Umverteilungsprozess: Die Bruttomarkteinkommen

Der Ausgangspunkt für die Umverteilungsanalyse sind die Markteinkommen der im Inland ansässigen privaten Haushalte. Abbildung 2 stellt die relativen Anteile der einzelnen Komponenten des Markteinkommens¹⁶⁶ – Arbeitnehmer/innenentgelte, Selbständigteinkommen¹⁶⁷ und Vermögenseinkommen¹⁶⁸ (einschließlich imputierter Mieten) – für das Jahr 2015 dar.

Die Arbeitnehmer/innenentgelte machen rund 80% der Markteinkommen aus, wobei zu berücksichtigen ist, dass die Vermögenseinkommen trotz Matching mit den HFCS-Daten nur etwa 62% des entsprechenden Aggregats in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) erfassen und damit deutlich unterschätzt werden¹⁶⁹. Wie Übersicht 1 zeigt, sind die Markteinkommen äußerst ungleich verteilt: Die 10% einkommensreichsten Haushalte verfügten im Jahr 2015 im Durchschnitt über einen Markteinkommensanteil, der 32 Mal höher war als jener, der auf die 10% einkom-

¹⁶⁶ Alle Einkommen sind Äquivalenzgewichtet (s. Anhang).

¹⁶⁷ Hierzu zählen die Einkommen aus Land- und Forstwirtschaft, Handels- und Gewerbebetrieb, freiberuflicher Tätigkeit, Werkvertrag, freiem Dienstvertrag und sonstige selbständige Einkommen.

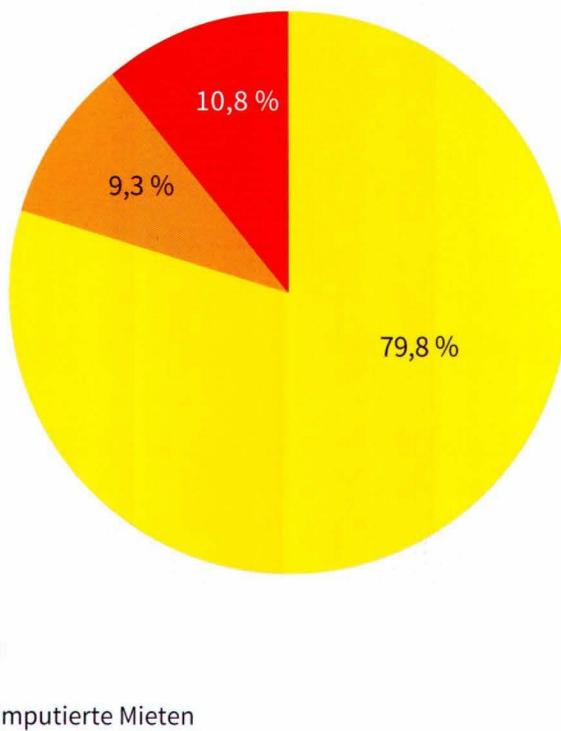
¹⁶⁸ Einkünfte aus Zinsen, Dividenden, Vermietung und Verpachtung.

¹⁶⁹ Vgl. Rocha-Akis – Steiner – Zulehner (2016).

mensärmsten Haushalte entfiel. Auffällig ist auch, dass diese Relation seit 2010 relativ stabil geblieben ist. Die stark gestiegene Spreizung zwischen hohen und niedrigen Markteinkommen in den Vorkrisenjahren (Rocha-Akis et al., 2016) verharrt damit seit 2010 auf hohem Niveau. Diese Beständigkeit ist in erster Linie auf die Verteilung der Arbeitnehmer/innenentgelte zurückzuführen, die sich zwischen 2010 und 2015

kaum verändert hat. Hingegen sind die Anteile der Vermögenseinkommen im obersten Dezil zugunsten jener der Haushalte zwischen dem 5. und dem 9. Dezil gefallen¹⁷⁰, während die Anteile des Selbständigeninkommens im oberen Einkommensdrittel deutlich und im unteren Einkommensdrittel leicht auf Kosten der mittleren Einkommensgruppen gestiegen sind.

Abbildung 2: Zusammensetzung des Bruttomarkteinkommens 2015



Q: EU-SILC, HFCS, WIFO-Berechnungen.

Die Berechnung basiert auf absoluten (nicht äquivalenzgewichteten) Euro-Beträgen.

¹⁷⁰ Diese Entwicklung ist auch im Vergleich zwischen 2010 und 2013 (auf Basis nicht hochgerechneter Daten) zu verzeichnen. Ein umfassender Vergleich der Vermögensverteilung zwischen 2010 und 2014 auf der Grundlage der entsprechenden Wellen des HFCS findet sich in Fessler – Lindner – Schürz (2016).

Übersicht 1: Verteilung der Komponenten des Bruttonmarkteinkommens

| Haushaltsbrutto- gesamteinkommen | Bruttonmarkteinkommen | | | | | | | |
|--|---|--------------|-----------------------------|---------------|--|--------------|--------------|--------------|
| | Arbeitnehmer/in- nenentgelte | | Selbständigen- einkommen | | Vermögens- einkommen und imputierte Mieten | | Insgesamt | |
| | 2010 | 2015 | 2010 | 2015 | 2010 | 2015 | 2010 | 2015 |
| Dezil | Anteile in % (äquivalenzgewichtet) | | | | | | | |
| 1. | 0,7 | 0,7 | 1,0 | 1,7 | 2,7 | 2,7 | 1,0 | 1,0 |
| 2. | 1,5 | 1,5 | 2,6 | 3,7 | 5,2 | 5,2 | 2,0 | 2,1 |
| 3. | 2,5 | 2,6 | 5,4 | 4,0 | 5,9 | 5,8 | 3,2 | 3,1 |
| 4. | 3,9 | 4,1 | 6,5 | 5,0 | 6,9 | 7,1 | 4,5 | 4,6 |
| 5. | 6,0 | 6,0 | 8,3 | 5,0 | 7,1 | 7,5 | 6,3 | 6,1 |
| 6. | 8,3 | 8,5 | 7,4 | 8,1 | 8,3 | 9,0 | 8,2 | 8,5 |
| 7. | 11,4 | 11,3 | 7,2 | 8,3 | 8,8 | 9,1 | 10,7 | 10,8 |
| 8. | 15,1 | 14,7 | 10,2 | 8,4 | 9,4 | 10,2 | 13,9 | 13,6 |
| 9. | 19,9 | 19,3 | 12,8 | 14,1 | 12,4 | 12,5 | 18,3 | 18,0 |
| 10. | 30,8 | 31,3 | 38,6 | 41,7 | 33,3 | 31,0 | 31,9 | 32,3 |
| Terzil | | | | | | | | |
| 1. | 5,9 | 6,0 | 10,9 | 11,0 | 16,0 | 16,0 | 7,6 | 7,6 |
| 2. | 24,2 | 24,6 | 25,1 | 22,0 | 25,8 | 27,2 | 24,4 | 24,6 |
| 3. | 70,0 | 69,4 | 64,0 | 67,1 | 58,3 | 56,9 | 67,9 | 67,8 |
| Insgesamt | 100,0 | 100,0 | 100,0 | 100,0 | 100,0 | 100,0 | 100,0 | 100,0 |
| in Mrd. EUR (nicht äquivalenzgewichtet) | | | | | | | | |
| Insgesamt | 130,4 | 155,7 | 17,5 | 18,2 | 19,6 | 21,2 | 167,6 | 195,1 |
| Verteilungsmaße (äquivalenzgewichtet) | | | | | | | | |
| Gini | 0,42 | 0,41 | 0,57 | 0,66 | 0,58 | 0,57 | 0,52 | 0,53 |
| Perzentilrelationen | | | | | | | | |
| P90/P10 | 17,43 | 14,67 | 62,00 | 115,82 | 118,78 | 96,23 | 31,13 | 33,73 |
| P90/P50 | 2,24 | 2,25 | 3,84 | 5,23 | 2,33 | 2,27 | 2,88 | 2,86 |
| P10/P50 | 0,13 | 0,15 | 0,06 | 0,05 | 0,02 | 0,02 | 0,09 | 0,09 |

Q: EU-SILC, HFCS, WIFO-Berechnungen.

Äquivalenzgewichtung nach der EU-Skala (s. Anhang).

Dezile und Terzile des Bruttoäquivalenzgesamteinkommens der privaten Haushalte (Summe aus Markteinkommen und staatlichen und privaten Transfers).

Getrieben wurde diese Entwicklung durch eine kräftige Zunahme im Anteil der Personen mit Selbständigen-einkommen in den unteren Einkommensdezilen und einem leichten Rückgang im oberen Einkommensdezil

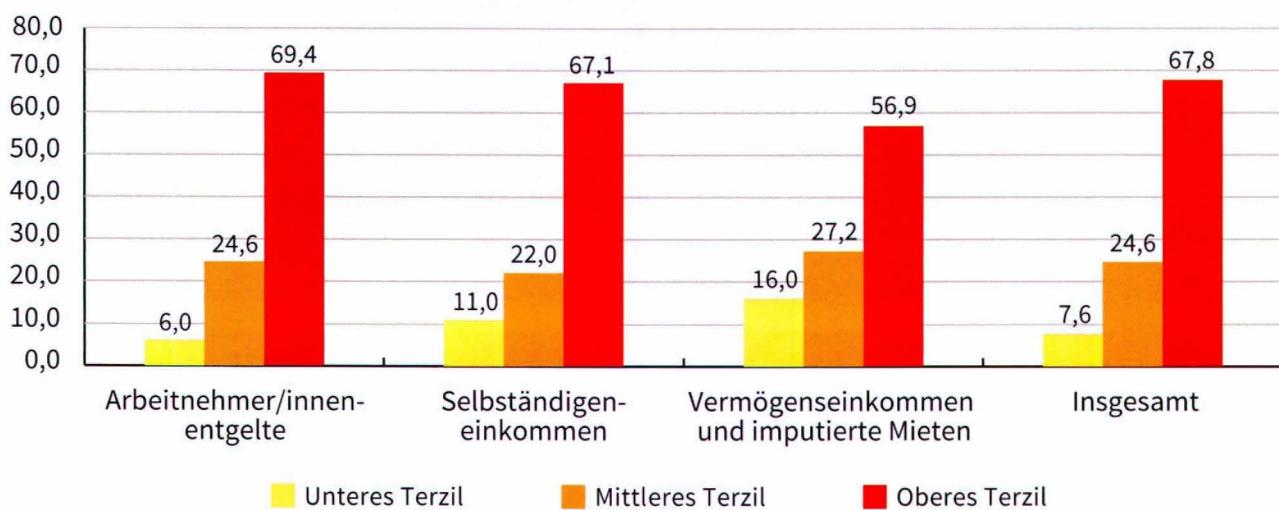
(s. Übersicht A im Anhang). In Summe haben sich die Änderungen in der Verteilung der Selbständigen- und Vermögenseinkommen gegenseitig großteils aufgehoben, sodass die Verteilung der Markteinkommen

zwischen 2010 und 2015 praktisch unverändert geblieben ist. Auf das untere Einkommensdrittel entfielen 2015 7,6% (+/- 0,0 Prozentpunkte (PP)), auf das mittlere 24,6% (+0,2 PP) und auf das obere 67,8% (-0,1 PP) (Abbildung 3). Der Gini-Koeffizient, der vor allem auf Veränderungen in der Mitte der Verteilung reagiert, deutet insbesondere aufgrund der ungleicher Verteilung der Selbständigeninkommen tendenziell auf einen leichten Anstieg der Ungleichheit in der Verteilung der Markteinkommen zwischen 2010 und 2015 hin (2010: 0,52; 2015: 0,53). Werden als Ungleichheitsmaße die Dezilverhältnisse, die die Relation zwischen zwei Punkten in der Einkommensverteilung darstellen, herangezogen, zeigt sich ein etwas differenzierteres Bild:

Während sich die Ungleichheit der Markteinkommen sowohl in der oberen als auch in der unteren Einkommenshälfte (laut der Maße P90/P50 und P10/P50) auch

hier relativ stabil darstellt, deutet das Verhältnis P90/P10 – der obere Grenzwert des Einkommens im 9. Dezil relativ zu jenem im 1. Dezil – auf eine gestiegene Spaltung der Einkommen an den Rändern der Verteilung hin. Konkret erhöhte sich diese Relation von 31,1 auf 33,7 (Übersicht 1). Dies entspricht einem Anstieg von etwa 8%. Verantwortlich dafür sind auch hier die deutlich ausgeprägten Veränderungen im Bereich der Selbständigeninkommen: Das Verhältnis P90/P10 stieg zwischen 2010 und 2015 in diesem Fall von 62,0 auf 115,8 (+86,8%). Hingegen reduzierte sich dieses Verhältnis für die Vermögenseinkommen (einschließlich imputierter Mieten) von 118,8 auf 96,2 (-19%) und für die Arbeitnehmer/innenentgelte von 17,4 auf 14,7 (-15,5%) (Übersicht 1). Über die Entwicklung in der Verteilung der jeweiligen Einkommensquellen jenseits des 9. Dezils lassen die verwendeten Daten keine eindeutigen Schlüsse zu¹⁷¹.

Abbildung 3: Verteilung der Komponenten des Bruttomarkteinkommens nach Terzilen 2015, in %



Q: EU-SILC, HFCS, WIFO-Berechnungen.

Die Berechnung basiert auf nach der EU-Skala äquivalenzgewichteten Werten.

Terzile des Bruttoäquivalenzgesamteinkommens der privaten Haushalte (Summe aus Markteinkommen und staatlichen und privaten Transfers).

¹⁷¹ Vgl. Eckerstorfer et al. (2013) und Humer et al. (2014). Zudem sind die Dezilrelationen aufgrund der Untererfassung der Vermögenseinkommen als Untergrenze anzusehen.